

UTOPIEKreativ

Diskussion sozialistischer Alternativen

185 · März 2006

*Monatliche Publikation,
herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung*

VorSatz	195
Essay	
JÖRN SCHÜTRUMPF Deutschland verändert sich zur Kenntlichkeit. Vier Thesen	197
Karl Marx, Rosa Luxemburg und die Erben	
HUBERT LAITKO »Sozialismus oder Barbarei?« Jürgen Kuczynski und das Problem der historischen Alternativen	211
WERNER RUF Barbarisierung der Anderen – Barbarisierung des Wir	222
ISABEL LOUREIRO Rosa Luxemburg und die Bewegung der Landlosen in Brasilien	229
EVELIN WITTICH Rosa Luxemburg und die Diskussionen der sozialistischen Linken in der Gegenwart	237
THEODOR BERGMANN Paul Levi – Tragik eines deutschen Revolutionärs zwischen den Parteien	247
PAUL LEVI Opposition, Verantwortung und Regierung	257
Standorte	
RICHARD SORG Neues zur Gewalt im europäischen Entwicklungspfad	261
Konferenzen & Veranstaltungen	
VIOLA SCHUBERT-LEHNHARDT »Frauen als Täterinnen im Nationalsozialismus«	266

Ankündigung

- ERNST WURL
Das Krisenjahr 1956.
Linke Utopien – die Zukunft denken 269

Festplatte

- WOLFGANG SABATH
Die Wochen im Rückstau 276

Bücher & Zeitschriften

- Siegfried Prokop, Siegfried Schwarz (Hrsg.):
Zeitgeschichtsforschung in der DDR.
Walter Bartel (1904-1992). Ein bedrohtes Leben.
Beiträge zum 100. Geburtstag von Walter Bartel
(STEFAN BOLLINGER) 278

- Simone Barck, Siegfried Lokatis (Hrsg.):
Fenster zur Welt. Eine Geschichte
des DDR-Verlages Volk & Welt
(MARIO KESSLER) 279

- Natalija Mussijenko, Alexander Vatlin:
Schule unserer Träume. Die Karl-Liebknecht-Schule
in Moskau (1924-1938)
(WLADISLAW HEDELER) 281

- Annelies Debrunner:
Gelebte Wirklichkeit – erträumte Zukunft.
Gespräche mit Frauen des Jahrgangs 57
(RUTH FREY) 282

- Selbstportrait Che Guevara.
Hrsgg. von Victor Casaua
(JÜRGEN MEIER) 283

- Rudolf Richter:
Die Lebensstilgesellschaft
(ULRICH BUSCH) 283

- Barbara Degen: Leuchtende Irrsterne –
das Branitzer Totenbuch.
»Euthanasie« in einer katholischen Anstalt
(URSULA SCHRÖTER) 284

- Summaries 286

- An unsere Autorinnen und Autoren
Impressum 288

VorSatz

Das ist das Übliche: Steht ein einigermaßen runder Geburtstag einer bedeutenden Persönlichkeit – möglichst einer schon verblichenen – ins Haus, wird dies von einer jeweils interessierten Klientel genutzt, um an die jeweilige Persönlichkeit zu erinnern, ihre anhaltende Bedeutung zu würdigen und sich vor allem selbst zu präsentieren – um sie am Tag danach prompt wieder in der Versenkung des Vergessens verschwinden zu lassen. Bei Rosa Luxemburg ist das irgendwie anders. Jährlich erinnert im Januar eine große Demonstration in Berlin an den Mord an ihr und an Karl Liebknecht. Die Internationale Rosa-Luxemburg-Gesellschaft veranstaltet alle zwei Jahre eine Konferenz. Die feministische und insbesondere die sozialistische Frauenbewegung beziehen sich auf sie. Wer sich geistig ausgegrenzt fühlt, appelliert in ihrem Namen an die Rechte der Andersdenkenden. Seit mit dem Stalinismus auch der Leninismus ins Gerede gekommen ist, sucht man doch lieber nach einem Zitat von Rosa, als daß man auf eines von Wladimir Iljitsch zurückgreift.

Am 5. März jährt sich nun zum 135. Mal der Tag, an dem Rosa Luxemburg in der kleinen Stadt Zamość im Gouvernement Lublin im russisch okkupierten Teil Polens geboren wurde. Jedenfalls hat man sich auf dieses Datum geeinigt, ganz gesichert ist es wohl nicht, mitunter wurde auch der 25. Dezember 1870 angegeben. Wie dem auch sei, der 5. März fällt in diesem Jahr auf einen Sonntag. An den beiden Tagen zuvor veranstaltet die Stiftung, die ihren Namen trägt, eine internationale Konferenz in Berlin. In diese Ausgabe unserer Zeitschrift haben wir vor allem Beiträgen aufgenommen, die in der Traditionslinie Rosa Luxemburgs stehen und entsprechende Diskurse weiterführen.

Was macht die Wirkung der Rosa Luxemburg bis in unsere Tage aus? Zum einen hat sicher eine Bedeutung, daß die Geschichte der Arbeiterbewegung nicht so reich ist an Frauen, die ein umfangreiches publizistisches Werk hinterlassen haben. Zum anderen ist anhaltend faszinierend, dass sie Theoretikerin und Politikerin war, dass sich bei ihr das Theoretische vom Politischen nicht trennen läßt und umgekehrt. Schließlich – und das ist die These hier – war sie reflektierende Zeitgenossin mehrerer komplex miteinander verflochtener Umbrüche in der Gesellschaft. Technologische Entwicklungen wurden intensiv wirtschaftlich genutzt (Elektroenergie, Verbrennungsmotor, chemische Stoffumwandlung, neue Nachrichtentechniken usw.). Damit ging die Entwicklung der Großindustrie einher, die einerseits neue Gruppen in die Arbeiterklasse hineinzog und andererseits soziale Absteiger aus dem mittleren und kleinen Bürgertum produzierte. Der Umbruch vom Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Monopolkapitalismus hing damit

zusammen. Die Arbeiterbewegung hatte sich formiert. Die stärksten Länder agierten als imperialistische Mächte. Immer deutlicher zeichnete sich die Gefahr von Kriegen in bisher nicht gekannter Qualität ab.

Im Jahr 1910 formulierte Rosa Luxemburg: »Die moderne proletarische Klasse führt ihren Kampf nicht nach einem fertigen, in einem Buch, in einer Theorie niedergelegten Schema; der moderne Arbeiterkampf ist ein Stück in der Geschichte, ein Stück der Sozialentwicklung, und mitten in der Geschichte, mitten in der Entwicklung, mitten im Kampf lernen wir, wie wir kämpfen müssen. ... Das ist ja gerade das Bewundernswerte, das ist ja gerade das Epochemachende dieses kolossalen Kulturwerks, das in der modernen Arbeiterbewegung liegt: daß zuerst die gewaltige Masse des arbeitenden Volkes selbst aus eigenem Bewußtsein, aus eigener Überzeugung und auch aus eigenem Verständnis sich die Waffen zu ihrer eigenen Befreiung schmiedet. Und deshalb ist es außerordentlich wichtig, daß wir solche kurzen Momente des Stillstandes zwischen Schlachten, wie wir sie hier erleben, vollauf ausnutzen zu kriegerischen Erwägungen, zur Analyse, zur Prüfung aller Seiten, aller Fragen, aller Probleme, die das Leben an uns stellt.«¹

1 Rosa Luxemburg: Der politische Massenstreik und die Gewerkschaften, in: Gesammelte Werke, Bd. 2, Berlin 1990, S. 465.

An diesen Aussagen sind – bezogen auf die Umbrüche und Herausforderungen unserer Zeit – vor allem drei Aspekte beachtenswert. Erstens ist Arbeiterbewegung oder überhaupt Bewegung für gesellschaftliche Alternativen nicht vorstellbar als Realisierung eines theoretisch vorgefertigten Planes, sondern vor allem eine Bündelung selbstorganisierter Lernprozesse, politische Akteure der Linken haben nur eine Chance, wenn sie sich dort einbringen – als Beteiligte, nicht als arrogante Oberlehrer. Zweitens kann diese Bewegung nur etwas bewirken, wenn sie die sich vollziehenden gesellschaftlichen Veränderungen, die Umbrüche, Krisen und die Herausforderungen reflektiert und analysiert. Und drittens ist das immer auch ein kultureller Vorgang.

Die gegenwärtig existierende Chance, daß sich eine linke politische Kraft mit erheblichem politischem Gewicht und Einfluß formieren kann, eine gesamtdeutsche politische Linke, hängt zum einen mit der aktuellen komplexen Umbruchssituation zusammen: dem unipolaren Imperialismus und den neuen Kriegen, dem Diktat des Finanzkapitals und der neoliberalen Hegemonie, den technologischen Entwicklungen mit den Veränderungen in der Struktur des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters und der Massenarbeitslosigkeit, dem demographischen Wandel und der Migration, dem Absenken der Lohnquote und der Krise der öffentlichen Finanzen, regionaler Differenzierungen, Abbau sozialer Sicherungssysteme, Krise des Bildungssystems usw. Das produziert Verunsicherung und Unzufriedenheit, auch Unzufriedenheit mit der Sozialdemokratie und ihrer Indienstnahme für neoliberale Umbaupolitik. Dadurch wird der Raum für linke Politik breiter. Dieser Raum und damit die Chance für die Formierung einer einflußreichen linken Kraft kann aber nur genutzt werden, wenn das gestaltet wird als »ein Stück Sozialentwicklung«, als Beteiligung an stattfindenden Bewegungen, verbunden wird mit gründlichen Analysen der Umbrüche und krisenhaften Prozesse und verstanden und realisiert wird als kultureller Vorgang, z. B. zwischen westlicher sozialdemokratisch geprägter Gewerkschaftskultur und östlichen marxistisch geprägten Gesellschaftsvorstellungen. Das wäre ganz im Sinne von Rosa Luxemburg.

JÖRN SCHÜTRUMPF

Deutschland verändert sich zur Kenntlichkeit

Vier Thesen

Das Ende des Kalten Krieges, verursacht durch den Zusammenbruch des Ostblocks 1989 und den der UdSSR 1991, wurde in der alten Bundesrepublik Deutschland bis Anfang dieses Jahrzehntes vielfach mißverstanden. Weit verbreitet war die Ansicht: Im Osten ändert sich alles, im Westen nichts.

Jedoch: Die ökonomischen Eliten teilten diese Meinung nicht. Denn schon seit Mitte der siebziger Jahre kamen sie mit ihrem eigenen »Modell Bundesrepublik«, dem Rheinischen Kapitalismus, nicht mehr zurecht und waren deshalb zu Anfang der neunziger Jahre fest entschlossen, die sich ändernde Situation zu nutzen und ihre Probleme auf Kosten derjenigen zu lösen, die nicht von der Arbeit anderer leben. Das sogenannte Wirtschaftswunder, die lange, bis 1973 dauernde Nachkriegskonjunktur hatte sie mit überdurchschnittlich hohen Wachstumsraten, anfangs mit mehr als acht, später immer noch mit fünf Prozent verwöhnt. Ermöglicht worden waren diese Raten durch ein günstiges Zusammenwirken von fünf Faktoren: der Rekonstruktion der durch Krieg und Nachkrieg gestörten Wirtschaft, des Willens einflußreicher Eliten in den USA, den Fehler von 1919 ff. nicht zu wiederholen (als man Deutschland vorsätzlich im sozialen Ruin gehalten und damit dem Nationalismus in die Arme getrieben hatte), der international dominierenden, auf innergesellschaftlichen Ausgleich zielenden, Idee einer »sozialen Marktwirtschaft« sowie der Neuordnung des Welthandels und damit der Öffnung des Weltmarktes auch für deutsche Waren; letzteres war Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg weitgehend verwehrt geblieben. Unter diesen Bedingungen, zu denen die Konkurrenz mit dem Ostblock um das lebenswertere Gesellschaftssystem hinzutrat, hatten sich die ökonomischen Eliten der Bundesrepublik in den fünfziger Jahren auf ein an sich »undeutsches« Gesellschaftsmodell eingelassen: »Leben und leben lassen.«

Seit Anfang der neunziger Jahre befindet sich Deutschland nun auf dem Rückweg zur »deutschen Klassengesellschaft« mit vielen ihrer heute schon vergessenen Widerwärtigkeiten. Natürlich gibt es keine schlichte Neuauflage, sondern es geht um die erneute Ausformung einiger Grundzüge, die dem Kapitalismus auf deutschem Boden schon einmal, zwischen 1850 und 1950, innewohnen.

These 1: Das Lumpenproletariat kehrt zurück

Der Begriff Lumpenproletariat hatte lange Zeit – wenn überhaupt, dann – nur historische Relevanz. Mit Lumpenproletariat war in der

Jörn Schütrumpf – Jg. 1956, Dr. phil., Historiker, Redakteur von UTOPIE kreativ. zuletzt in UTOPIE kreativ: Denken »ohne Geländer«. Die Linke an der Schwelle zur Mündigkeit?, Heft 179 (September 2005).

Überarbeiteter Vortrag, der am 17. Dezember 2005 auf einer Veranstaltung der Gabriel-Peri-Stiftung Paris gehalten wurde.

Der Neoliberalismus ist vor allem durch Marktradikalismus gekennzeichnet. Seine Wurzeln reichen bis in die liberale Klassik, besonders zu Adam Smith und seiner zentralen These vom Markt als der Wohlstand sichernden »invisible hand«, der unsichtbar lenkenden Hand, zurück. Neben der Fiktion des »freien Marktes«, der in Wirklichkeit hochgradig vermachet ist, sind die Liberalisierung der Weltmärkte, das heißt das Niederreißen aller die Kapitalexpansion behindernden Schranken, die soziale Deregulierung und last but not least die Unantastbarkeit des privaten Kapitaleigentums die zentralen neoliberalen Glaubenssätze ... Der Neoliberalismus zielt in unterschiedlichen Varianten auf eine Vorherrschaft von Finanzkapital, autoritären politischen und militärischen Eliten sowie der ökonomisch-kulturellen Oberschichten. Dieter Klein (Hrsg.): Leben statt gelebt zu werden. Selbstbestimmung und soziale Sicherheit. Zukunftsbericht der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2003, S. 72 f.

ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine bewußt pejorative Bezeichnung für jene sozialen Opfer gewählt worden, die bei der Freisetzung des Kapitalismus an den Rand der Gesellschaft geschleudert worden waren, sich dort ein Leben jenseits der herrschenden Normen einzurichten gesucht hatten und für das »normale Leben« als verloren galten. Eugen Sue hat mit seinem aufstörenden Bestseller »Die Geheimnisse von Paris« 1843 ihnen ein bis heute gültiges literarisches Dokument gesetzt. Eine zweite Welle der Lumpenproletarisierung zeugte unter den überlebenden Frontsoldaten, die nur das Töten gelernt hatten, der Erste Weltkrieg: eine Opfergruppe, die während der Inflation 1923 und in der Weltwirtschaftskrise ab 1929 völlig abstürzte und zumeist bis heute absichtsvoll von allen Lagern übersehen wird.

Erst recht gilt die Anwendung des Begriffs Lumpenproletariat auf heutige Zustände als unfein. In den vergangenen Jahren ist mit der Forderung nach »political correctness« eine neue Herrschaftstechnik erfolgreich etabliert worden, durch die jedem Stigmatisierung droht, der Mißstände nicht mit Euphemismen oder wenigstens pseudowissenschaftlichem Verschleierungsvokabular im Herrschaft stabilisierenden Nebel beläßt, sondern wagt, die Dinge beim Namen zu nennen. Neu ist der Vorgang nicht. Auch die Restauration nach der Niederwerfung Napoleons, das deutsche Kaiserreich, der Nationalsozialismus und der reale Sozialismus kannten ihre Spielarten von Sklavensprache. Um Begriffe wie Lumpenproletarisierung bzw. Lumpenproletariat zu vermeiden, wird heute selbst vor absurdesten Verballhornungen nicht zurückgeschreckt. Im Moment ist das Vokabelkastrat Prekarisierung besonders en vogue. Nur die Betroffenen verstehen es nicht und verweigern sich seiner Verwendung; womit es seine Aufgabe erfüllt hat.

Im folgenden wird, im Wissen um alle zweifellos vorhandenen Unzulänglichkeiten, bewußt der Begriff Lumpenproletariat verwendet – mit dem Ziel, einen aussagestärkeren Begriff zu finden, den es meines Erachtens tatsächlich dringend zu finden gilt.

Die zum Jahresanfang 2005 in Szene gesetzte Reorganisation der Verwaltung jener Menschen, die von Erwerbsarbeit ausgeschlossen sind, gilt heute selbst in den Elite hörigen sowie in den den Eliten gehörenden Medien als nicht kaschierbarer Mißerfolg. Die Anti-Hartz-IV-Montagsdemonstrationen im Sommer und Herbst 2004, also die Massenproteste im Vorfeld der sogenannten Reform, haben dazu auf ganz überraschende Weise beigetragen. Zwar konnte durch sie die Praxis eines flächendeckenden Offenbarungseides für Arme nicht verhindert werden, doch erlebten sie viele Menschen als Befreiung aus der Ohnmacht der Einsamkeit durch falsch verstandene Scham. Die Anti-Hartz-IV-Proteste verliehen vielen Armen den Mut, beim Staat um Unterstützung nachzufragen, wodurch die auf Einsparung abgestellten Kalkulationen schnell zu Makulatur wurden. Erfaßt sind im Augenblick 3,7 Millionen Haushalte, im Staatskauterwelsch »Bedarfsgemeinschaften« geheißen, mit 4,9 Millionen in Arbeit zu vermittelnden Menschen, außerdem 1,7 Millionen nicht in Arbeit vermittelbare Sozialhilfeempfänger. Mit Angehörigen, darunter viele Kinder, sind das insgesamt etwa zehn Millionen Menschen. Vielen, vor allem denen, die sich zuvor vor dem Gang zu den Äm-

tern scheuten, aber auch jüngeren Menschen mit geringen Ansprüchen gegenüber der Arbeitslosenverwaltung, geht es mit 345 € (früher im Osten: 331 €) plus Miete besser als 2004; noch mehr Menschen, vor allem älteren mit höheren Ansprüchen gegenüber der Arbeitslosenverwaltung, geht es aber deutlich schlechter. Weil aber insgesamt viel mehr Menschen als »geplant« – der »Staatsplan« sah 2,5 statt 3,7 Millionen bedürftige Haushalte vor – ihre Armut nicht mehr verschweigen, muß der Staat deutlich mehr Geld ausgeben als 2004; von den Kosten, die das Bürokratien immanente Mißmanagement erzeugen, nicht zu reden.

Von den 4,9 Millionen in Arbeit zu vermittelnden Menschen sind allerdings 650 000 keineswegs ohne Arbeit. Sie sind Opfer rot-grüner Arbeitsmarktpolitiker, die jahrelang die Schaffung sogenannter Niedriglohnjobs propagierten sowie förderten und damit die Kranken- und Rentenkassen um Einnahmen brachten, die der Staat jetzt kompensieren muß. Diese bedürftigen Menschen gehen einer Arbeit nach, wurden aber trotzdem in die Demütigung eines Offenbarungseides hineingezwungen, weil sie sich von ihrer Hände Arbeit allein nicht erhalten können und sich deshalb einen Teil ihrer Existenzkosten vom Staat erstatten lassen müssen.

Noch asozialer sind die so genannten 1-Euro-Jobs; 250 000 der 4,9 Millionen Menschen sind gezwungen, um Unterstützung zu erhalten, sich in gemeinnützigen Einrichtungen, ironischerweise zumeist auch noch sozialer Natur, zu Zwangsarbeit für Billigstlohn pressen zu lassen. Die Folge: Bisherige Arbeitsverhältnisse zu Existenz sichernden Löhnen werden durch Billigstlöhner verdrängt – die ihrerseits keine Chance erhalten, je aus dem Paria-Dasein wieder herauszukommen. Teuer für den Staat ist diese von Politbürokraten ersonnene Konstruktion außerdem, da auch hier die durch den einzelnen zu entrichtenden Sozialbeiträge entfallen und deshalb von der Allgemeinheit aufzubringen sind.

Als wäre das nicht genug, wächst seit 2001 auch noch beständig das Heer der Langzeitarbeitslosen – Menschen, die länger als acht Monate arbeitslos sind –, also vieler Hartz-IV-Empfänger in spe. Allein von 2003 zu 2005 nahm ihre Zahl von 1,53 auf 1,8 Millionen zu.

Nach sieben Jahren rot-grüner Regierungspolitik haben sich am Rand der Gesellschaft (a)soziale Verhältnisse in einem Maße verfestigt wie seit 1932 nicht mehr. Wie nach dem Ersten Weltkrieg stürzen täglich aus fast allen sozialen Schichten Menschen oft ohne Vorwarnung ab. Ein »modernes« Lumpenproletariat ist im Werden.

Wird der normale Medienkonsument mit all dem ab und an zumindest noch ausschnittsweise konfrontiert, erfährt er über die Lage vieler Zuwanderer aus den ärmsten Teilen der Welt zumeist nichts, es sei denn, er sucht sehr gezielt nach Information. Zwar herrschen in Deutschland keine Zustände wie in Frankreichs Trabantenstädten; aber wie die Lebenslage vieler der mehrfach ausgegrenzten Ausländer, vor allem der Frauen und Kinder, ist – darüber schweigen die Medien aus gutem Grund, und eigentlich will es eine Mehrheit der Deutschen auch nicht wissen. »Hauptsache, sie zünden unsere Autos nicht an.«

Zu einem gesamtgesellschaftlichen Problem haben die politischen und wirtschaftlichen Eliten Deutschlands einen großen Teil der Ju-

Rot-grüne Gesellschaftspolitik bedeutete aus dem Blickwinkel der Achtundsechziger vielfachen und oft stillen Verzicht ... Die Linke lernte »das Kapital« lieben und überredete es mit ungeantworte-ten Steuern geschenken ... Im Frühjahr 2003 fiel diesem Anpassungsdruck auch das Tabu der Eliteförderung anheim. Anfang 2004 beschloß die Regierung, aus deutschen Massenuniversitäten einige herausragen zu lassen. Später stellte man zwar fest, daß Elite nicht per Kabinettsbeschluß herzustellen war, doch wieder war eine ideologische Bastion dem ökonomischen Druck geopfert worden. Peter Carstens: Die schönste Form der Hausbesetzung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9. September 2005.

Wo die Linke sich wandelte,
brauchte die Rechte bloß
zu schweigen.

Peter Carstens: Die
schönste Form der Haus-
besetzung, a. a. O.

Man ist übrigens mit den
Kommunisten nach 1990
schlimmer umgegangen
als am Beginn der Bundes-
republik mit den ehemaligen
Nazis. Wenn wir mit den
Kommunisten etwas tole-
ranter umgegangen wären,
wäre das Desaster, wie
wir es heute in den neuen
Ländern erleben, möglicher-
weise etwas glimpflicher
abgelaufen.

Alt Bundeskanzler Helmut
Schmidt, in: Der Spiegel,
2. Januar 2006, S. 51.

Bei einem Mörder werden
nach 15 Jahren die bürgerli-
chen Ehrenrechte wieder
hergestellt. Für einen IM
hingegen gilt, unabhängig
davon, was er getan hat:
lebenslänglich.

gend gemacht. Wurden die nachwachsenden Generationen von den verschiedenen Systemen seit 1933 – aus zweifellos sehr unterschiedlichen Motiven – stets umworben, erleben nun große Teile einer jungen Generation erstmals seit der Weltwirtschaftskrise wieder, daß niemand auf sie wartet, daß niemand sie braucht – bestenfalls, wenn überhaupt, dann als das wehrlose Ausbeutungsobjekt »Praktikant«, das jederzeit weggeworfen werden kann. Während sich in Frankreich unterdessen wenigstens eine eigenständige Praktikantenbewegung formiert hat, ist selbst davon in Deutschland bisher nichts zu erkennen – nicht einmal eine politische Kraft, die daran ein Interesse hätte. In den vergangenen anderthalb Jahrzehnten wurden in der Großindustrie mit der Umstellung auf eine ausschließlich am Aktienkurs orientierte Betriebswirtschaft nicht nur systematisch Arbeitsplätze, sondern auch Ausbildungsplätze vernichtet. Hinzu kommt: Nirgends in den entwickelten kapitalistischen Ländern hängt der Bildungsweg eines Kindes so sehr vom Einkommen und vom Status der Eltern ab wie in Deutschland; in diesem Punkt ist die klassengesellschaftliche Restrukturierung der deutschen Gesellschaft besonders stark fortgeschritten. Die Massenuniversität verkommt zur Warteschleife, mit der der individuelle Eintritt in die Hartz-IV-Karriere verzögert wird; wer es sich leisten kann, schickt seine Kinder auf die Privatuniversitäten, die neuen Rekrutierungsstationen für die künftigen Eliten.

Eine besondere Note erhält das Ganze im Nordosten Deutschlands, besonders in dessen ländlichen Gebieten, die seit mehr als zehn Jahren als Laboratorien für die Zurichtung einer neuen deutschen Asozialität dienen. In Mecklenburg-Vorpommern östlich von Wismar und südlich der Ostseeküste, in vielen Randbezirken des Landes Brandenburg von der Prignitz über die Uckermark und das Oderbruch bis zur Lausitz, in den Industriebrachen der Länder Sachsen-Anhalt und Sachsen herrscht nicht nur schlicht Bevölkerungsschwund. Wie stets in Elendsgebieten wandern vor allem die ab, die anderswo auch nur eine minimale Chance zu haben glauben. Zurück bleiben die Rentner, die Chancenlosen und ein paar Beamte. Wie zuletzt in dieser Gegend während des Dreißigjährigen Krieges (1618-1648) hat ein »Rückbau« des Bildungs- und Qualifizierungsniveaus große Flächen erfaßt. Wenn irgendetwas am Staatssozialismus revolutionär gewesen war, dann seine Bildungsoffensive für die unterprivilegierten Schichten; nun tobt hemmungslos die Konterrevolution. Brachten in den Jahrhunderten nach dem Dreißigjährigen Krieg holländische Handwerker und hugenottische Emigranten einen Teil dieser Gebiete zurück in die europäische Wirtschaft, werden es in den nächsten fünfzig Jahren wohl osteuropäische Einwanderer richten müssen; den endogenen Kräften ist jedenfalls vorsätzlich das Rückgrat gebrochen worden.

Das »moderne« Lumpenproletariat, das sich aus all diesen Quellen speist, wirft bisher mehr seine Schatten an die Wand, als daß es schon tatsächlich existiert. Trotzdem ist es längst zu einem gesellschaftlich relevanten Faktor geworden. Keine Diktatur kann so effizient, flächen- und jede Tages- und Nachtzeit deckend eine Gesellschaft mit dem Lähmungsgift Angst kontaminieren wie das Wissen um eine »Unterwelt« des Lumpenproletariats – eine »Unterwelt«,

vor der nichts verlässlich schützt, nicht einmal die Abstinenz von Unbotmäßigkeit, und die trotzdem stets als erstes erzeugt wird. Die christliche Hölle wird säkularisiert; jeder Unternehmer darf sich im Nebenamt als Ablaßhändler gerieren: Tausche Wohlverhalten gegen vorläufige Weiterbeschäftigung.

Angst zerstört jede Zivilcourage, verwandelt die Gesellschaft in eine Agglomeration bindings- und damit hilfloser, das heißt zu jeder Form von Widerstand unfähiger Individuen. Die deutschen Eliten haben den Schierlingsbecher randvoll mit Angst gefüllt und der Gesellschaft gereicht; ob er auch der Demokratie angeboten oder sein Inhalt doch weiterhin als Kontaktgift verabreicht wird, ist noch nicht entschieden.

Bei den Reichstagswahlen 1930 meldeten sich das Lumpenproletariat und mehr noch diejenigen, die sich und ihre Nachkommen von einem Absturz in diese »Unterwelt« bedroht fühlten, massiv in der Gesellschaft zurück: politisch, mit der NSDAP. Die konnte ihre Mandate gegenüber den Wahlen von 1928 auf 107 verneunfachen. Mit ihrer Ablehnung des gesamten »Systems« war die NSDAP zum adäquatesten Ausdruck des Hasses der Ausgegrenzten und noch mehr der von Ausgrenzung Bedrohten geworden. Die Massenbasis von Faschismus und Nationalsozialismus ist, bevor das Verbrechen an die Macht gelangt, weder besonders faschistisch noch nationalsozialistisch, sondern zuallererst verzweifelt. Verbrecher werden gemacht.

Im Moment haben die Faschisten in Deutschland dort, wo mehrere Schichten an Verelendung ineinander schmelzen, die größten Erfolge: im Nordosten. Und dort wiederum am stabilsten in jenen Gebieten, in denen die Arbeitsplatzkonkurrenz aus den Nachbarstaaten Polen und Tschechien am spürbarsten ist, in Vorpommern, also im Vorhof des boomenden Szczecins (Stettins), und in Sachsen. In Deutschland mit seinem verordneten Antikommunismus ist der Faschismus-Begriff in den vergangenen zwanzig Jahren zielgerichtet aus der Mode gebracht und durch den Begriff »Rechtsradikalismus« ersetzt worden, weil mit ihm problemlos der begriffliche Bezug zum »Linksradikalismus«, der Lebensquelle jedes Antikommunismus', latent gehalten werden kann. Wir beteiligen uns bewußt nicht an diesem Verniedlichungs- und Verwischungsspiel und verwenden hier für antidemokratische, völkische und xenophobe Bewegungen den eindeutigeren Begriff Faschismus, wohl wissend, daß aus einem Faschismus der Nationalsozialismus hervor wachsen kann, aber nicht muß. Besonders gepflegt werden bei den Faschisten antipolnische Ressentiments. In diesem Punkt konnten sie bruchlos an die SED-Politik der achtziger Jahre anknüpfen, die ein Überschwappen der Arbeiterproteste aus Polen zu verhindern wußte, indem sie – sehr erfolgreich – die antipolnische Karte spielte. Selbst die gegen die SED-Herrschaft gerichtete friedliche Revolution in der DDR 1989 war davon noch geprägt: Es war eine Feierabendrevolution. »Anders als der arbeitsscheue Polacke streikt der Deutsche doch nicht.«

Nach den Erfolgen bei den Landtagswahlen 2004/2005 in Brandenburg und vor allem in Sachsen herrschte in Medien und Politik eine gewisse Aufregung. Doch das Aufkommen einer sich gesamtdeutsch organisierenden Linkspartei und ihr Erfolg bei den Bundes-

Die starke Migration von Ost nach West läuft daraus hinaus, daß die Intelligenzteren die neuen Bundesländer verlassen, die anderen bleiben zurück. Dies haben Testergebnisse bei 350 000 Rekruten der Bundeswehr gezeigt. Auch hier ein frappanter Zusammenhang zwischen hohem IQ und niedriger Arbeitslosigkeit und umgekehrt. Am besten schnitten der Stuttgarter Raum und Südbayern ab, im Osten die Chemnitzer Gegend. Bremen, Ostfriesland und der Nordosten lagen am Ende. Siegfried Lehl, Akademischer Direktor an der Psychiatrischen Klinik der Universität Erlangen-Nürnberg, Experte für Intelligenz-, Gedächtnis- und Demenzforschung, in: Die Welt, 4. Januar 2006.

Den drei 19- und 20-jährigen »Tatverdächtigen, die zum Teil arbeitslos sind, wird vorgeworfen, seit 11. Dezember elf Brände in der Kleinstadt (Grevesmühlen/Mecklenburg) gelegt zu haben. Als Tatmotiv nannte der Oberstaatsanwalt Langeweile und »einen gewissen Kick« ... Betroffenen mache (die Ermittler), mit welcher »unheimlicher Intensität« die Brandstifter vorgehen ... Sehr bedenklich sei, dass die Brandstifter trotz Polizeipräsenz weiter gemacht und sich gesteigert hätten ... »Reue habe ich in den Vernehmungen nicht feststellen können ... Sie waren eher geschockt, dass wir sie schon erwisch haben.« Ostseezeitung, 3. Januar 2006.

tagswahlen im September 2005 scheinen die Fortschritte der Faschisten rückgängig gemacht zu haben. Allein, der Eindruck täuscht. In etlichen Wahlkreisen Sachsens und auch in Vorpommern warfen deutlich mehr als fünf Prozent der Wählenden ihre Stimme weg, indem sie demonstrativ faschistisch wählten. Nach dem Versagen des Staates und seiner Behörden haben die Faschisten in diesen Gebieten begonnen, der einheimischen Bevölkerung Solidarstrukturen zur Verfügung zu stellen, die das Überleben vereinfachen. Ähnlich hatte einst der Siegeslauf der NSDAP begonnen – auch nicht in den Zentren, sondern in einem Elendsgebiet: dem fränkischen Coburg.

Ändert sich an all diesen Tendenzen zum Rand der Gesellschaft hin auf absehbare Zeit nichts Grundlegendes, wird dort ein Haß auf die heutigen Zustände und auf die sie verwaltenden Institutionen heranwachsen, für den eines Tages die gesamte Gesellschaft bitter zu bezahlen haben könnte. Freilich ist davon bisher wenig zu spüren; die ins soziale Aus Gedrängten verhalten sich harmlos. Schlimmstenfalls verweigern sie ihre Teilnahme an Wahlen – was den in den Parlamenten vertretenen Parteien nicht ernsthaft wehtut. Gefährlich wird es erst, wenn sich jemand anbietet, der bereit ist, diesen Haß in die Politik zu tragen.

These 2: Die deutschen Eliten haben ihre Demut verloren

Während sich die »kleinen Leute« in die Verbrechen des Nationalsozialismus zumeist verstrickt hatten bzw. in sie verstrickt worden waren, hatten sich die deutschen, insbesondere die wirtschaftlichen Eliten vorsätzlich und absichtsvoll als Hauptnutznießer des Angriffskrieges betätigt. Sie waren führend an der Ausplünderung Europas durch den Nationalsozialismus beteiligt – im besonderen an der Ausbeutung von Zwangsarbeitern, wenngleich sich ihre Verbrechen darauf nicht reduzierten. 1945 verkleinerte sich durch die Niederlage und den Verlust der Ostgebiete mit dem oberschlesischen Industriegebiet und der Sowjetischen Besatzungszone mit großen Teilen der Berliner Wirtschaft und dem sächsischen Industriegebiet zwar ihre industrielle Basis spürbar. Aber sie konnten vieles vom Zusammengeraubten in die Nachkriegszeit retten, mit dem Ergebnis, daß die entstehende westdeutsche Wirtschaft trotz Kriegszerstörungen und Besatzung gestärkt – ja mehr noch: modernisiert – aus dem Krieg hervorging.

Durch ihr Bündnis mit dem Nationalsozialismus waren allerdings große Teile der deutschen Eliten sowohl international als auch national desavouiert. Gefährlich waren für sie besonders die im Potsdamer Abkommen niedergelegte Absicht, die deutsche Wirtschaft zu entflechten und zu schwächen – von den Westmächten aus dem Motiv heraus betrieben, den deutschen Konkurrenten endgültig auszuschalten – sowie ein auch in der westdeutschen Gesellschaft verbreitetes antikapitalistisches Klima. Selbst die CDU propagierte nach dem verlorenen Kriege offiziell Planwirtschaft und Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Viele von Hitlers »Wehrwirtschaftsführern« wurden von den Westalliierten entmachtet.

Doch die Rettung kam bald: mit dem Kalten Krieg. Die deutschen Industriepotentiale und damit die deutschen Eliten wurden wieder benötigt. Allerdings ging es ohne einen »Kulturwandel« nicht ab.

Die in der Nachkriegszeit anhaltende weltweite revolutionäre Herausforderung und die Erfahrungen von Weltwirtschaftskrise und Faschismus überzeugten die Herrschenden in den führenden kapitalistischen Staaten, dass eine ernsthafte Reform des kapitalistischen Weltsystems ein wesentliches Element der Strategie für den Wiederaufbau nach dem Kriege sein müsse ... Viele waren der Meinung, dass laissez-faire-Ökonomie und laissez-faire-Politik mitverantwortlich für das soziale und politische Chaos der Kriegs- und Zwischenkriegsjahre waren. Dies wiederum trug zu einem Wechsel der Philosophien bei, die den Aufbau internationaler Institutionen bestimmten.
Beverly J. Silver: Forces of Labor. Arbeiterbewegungen und Globalisierung seit 1870, Berlin-Hamburg 2005, S. 190 f.

Sollte der Kapitalismus innenpolitisch wieder Akzeptanz finden, mußte der von den deutschen Eliten bis 1945 gepflegte Herr-im-Hause-Standpunkt einer bis dahin unbekanntenen Demut und einer Kultur des Klassenkompromisses weichen. Der Kalte Krieg beförderte diesen Wechsel zusätzlich, denn die Systemkonkurrenz mit dem die soziale Gerechtigkeit herausstellenden Ostblock verlieh dem Wandel im Politikstil von Konfrontation und Dünkel zu Kooperation und Weltoffenheit Nachhaltigkeit. Die Arbeiterproteste gegen die sozialen Auswirkungen der unternehmerfreundlichen Währungsreform vom Sommer 1948 und namentlich deren Niederschlagung durch die mit Panzern auffahrenden US-Truppen am 12. November 1948 in Stuttgart taten ein übriges. »Leben und leben lassen« wurde zum Grundgefühl einer Epoche, die am 9. November 1989 endete.

Seit Anfang der neunziger Jahre erlebt die Bundesrepublik erstmals in ihrer Geschichte Jahr für Jahr einen Reallohnrückgang; in den vergangenen Jahren kam es – gesamtwirtschaftlich gesehen – sogar zu einem Rückgang der Nettolohnsumme, für 2005 wird erstmals ein Rückgang der Bruttolohnsumme erwartet. Die großen deutschen Industrie- und Finanzunternehmen haben in dieser Zeit Gewinne wie sonst in den vergangenen 150 Jahren nur in der Kriegszeit zwischen 1940 und 1944, als sie billige Zwangsarbeiter ausbeuten konnten, gemacht. Die Gewerkschaften, die anderthalb Jahrzehnte lang diese Entwicklung in der Erwartung tolerierten, daß ihre Zugeständnisse bei der Einkommensentwicklung durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze belohnt werden würden, haben jüngst das Scheitern ihrer Politik eingestanden.

Zugleich schenkten die regierenden Parteien, namentlich die rot-grüne Koalition, den oberen Zehntausend durch Steuersenkungen – mehrere zehn Milliarden Euro. Das Muster war denkbar schlicht: Kaum war eine Steuersenkung – Spitzensteuersatz, Körperschaftsteuer etc. – beschlossen, stellten mit schöner Berechenbarkeit die Vertreter der Wirtschaftsverbände die nächsten Forderungen auf – die wiederum prompt erfüllt wurden. Unter Rot-Grün hat die Bundesrepublik den Weg zu einem Steuerparadies für Reiche eingeschlagen.

Die Gewinne explodierten allerdings nicht nur wegen der Lohnzurückhaltung. Denn noch profitabler, als geringe Löhne zu zahlen, ist es, gar keinen Lohn zu zahlen. Die Vernichtung von Arbeitsplätzen erhielt eine völlig neue Dynamik – Automatisierung, vor allem aber »Arbeitsverdichtung« bei denen, die nicht entlassen wurden, machten es möglich. Unter den wirtschaftlichen Eliten entfalteten sich eine Amoralität und Asozialität wie seit dem Dritten Reich nicht mehr.

Mit der Rechtfertigung »Umbau des maroden Sozialstaats« wurde schon in der Ära Kohl begonnen, die erreichten sozialen Standards aufzuweichen. Unter Rot-Grün nun wurde der Sozialstaat in einen Obrigkeitsstaat rückgebaut, dessen erste Aufgabe es ist, durch »verfolgende Betreuung« den allseits verfügbaren Menschen zu schaffen: modern, aufgeschlossen, mobil, oder weniger systemfromm formuliert: ohne Bindung, in jede Arbeit hinein zu zwingen, an jedem Ort einzusetzen – in der deutschen Geschichte nur bekannt durch den Reichsarbeitsdienst; bei dem dauerte allerdings der Einsatz lediglich ein Jahr.

Eine beachtliche Anpassungsleistung vollbrachte die rot-grüne Regierung, indem sie kurz nach ihrer Wahl (1998 – J. S.) das Land an einem Befriedigungskrieg beteiligte. Der SPD-Kanzler und sein grüner Außenminister schickten in Frühjahr 1999 Bomber gen Belgrad und Leopard-Panzer mit dem Eisernen Kreuz am Geschützturm in die Provinz Kosovo. Deutschland erwachte aus seinem weltpolitischen Schlaf ... Die bewaffnete Lebenswürdigkeit, die seither die Auslandseinsätze der Bundeswehr prägt, konnte wohl kaum jemand leichter repräsentieren als eine eigentlich pazifistisch-weltverbesserliche Bundesregierung ... Der Bundeswehreininsatz in Afghanistan vom Winter 2001 an kam schon ohne die Rechtfertigung »Nie wieder Auschwitz« aus ... Peter Carstens: Die schönste Form der Hausbesetzung, a. a. O.

Identitätsbildend für die rot-grüne Klientel waren der Atomausstieg, Trittins Dosenpfand, Künasts Hühnerhofrevolution und die Öko-Steuer. Mehr war kaum zu finden ... Die Asylpolitik blieb bei der Linie früherer Kompromisse mit der Union ...
 Peter Carstens: Die schönste Form der Hausbesetzung, a. a. O.

Den größten Teil der Arbeitsplätze stellt in der Bundesrepublik nach wie vor die mittelständische Wirtschaft, die, soweit sie produziert, vielfach von Zulieferungen für die Großindustrie, nicht zuletzt die Automobilindustrie lebt. Gerade dieser Teil der Wirtschaft ist einem Preisdruck ausgesetzt, der ihn strategisch zerstört. Da sich bei Löhnen, Gewinnen und Investitionen nur noch etwas auf Kosten der Qualitätsstabilität, unterdessen selbst der Qualität einsparen läßt, sinkt seit einigen Jahren auch die Qualität der Endprodukte. Die Rückrufaktionen bei deutschen Edelmarken gehören heute fast zum Alltag. Japanische Produzenten, die ebenfalls auf ihre Zulieferer Druck ausüben, folgen dabei aber einer ganz anderen Philosophie als die deutschen, die auf Konfrontation setzen: Kooperation zum Zwecke der Qualitätssicherung und langfristig stabiler Produktionszusammenhänge. Wem an Qualität mehr liegt als an Renommee, dem raten unabhängige Sachverständige längst zu Lexus statt zu BMW oder Benz.

Da durch die Automatisierung zumindest in Europa auf Dauer mit der Mehrwertproduktion allein kein Kapitalismus zu machen ist, wird seit den achtziger Jahren ein vorkapitalistischer Ausbeutungstyp neu entwickelt. Die bisherige Infrastruktur – Energieversorgung, Verkehr, Wasser- und Abwasserversorgung, Post, sogar die Bildung und die Behandlung von Kranken und Bedürftigen – wird nicht mehr als gesellschaftlich notwendiges und durch die Gesellschaft als Ganzes zu unterhaltendes Kapilarsystem behandelt, sondern als Quelle von Gewinn. Abgesichert durch selbst herbeigeführte internationale Diktate wie GATS wird eine Monopolisierung aller Ressourcen betrieben, mit dem Ziel, eine moderne Wegelagererei zu etablieren. Nicht mehr nur der einzelne Lohnabhängige, sondern die gesamte Bevölkerung wird zum Ausbeutungsobjekt – wobei es die »Bedarfsgemeinschaften« mit geringem Einkommen existentiell trifft.

Für die künftige politische Entwicklung dürfte diese Ausplünderung von einiger Relevanz sein, denn neben den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit tritt nun endgültig der Widerspruch zwischen Kapital und Konsum. Damit entsteht strategisch eine neue Konfrontationslinie.

These 3: Die Sozialdemokratie wußte mit ihrem Sieg im Kalten Krieg nichts anzufangen

Die politische Geschichte der Bundesrepublik ist durch eine Eigenlichkeit gekennzeichnet: Die jeweils regierenden Koalitionen sahen sich durch die äußeren Umstände nicht selten gezwungen, wichtige Teile des Programms der jeweiligen Opposition umzusetzen. In den siebzehn Jahren CDU-dominierter Regierungen zwischen 1949 und 1966 wuchs ein prosperierender Sozialstaat heran, wie ihn die Sozialdemokratie nur wenig besser hätte gestalten können. Während der großen Koalition 1966 bis 1969 kam die CDU sogar nicht umhin, das von ihr repräsentierte ordoliberalen Wirtschaftssystem durch einen bis dahin verteuerten keynesianischen Staatsinterventionismus abzulösen. Helmut Schmidt (SPD) hingegen machte zwischen 1974 und 1982 eine Politik des Krisenmanagements, wie sie die CDU nicht besser hätte leisten können, und Helmut Kohl, der die

»Wende« in die gesellschaftspolitische Reaktion hatte vollziehen wollen, wurde in sechzehn Jahren Amtszeit zum letzten Sozialdemokraten im Kanzleramt. Nur der Sozialdemokrat Willy Brandt machte zwischen 1969 und 1974 im wesentlichen das, was er wollte – und scheiterte daran. Bis 2002 war die Bundesrepublik im Kern eine sozialdemokratische Erfolgsgeschichte. 1989 siegte nicht das patriarchalische Großkapital mit einem christlichen Menschenbild für den Otto-Normalverbraucher, sondern ein angstfreies Sozialstaatssystem, in dem Weltoffenheit, Meinungsfreiheit, Partizipation und Selbstverwirklichung selbst von seinen Gegnern als selbstverständlich empfunden wurden.

Nach diesem Sieg hätte die deutsche Sozialdemokratie auf den Gedanken verfallen können, dieses Gesellschaftsmodell auf ganz Deutschland, ja auf die Europäische Union auszudehnen. Das wäre ein strategisches politisches Projekt gewesen – zumal das Roll back schon lief. Von Großbritannien und von den USA aus wurde seit den siebziger Jahren immer drängender versucht, Europa zurück in einen Primitivkapitalismus zu zwingen.

Die deutsche Sozialdemokratie zog es vor, gleich zu kapitulieren. So wie in den zwanziger Jahren sang sie statt dessen das Lied vom Weltmarkt und nahm, um dort die Preise der anderen unterbieten zu können, die Zerstörung des Binnenmarktes in Kauf. Nach dem Ersten Weltkrieg hatte sich die deutsche Wirtschaft an die USA-Wirtschaft gebunden, ihren in der Inflation zertrümmerten Binnenmarkt zertrümmert gehalten (erst 1928 waren die Werte von 1913 erreicht worden). 1929 war Deutschland nicht nur das erste Opfer der Schwarzen-Freitag-Krise geworden, sondern auch das am schlimmsten betroffene. Heute ist Deutschland Export-Weltmeister mit einem vorsätzlich geschwächten Binnenmarkt. Die Folgen einer Weltwirtschaftskrise – dieses Mal nicht unbedingt von den überschuldeten USA, sondern von China, wenn nicht von beiden ausgehend – sind unabschätzbar.

Der 2005 verstorbene Andre Gunder Frank hat in seinem letzten Buch auf die Rückkehr des Zentrums der Weltwirtschaft in den chinesisch-indisch-indonesischen Raum nach 250 Jahren westwärtiger Umrundung des Globus hingewiesen. Vor hundert Jahren wanderte in diesem Prozeß das Zentrum der Weltwirtschaft von Großbritannien nach Deutschland, in die USA und nach Japan. Großbritannien verlor zuerst seine Rolle als »Werkstatt der Welt«, dann seine Führungsrolle als Seemacht und als Kolonialmacht und während des Zweiten Weltkriegs auch seine Funktion als Finanzzentrum der Welt. Mit all dem ist das Land nicht sonderlich gut zurechtgekommen; eine seinen Verhältnissen entsprechende Reformstrategie zu entwickeln, mißlang allen politischen Kräften; Margret Thatcher entschied sich dann für Abriß. Die Propagandisten einer neuen deutschen Asozialität propagieren zwar ständig Großbritannien als Vorbild für den Boom. Allein: Von einer deutschen Auswanderung nach Großbritannien ist nichts bekannt; von einer ins ehemals elende, durch Interventionen der EU unterdessen aufgepeppte Irland hingegen schon.

Mehr als Margret Thatcher ist der deutschen Sozialdemokratie auch nicht eingefallen. Statt ein intelligentes Reformkonzept zu ent-

Planvolles gesellschaftsveränderendes Vorgehen konnte man am ehesten der sozialdemokratischen Justizministerin Däubler-Gmelin nachsagen ... Mit fünf Dutzend Gesetzen vom Mietrecht bis zum Gleichstellungsgesetz für den öffentlichen Dienst setzte sie gesellschaftspolitische Ziele per Parlamentsbeschluß durch ... Im Sommer 2002 stürzte Däubler-Gmelin ... Es blieb Jürgen Trittin, der das »rot-grüne Projekt« mit geringem Zeitverzug als philosophisches Konstrukt begriff und nur noch bei Wahlkämpfen als Grundlage praktischer Politik deutete. Er durfte Minister bleiben. Peter Carstens: Die schönste Form der Hausbesetzung, a. a. O.

Die Dringlichkeit ... wächst mit der Rücknahme elementarer sozialer Menschenrechte unter neoliberalen Druck. Die Ausgrenzung und Einengung von Persönlichkeitsrechten der Schwächeren durch eine neue soziale Polarisierung, die Gefährdung der Demokratie durch schleichende Aushöhlung, Medienmanipulation und rechtsextreme Tendenzen sowie die Dringlichkeit gleicher Rechte aller Menschen auf die Nutzung des Umweltraumes setzen in neuer Weise Verteidigung und Zugewinn von Menschenrechten auf die Tagesordnung.

Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hrsg.): ReformAlternativen. sozial – ökologisch – zivil, Berlin 2000, S. 64.

Wer heute auf spätere revolutionäre Zeiten warten will, müßte sich schon fragen, ob sie überhaupt jemals heraufziehen, und was vordem, in unserer alltäglichen Gegenwart also unternommen werden könne. Offen bleibt, welche Situation sich aus dem Zerfall des Proletariats ergibt – von der Pariser Kommune 1871 über die beiden Weltkriege hinweg trat zutage: Ein Sozialismus hatte schon früher nur in der Epoche nach großen Kriegen seine Chance, und sie hielt nie lange an. Wollen Marxisten nun auf den nächsten Krieg setzen, statt ihn zu verhindern? ... Falls überhaupt jemand davon profitiert, sind es Islamisten und Kapitalisten, nicht die wenigen marxistischen Revolutionszirkel. Gerhard Zwerenz: Zurück zu Orwell?, in: Das Blättchen, 2002, H. 21.

wickeln, mit dem die endogenen Kräfte entfesselt werden können, entschied sie sich 1998 mit dem Schröder-Blair-Papier für »Neoliberalismus light« – und 2002 für die Hardcore-Variante der voll entfalteten Asozialität.

Entsprechend ist die Bindungskraft der beiden Parteien gesunken, die seit 1949 die Bundeskanzler stellten. Noch Anfang dieses Jahrzehnts kursierte unter CDU- und SPD-Politikern die Prognose: 2002 fliegt die PDS aus dem Bundestag, 2006 die FDP, 2010 die Grünen, und dann haben wir das amerikanische Zweiparteiensystem (übrigens ein Traum aus den Zeiten der ersten großen Koalition). Die Wirklichkeit sieht anders aus. Wählten 1976 mehr als neunzig Prozent der Wählenden in Westdeutschland CDU und SPD, sind es heute in ganz Deutschland gerade noch zwei Drittel. Die FDP erlebt im Moment ein Zwischenhoch, die Grünen eine Sinnkrise – und die PDS als Linkspartei ein Comeback. Von der Politik all dieser Parteien wird es abhängen, ob in den nächsten Deutschen Bundestag eine weitere Partei einziehen wird: eine faschistische.

These 4: Die politisch organisierte Linke gerät in eine Schlüsselposition – ob sie will oder nicht

Die SPD hat seit dem Godesberger Parteitag 1959 die Reste ihrer ursprünglich marxistischen Positionen geräumt; mit der zweiten Regierung Schröder verabschiedete sie sich nun selbst von einer sozialdemokratischen Antwort auf die soziale Frage. 300 000 Mitglieder traten aus.

Bei der Bundestagswahl 2005 ist erstmals seit 1932 eine gesamtdeutsche Partei links von der SPD ins zentrale Parlament eingezogen. Das bedeutet eine Kräfteverschiebung im Parlament nach links wie seit der Vereinigung von KPD und Mehrheits-USPD im Dezember 1920 nicht mehr.

Allerdings sind einige Probleme vorhanden, die schon jedes für sich genommen geeignet sind, diese Kräfteverschiebung wieder rückgängig zu machen:

Die entstehende Linkspartei wird bisher im wesentlichen aus zwei Quellen gespeist: aus der ostdeutschen PDS und aus der westdeutschen Gewerkschaftslinken sowie einer Minderheit der ehemaligen SPD-Linken. Wird die eine von Mitgliedern getragen, die schon vor längerer Zeit ihren 60. Geburtstag gefeiert haben, sind es in der anderen Mitglieder, die, charmant ausgedrückt, auf ihre zweite Jugend zusteuern. Es ist eine Bewegung von Menschen im reiferen Alter. Angesichts hoher Lebenserwartung und Leistungsfähigkeit im Ruhestand in der gesamten Gesellschaft sowie eines hohen Niveaus an Bildung und Erfahrung speziell in diesen Gruppen kann das allerdings auch von Vorteil sein.

Große Teile der frustrierten Linken Westdeutschlands bleiben auf interessierter Distanz. Das Attraktionspotential reizt bisher nur zum Kreuz auf dem Stimmzettel, nicht zum Mittun.

Ein Aufbruch unter Jugendlichen ist bisher nicht erkennbar. Ohne eine eigenständige, partiell auch gegen die Linkspartei opponierende Jugendbewegung ist eine Zukunft der Linken schwer vorstellbar. Denn veränderte Perspektiven entstehen mit neuen, das Bisherige in Frage stellenden Generationen – wobei jung nicht gleich jung ist.

Junge Menschen, die sich lediglich in Haardichte und Zahnhäufigkeit von Greisen unterscheiden, sind der Tod jeder Linken.

Beim Vorantreiben von Reformprojekten, deren Ausformung den Rahmen der profitdominierten Gesellschaft weitet und durchbricht, kommen Regierungsbeteiligungen eine wesentliche Bedeutung zu. Doch in den Debatten darüber wird von den Protagonisten nur höchst selten dieser Zusammenhang hergestellt. Man kann sich oft nicht des Eindrucks erwehren, daß in der zweiten Reihe der Berufspolitiker die Gruppe jener besonders groß ist, deren politische Karrieren in FDJ, SED und Staatsapparat 1989 unterbrochen wurden und die in einer Regierungsbeteiligung weniger ein Reform- denn die Fortsetzung ihres autobiografischen Projektes sehen.

Stalinismus und Kalter Krieg liegen nach wie vor wie ein Alb auf den Hirnen vieler Lebender. Nach Jahrzehnten der Frustration ist in der Linken der Mut zur Phantasie – ursprünglich eine ihrer Stärken – abhanden gekommen. Visionsfreier Pragmatismus gilt als Tugend; die Forderung nach Emanzipation von allen Verhältnissen, in denen der Mensch ein geknechtetes, erniedrigtes und beleidigtes Wesen ist, wird mit Ideologieverdacht belegt. Eine Linke als der bessere Elendsverwalter macht sich aber selbst überflüssig.

Nichtsdestoweniger hat die Sozialdemokratie – wider Willen – für die Linke das desaströse 20. Jahrhundert beendet. Der politisch organisierten Linken ist plötzlich ein Feld zugefallen, das zu bestellen mit Herausforderungen verbunden ist, deren Qualität und Umfang bisher noch nicht völlig erkennbar sind:

Der Rheinische Kapitalismus des Ausgleichs und des Klassenkompromisses weicht einem obrigkeitsstaatlich geschützten Kapitalismus der Konfrontation und der Gesellschaftsspaltung. Reicht das bisherige Analyseinstrumentarium der Linken aus, um daraus produktive Schlußfolgerungen ziehen zu können?

Zumal sich nicht nur die Herrschaftsphilosophie ändert: Mit dem Übergang zu einem Kapitalismus der Ausplünderung ganzer Bevölkerungen durch die Monopolisierung infrastruktureller Ressourcen und ihrer Verwandlung in eine Quelle von Gewinn entstehen bisher unbekannte Spaltungen der Gesellschaft. Damit wird eine emanzipatorisch agierende Linke für ganz andere Schichten interessant, und strategisch werden völlig andere Mehrheiten denkbar. Wer in der Linken ist darauf eingestellt, so etwas überhaupt zu denken?

Und damit nicht genug. Die Substanz vieler Schismen, die die Linke im 20. Jahrhundert belasteten, ist spätestens seit 1989 welk geworden. Noch nie war die Chance so groß wie heute, sich von den Streitereien, gegenseitigen Verletzungen und Unsinnigkeiten des 20. Jahrhunderts zu befreien. Doch ist in der Linken dafür eine hinreichende Souveränität schon vorhanden?

Fände die Linke auf diese drei Fragen – Kapitalismus der vorzüglich vertieften Gesellschaftsspaltung, Infrastruktur als Quelle von Gewinn und Beerdigung substanzlos gewordener Schismen – überzeugende Antworten, wäre sie nicht mehr darauf angewiesen, allein über Parlamentsmandate und Regierungsbeteiligungen nachzudenken, sondern könnte sich ihrer eigentlichen Aufgabe, der Eringung von politisch-kultureller Hegemonie in der Gesellschaft, zuwenden.

Ein sozialistischer Standpunkt betrachtet die Menschenrechte von unten. Immer wieder von Neuem muß hingesehen werden, wer wirklich »unten« ist. Die Menschenrechte gelten dem Sozialismus erst dann verwirklicht, wenn jeder, d. h. buchstäblich also: auch der oder die am meisten Benachteiligte, der wichtigsten sozialen und politischen Rechte teilhaftig wird. Die freie Entwicklung eines jeden (und nur damit auch wirklich aller) ist der Schlüssel zum Sozialismus. Die Gleichheit in der Freiheit ist der wichtigste Wert sozialistischer Bewegungen. Gerechtigkeit mißt sich sozialistisch primär von unten; Solidarität ist vor allem Solidarität mit denen, denen die gegenwärtige Gesellschaft strukturell die Chancen am meisten verstellt hat. Der politische Anspruch des Sozialismus besteht in einer solchen Gestaltung moderner Gesellschaften mit ihren Institutionen und Machtstrukturen, daß die Durchsetzung der Menschenrechte in der Einheit von politischen, sozialen und individuellen Rechten und ihrer Unteilbarkeit für jeden einzelnen und für alle garantiert wird. Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e. V. (Hrsg.): Zur Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus. Ein Kommentar, Berlin 1997, S. 49.

Die 11. Feuerbach-These von Marx lautet bekanntlich: »Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, es kommt darauf an, sie zu verändern.« ... Die These ist zu variieren und zu komplettieren: »Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, es kommt darauf an, sich zu verändern.« Wer das eine wie das andere unterläßt, wird weiterhin Niederlage an Niederlage reihen. Gerhard Zwerenz: Zurück zu Orwell? a. a. O.

Auch wenn es strategisch die Linke wahrscheinlich allein nicht wird richten können. Denn sie selbst ist in wesentlichen Teilen ein Residuum des Arbeiterbewegungssozialismus, dessen Uhr schon mit seiner Spaltung 1918 abzulaufen begann. Zu erwarten ist eher eine Neuformierung der politischen Fronten und damit aus den Trümmern der zerfallenden politischen Lager des 20. Jahrhunderts und des Kalten Krieges heraus die Geburt einer neuen emanzipatorischen Bewegung. Ob die Linke in diesem Prozeß Platzhalter und Geburtshelfer oder konservatives Element, das zur Sieche und Karikatur seiner selbst verurteilt ist, sein wird, hat sie selbst zu entscheiden.

Der Einstieg in einen Kampf um politisch-kulturelle Hegemonie ist in der Vergangenheit immer dann gelungen, wenn ein gesellschaftliches Tabu gebrochen wurde – am Ausgang des 18. Jahrhunderts war das die angebliche Gottgewolltheit feudaler Ausbeutung und Herrschaft, im 19. Jahrhundert ging es um die viehische Ausbeutung von Frauen und Kindern, in den sechziger Jahren war es in der Bundesrepublik der verdrängte Nationalsozialismus. Heute heißt das Tabu Angst. Die Frage ist nicht, ob dieses Tabu gebrochen werden wird, sondern wer es brechen wird.

Wie die politisch organisierte Linke sich in diesem Punkt entscheidet, wird nicht nur wesentlich ihre eigene Zukunft beeinflussen, sondern auch die Zukunft dieser Gesellschaft. Schließt sie sich dem Schweigegeflüster der anderen Parteien über das, was an den Rändern und von den Rändern dieser Gesellschaft her bewußt produziert wird, an oder skandalisiert sie die gezielte Durchseuchung aller Sphären des Lebens mit dem Angstgift – und zwar beständig und immer wieder?

Die Menschen am Rand und mehr noch die, die die Furcht haben, dorthin verdrängt zu werden, bilden im Moment die wichtigste Zielgruppe der Faschisten. Die Nutznießer einer erstarkenden faschistischen Szene sind vor allem jene reaktionären Machtgruppen, die ihren politischen Arm in den Parteien der sogenannten bürgerlichen Mitte besitzen. Im Moment haben diese Kräfte in der CDU zwar in der Innenpolitik das Sagen, sind aber durch den Ausgang der Bundestagswahl ansonsten eher in der Defensive. Um ihre Vorstellungen durchzusetzen, sind sie für Druck von rechts nicht undankbar.

Dieses Modell ist nicht neu. So ähnlich agierten in den zwanziger und frühen dreißiger Jahren auch großbürgerliche und monarchistische Machtgruppen, die sich auf eine Beseitigung der Weimarer Republik verständigt und als ihren Exponenten den Medienzaren Alfred Hugenberg (Deutschnationale Volkspartei) aufgebaut hatten. Sie förderten nach Kräften faschistische Verbände. Nach dem Aufstieg der NSDAP 1930 aber gerieten Hugenberg und seinem Umfeld die Dinge außer Kontrolle: Statt einer faschistischen Monarchie erbte die Republik von Weimar eine nationalsozialistische Diktatur; statt, wie erstrebt, Hitler »einzubinden«, wurden sie zum Komplizen der nationalsozialistischen Verbrecher.

Trotzdem scheint dieses Modell nicht an Reiz verloren zu haben – zumal es im vereinten Deutschland seinen Probelauf schon erfolgreich bestanden hat: bei der Abschaffung des Asylrechts Anfang der neunziger Jahre. Damals wurde der Druck der faschistischen Parteien genutzt, um die eigenen politischen Ziele zu erreichen.

Auf der Linken lastet die Verantwortung, ob das Kräfteverhältnis demnächst nach rechts oder nach links verschoben werden wird. Dabei kann es natürlich nicht um eine Klientelpolitik für die Ausgegrenzten dieser Gesellschaft gehen, auch wenn ihrem Elend eine Stimme verliehen werden sollte.

Quer durch alle sozialen Schichtungen der Gesellschaft erleiden immer mehr Menschen Tag für Tag *jeder für sich allein* die Pein der Angst – um die eigene Zukunft und um die ihrer Angehörigen, vor allem ihrer Kinder und Kindeskinde. Wer als erster das schmutzige Spiel mit der Angst vom Tabu befreit, wird einen Kredit erringen, der neue Wege möglich machen wird. Da das – trotz aller Risse – der neoliberale Block aus CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen nicht sein wird, entscheidet die politisch organisierte Linke darüber. Schon Lassalle meinte, die revolutionärste Tat sei es, laut zu sagen, was ist.

HUBERT LAITKO:

»Sozialismus oder Barbarei?«

Jürgen Kuczynski und das Problem
der historischen Alternativen

Die Ansicht, dass unsere Epoche vor der historischen Alternative von Sozialismus oder Barbarei steht, unter Rückgriff auf Marx mit der Wucht eines Menetekels formuliert, war wohl Jürgen Kuczynskis zentrales Credo, das sein Geschichtsbild, seine Zukunftsvorstellungen und seine Hoffnungen verband. Bis zuletzt, gerade auch über die »Wende« von 1989/90 hinaus, hat er daran festgehalten. In seinem späten Buch *Letzte Gedanken?* (1995) ist zu lesen: »Marx sprach einst davon, und er hat das seiner und meiner Ansicht nach wissenschaftlich bewiesen, dass vor der Menschheit die Alternative steht: Sozialismus oder Barbarei. Ich glaube, die Entwicklung in Deutschland gibt ihm recht.«¹ Mehrfach erscheint dieses Credo auch im *Fortgesetzten Dialog mit meinem Urenkel* (1996), jenem Buch, für das er sich einleitend mit dem Hinweis darauf entschuldigte, dass er eigentlich gar kein Buch mehr schreiben wollte.² Meines Erachtens sollte man den *Dialog* (1977, gedruckt 1983)³ zusammen mit seiner Fortsetzung, nicht zuletzt wegen der ausgeprägt persönlichen Note dieser beiden Texte und ungeachtet ihrer eher journalistischen Ausdrucksform, als zentrale Dokumente seines politischen und wissenschaftlichen Vermächnisses auffassen. So hatte er es offenbar auch selbst gemeint; sein Tagebuch enthält unter dem 7. 11. 1987 die Notiz: »Der ›Urenkel‹ ist doch auch als politisch-strategisches Werk für Historiker von großer Bedeutung.«⁴ Die dezidiert schlichte Schreibweise war bei ihm ein wohlbedacht eingesetztes Stilmittel. Mit typisch Kuczynskischer Koketterie heißt es hier: »Ich habe als Wissenschaftler von meiner zweitklassigen Fähigkeit als Journalist profitiert und als Journalist von meiner zweitklassigen Fähigkeit als Wissenschaftler, so dass ich fälschlicherweise bei beiden Tätigkeiten bisweilen zu hoch eingestuft wurde.«⁵ Solche Erklärungen pflegte er mit der Anekdote zu verbinden, mit seiner Dissertation hätte er beinahe seinen Vater Robert René Kuczynski auf dem Gewissen gehabt, weil dieser bei der Lektüre des philosophisch hochgestochen formulierten Werkes in der Badewanne vor Langeweile eingeschlafen sei und vor dem Untergehen gerade noch durch die zum Essen rufende Mutter habe gerettet werden können. In seinen Memoiren 1989-1994 erinnerte sich Jürgen Kuczynski daran, dass er vor damals siebzig Jahren sein erstes Buch *Zurück zu Marx* zu schreiben begonnen hatte: »Damals war ich vor allem theoretisch interessiert und schrieb einen schrecklich komplizierten Stil – mit Hegel und Marx und den Neukantianern in Heidelberg, meiner Studienheimat, als Vorbild. Heute bin ich vor allem empirisch interessiert und bemühe mich,

Hubert Laitko – Jg. 1935; Prof. Dr., Wissenschaftshistoriker. Wichtige Publikationen: Bernhard von Brocke, Hubert Laitko (Hrsg.): *Die Kaiser-Wilhelm/Max-Planck-Gesellschaft. Studien zu ihrer Geschichte: Das Harnack-Prinzip*, Berlin/New York 1996. Zuletzt in UTOPIE kreativ: *Generationengerechtigkeit: Die Verknüpfung ökologischer und sozialer Zielstellungen im Nachhaltigkeitskonzept* (mit Reinhart Bellmann und Klaus Maier), Heft 153/154, (Juli/August 2003)

1 Jürgen Kuczynski: *Letzte Gedanken?* Zu Philosophie und Soziologie, Geschichtswissenschaft und Wirtschaftswissenschaft, schöner Literatur und zum Problem der deutschen Intelligenz, Köln 1995, S. 93 f.

2 Jürgen Kuczynski: Fortgesetzter Dialog mit meinem Urenkel. Fünzig Fragen an einen unverbesserlichen Urgroßvater, Berlin 1996, S. 6.

3 Jürgen Kuczynski: Dialog mit meinem Urenkel. Neunzehn Briefe und ein Tagebuch, Berlin und Weimar 1983.

4 Jürgen Kuczynski: Schwierige Jahre – mit einem besseren Ende? Tagebuchblätter 1987 bis 1989, Berlin 1990, S. 64.

5 Kuczynski, Fortgesetzter Dialog (wie Anm. 2), S. 181.

6 Jürgen Kuczynski: Ein hoffnungsloser Fall von Optimismus? Memoiren 1989–1994, 2. erw. Auflage, Berlin 1995, S. 16. Auch auf seine Schüler wirkte Kuczynskis Verhältnis zur Sprache prägend. Nach Meinung von Jan Peters »erweist sich auch der Schreibstil Kuczynskis als ein aktuelles Erbe-Problem. Sollten wir als Beobachter der Wissenschaftssprache uns nicht darauf besinnen können, dass verwickelte bis verworrene Ausdrucksweisen nicht unbedingt für Tiefe stehen, dass man zwar immer, auch auf neue Richtungen, neugierig, aber im Stil nicht unbedingt ›modern‹ sein muss?« – Jan Peters: Jürgen Kuczynski zum 100. Geburtstag am 17. September 2004, in: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät 74 (2004), S. 113-120, hier S. 119.

7 Zum Vorwurf der Nostalgie, der sich nach 1990 zu einem banalen, inflationär gebrauchten Totschlagargument gegen jede differenzierte historische Betrachtung der DDR jenseits

einfach, jedem verständlich zu schreiben.«⁶ Angesichts dieser autobiographisch-ironisch gerechtfertigten Stilentcheidung ist man nicht von vornherein schlecht beraten, wenn man versucht, auf seine Texte eine stärker ausgefeilte Begrifflichkeit zu projizieren, als er sie selbst zu benutzen pflegte.

Gleich zu Beginn sollte deutlich gesagt werden, dass Jürgen Kuczynskis häufig wiederholte Überzeugung von der Gültigkeit jener Fundamentalalternative auch in den neunziger Jahren nichts mit etwaiger trivialer DDR-Nostalgie zu tun hatte.⁷ Zu jener Zeit hatte er sich strikt vom Gesamtsystem der DDR distanziert, und er konnte das tun, weil er die DDR-Gesellschaft – wie die so genannten realsozialistischen Gesellschaften überhaupt – gar nicht mehr als eine sozialistische betrachtete. Lediglich sozialistische Elemente gestand er ihr noch zu, die aber ihren Gesamtcharakter nicht bestimmt hätten; insgesamt sah er sie nun als eine Sackgasse der Geschichte. Gewiss war dies, wie er selbst bekannte, nicht seine Meinung von Anfang an. Er wollte sich aber auch nicht nachträglich als einen Allwissenden hinstellen, der von vornherein alles besser gewusst und sich unter den Verhältnissen der DDR lediglich verstellt hätte; für diese Verhaltensweise, die er in seinem weiteren Umkreis reichlich beobachten konnte, hatte er nur Spott übrig. Nach meiner Ansicht gereicht es ihm zur Ehre, dass er auch in weit fortgeschrittenem Lebensalter bereit und mutig genug war, sich zu revidieren. Scharfe, teilweise auch hämische Vorwürfe deswegen sind ihm nicht erspart geblieben. Wer aber zugesteht, dass das verbreitete und nicht selten mit administrativen Konsequenzen verbundene Verfahren, unkonventionelle Ansichten zu wichtigen Fragen der gesellschaftlichen Entwicklung als »Revisionismus« zu brandmarken, zu den selbstfabrizierten Sargnägeln der DDR gehörte, der wird auch Kuczynski jedes Recht zubilligen müssen, seine Ansichten über den ostdeutschen Staat post factum zu ändern.

Im Herbst 1989 war Jürgen Kuczynski für kurze Zeit der Meinung, nun könnte eine selbstbestimmte Erneuerung der DDR beginnen, die über die Entfaltung von Basisdemokratie die Tür zu einer wirklich sozialistischen Entwicklung aufstoßen würde. Fasziniert von der sowjetischen Perestroika, erklärte er beispielsweise Anfang Dezember 1989 in einem Hamburger Vortrag: »Wie wird der Sozialismus erstarken, wie wird er blühen, wenn wir in allen sozialistischen Ländern diesen Kurs zu steuern lernen! Auch wir in der Deutschen Demokratischen Republik haben, wahrlich reichlich spät, eine Revolution unserer Verhältnisse begonnen, dem Beispiel der Sowjetunion folgend. Das Volk, auch die Masse der Parteimitglieder, hat sie erzwungen. Großartig für einen Marxisten seit sechseinhalb Jahrzehnten, solch eine Volksbewegung noch erleben zu dürfen.«⁸ Es ist heute noch gut in Erinnerung, dass diese Ansicht keineswegs eine Kuczynskische Privatillusion war, sondern damals von vielen geteilt wurde, sowohl in der oppositionellen Bürgerbewegung als auch unter den Reformbefürwortern innerhalb der SED.⁹ Noch heute ist schwer zu sagen, ob es sich dabei um eine historische Option mit zwar minimaler, aber immerhin bestehender Realisierungswahrscheinlichkeit oder um eine heroische Illusion gehandelt hatte. Wenn man nicht allein aus der Binnensicht der DDR urteilt, sondern die damals beste-

hende globale Kräfteverteilung in Betracht zieht, dann spricht freilich mehr für eine bloße Illusion der Akteure – die freilich erst im Nachhinein als solche erkennbar war, nicht im Strudel der sich überstürzenden Ereignisse in jenen spannungsgeladenen Monaten.

Jedenfalls hat Kuczynski frühzeitig gesehen, dass sich das Spektrum der historischen Möglichkeiten auf das eine Ziel der deutschen Vereinigung verengte. Hier allerdings tat sich auf einer nachgeordneten Ebene wiederum ein Bündel von Optionen auf, betreffend die Ausgestaltung der Gesellschaft des vereinigten Deutschland im Detail, die Wege zu diesem Ziel und die Tempi, in denen diese Wege zu durchlaufen waren. Auf dieser Ebene ist man – anders als bei der eher nur *denkmöglichen* Fortexistenz einer erneuerten DDR – keineswegs berechtigt, irgendwelchen der in Frage kommenden Optionen von vornherein jede reale Möglichkeit abzusprechen. Vielmehr mussten taktische Schläue und erheblicher materieller Aufwand mobilisiert werden, um die politisch nicht gewollten Optionen zuverlässig auszuschließen. An Kuczynskis Umgang mit dieser Entscheidungssituation kann man sich ein Bild von seinem Verhältnis zu geschichtlichen Alternativen machen.

Als die Idee einer erneuerten DDR in den Hintergrund trat, zeichneten sich zwei prinzipielle, in sich wiederum mannigfach differenzierte Optionen ab. Die eine, schließlich realisierte war der kurzfristige Beitritt der DDR zur Bundesrepublik unter restloser Übernahme ihrer Verhältnisse; dies war mit der Intention verbunden, dass von der Identität und Tradition der DDR nichts bleiben und das historische Urteil über die DDR ein ausschließlich negatives sein sollte. Die andere, unvergleichlich anspruchsvollere Option sah eine mehrjährige Übergangsphase vor, oft in der Rechtsform der Konföderation gedacht, bei der zumindest nicht a priori ausgeschlossen war, dass der in Aussicht genommene Prozess der behutsamen Annäherung in einer *wechselseitigen* Einflussnahme bestehen und das schließlich resultierende einheitliche Deutschland Züge verbinden könnte, die aus den Traditionen *beider* Staaten herrührten.

Kuczynski war ein klarer Befürworter der Konföderationsvariante. Wie er berichtete, hätte in einem Gespräch, das er am Rande eines Kolloquiums zu Ehren des achtzigsten Geburtstages von Marion Gräfin Dönhoff mit Willy Brandt über die Zukunft Deutschlands führte, auch dieser dem Weg über die Konföderation den Vorzug gegeben.¹⁰ Dieser Standpunkt, den Brandt auch noch auf dem SPD-Parteitag im Dezember 1989 vertrat, schien damals mehrheitsfähig, doch das Klima änderte sich unglaublich schnell. Nach Kuczynskis Darstellung hatte das bundesdeutsche Establishment bereits bis Anfang 1990 die Wendung weg von der Konföderationsvariante zur Sicherstellung eines perfekten und schnellen Anschlusses über die Zusage einer der politischen Vereinigung vorangehenden Währungsunion vollzogen – einer Variante, vor der noch kurz zuvor Ökonomen eindringlich gewarnt hatten. Bereits einen Monat nach dem Dönhoff-Kolloquium sah sich Kuczynski nicht mehr in einer mehrheitsfähigen, sondern in einer marginalisierten Position, als er Anfang Januar 1990 auf einer Tagung der Evangelischen Akademie in Tutzing weiterhin den Konföderationsgedanken vertrat und dabei lediglich von Günter Grass unterstützt wurde.¹¹

ihrer Totalverteufelung entwickelt hat, äußerte sich Kuczynski selbst Ende 1993 in einem Presseartikel, den er in seine Memoiren aufnahm: »Nostalgie nach einem Staat, in dem die Pressefreiheit kleiner war als unter Friedrich dem Großen? Nostalgie nach einem Staat, in dem die Basisdemokratie noch kümmerlicher war als in der Bundesrepublik? Nostalgie nach einem Staat, in dem die herrschende Clique unfehlbar war? ... Nein, keine Nostalgie nach einem so feudal-absolutistisch geprägten Staat! Keine DDR-Nostalgie! ... Aber deswegen darf doch Nostalgie nach so manchen Verhältnissen in der DDR nicht verboten sein. Wahrlich, ich bin voller Nostalgie nach gesellschaftlichen Verhältnissen, in denen jeder Arbeit hatte und keiner arbeitslos war, in denen es keine Obdachlosen gab, in denen keiner auch nur einen Tag zu hungern brauchte, in denen jeder unabhängig von den finanziellen Verhältnissen der Eltern studieren konnte. Nein, solche Nostalgie lasse ich mir von niemandem verbieten!« – Kuczynski, Ein hoffnungsloser (wie Anm. 6), S. 303-304.

8 Kuczynski, Schwierige Jahre (wie Anm. 4), S. 189.

9 Siegfried Prokop (Hrsg.): Die kurze Zeit der Utopie. Die »zweite DDR« im vergessenen Jahr 1989/90, Berlin 1994.

10 Kuczynski, Letzte Gedanken (wie Anm. 1), S. 84. – »Ich sprach auch ausführlicher mit Willy Brandt, der damals lebhaft für eine deutsche Konföderation eintrat und mir sagte, dafür würde er auch auf dem Parteitag Mitte De-

zember sprechen. Wenige Wochen später, als wir beide zusammen mit Genscher auf einer Veranstaltung der Evangelischen Akademie in Tutzing Kurzreferate zur deutschen Frage hielten, flüsterte er mir zu: »... der Zug ist abgefahren und trat für eine völlige Vereinigung ein.« Kuczynski, Ein hoffnungsloser (wie Anm. 6), S. 77.

11 Kuczynski, Letzte Gedanken (wie Anm. 1), S. 84-85.

12 Ebenda, S. 85.

13 Jürgen Kuczynski: Probleme der Selbstkritik. Sowie von flacher Landschaft und vom Zickzack der Geschichte, Köln 1991, S. 72.

Im März 1990 veröffentlichte Kuczynski einen Aufsatz in der *Weltbühne*. Darin bezog er sich auf einen Artikel eines westdeutschen Gewerkschafters, der eine wirtschaftliche und soziale Katastrophe mit Massenarbeitslosigkeit für den Fall voraussah, dass die Währungsunion am Anfang und nicht am Ende der wirtschaftlichen Sanierung stände. Kuczynski nannte in seinem Aufsatz die damals erst projektierte Währungsunion ein »Abenteurer von unkontrollierbarer Zerstörungskraft« und meinte, der DDR drohe die Gefahr, zum Armenhaus Deutschlands zu werden: »Von den politischen Fernwirkungen ganz zu schweigen: Massenarbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit wären der Nährboden für rechtsradikale Lösungen. Es gibt nicht den wundersamen marktwirtschaftlichen Konsumaufschwung über Nacht bei fortgeschriebener sozialer Sicherheit und Vollbeschäftigung. Elbe und Rhein fließen nicht bergauf.«¹² Noch am 1. Mai 1990 an der Universität Tübingen äußerte er sich skeptisch zur Option des bedingungslosen Beitritts: »Es ist offenbar, dass eine Einigung der beiden deutschen Staaten stattfinden wird. Die entscheidende Frage ist, ob das in einem Prozess der Einvernahme der DDR mit Hilfe des Artikels 23 des Grundgesetzes und durch Aufgabe aller sozialistischen Elemente der Gesellschaft der DDR oder mit sozialistischen Reservaten für die DDR bzw. gar mit Übernahme einiger unserer Errungenschaften in der BRD erfolgen wird.« Als derartige Errungenschaften nannte er unter anderem »ein zwar kümmerliches, aber absolut gesichertes Existenzminimum« für ausnahmslos jeden Bürger, das völlige Fehlen von Arbeitslosigkeit und das umfassende soziale Sicherheitsnetz und gelangte zu dem Schluss: »Ich meine, das sind nach 40 Jahren Sozialismus kümmerliche, aber im Vergleich zum Kapitalismus höchst bemerkenswerte Leistungen, die bei einer Einigung der beiden deutschen Staaten nicht verloren gehen sollten.«¹³ Liest man diese vor fünfzehn Jahren niedergeschriebenen Sätze vor dem Hintergrund der heute aktuellen Problemsituation in Deutschland und der darauf bezogenen Debatten, dann kann man nicht umhin, sich über die Illusionen eines erfahrenen Gelehrten zu wundern und zugleich seinem Weitblick Respekt zu zollen. Im Frühjahr 1990 aber war es äußerst unpopulär, Derartiges zu sagen oder zu schreiben. Euphorisiert vom funkelnden Glanz der zum Greifen nahen D-Mark, wollte man von Risiken und Nebenwirkungen nichts hören. Bei der Redaktion der *Weltbühne* gingen Protestbriefe ein. Übrigens half es dem gewendeten Wochenblatt nichts, dass es fortan auf Jürgen Kuczynskis Feder verzichtete – es landete im Aus wie so viele andere Periodika aus der DDR (*Ossietzky* und *Das Blättchen*, die die Tradition der alten *Weltbühne* eindrucksvoll weiterführen, sind ja unabhängige und wesentlich spätere Neugründungen).

Was hatte nun Kuczynski, erkenntnistheoretisch betrachtet, in dem hier in Erinnerung gerufenen Exempel getan?

Er hatte

erstens die aktuelle Situation in Deutschland auf die in ihr enthaltenen alternativen Pfade der weiteren Entwicklung befragt und analysiert;

zweitens die sich abzeichnenden Alternativen so genau und vollständig beschrieben, wie es damals möglich war;

drittens die aus den alternativen Optionen sicher oder wahrscheinlich resultierenden Konsequenzen zu erfassen versucht und danach die Optionen selbst bewertet.

In der Terminologie Ossip K. Flechtheims hieße das, aus der Analyse einer Situation die in dieser enthaltenen »möglichen Zukünfte« zu ermitteln: »Die Zukunft ist niemals eindeutig festgelegt; innerhalb bestimmter Grenzen oder, wie man heute sagt, Parameter bleiben mehrere Wege offen. Deshalb hat die Pluralform ›Zukünfte‹ ihre Berechtigung. Vieles mag unwiederbringlich verloren und in Zukunft nicht mehr möglich sein, aber noch können wir zwischen verschiedenen Zukünften wählen.«¹⁴ Kuczynski hat diese Ausdrucksweise allerdings nicht übernommen, obwohl sie die Offenheit der Geschichte nach vorn sehr anschaulich ausdrückt, wie er überhaupt in der Wahl von Termini eher konventionell und zurückhaltend verfuhr.

Die Existenz begrenzter historischer Alternativen – wie etwa die unterschiedlicher Modi der deutschen Vereinigung in der Situation von 1989/90 – wird nirgends ernsthaft bezweifelt. Allerdings werden sie *vor* dem Handeln in der Regel nicht ausgelotet, weil die Akteure von vornherein mit bestimmten Präferenzen ausgestattet sind und es dann, wenn sie über ausreichende Durchsetzungskraft verfügen, oft vorziehen, die präferierte Option als alternativlos hinzustellen. Die politische Szene im gegenwärtigen Deutschland verfügt über Talente, die die Kunst des Verdeckens von Alternativen meisterhaft beherrschen. In der Literatur wird die rhetorische Figur der behaupteten Alternativlosigkeit gern mit Margaret Thatcher und ihrem TINA-Argument (»There is no alternative«) in Verbindung gebracht.

Anders als mit den Alternativen geringer oder mittlerer Reichweite verhält es sich allerdings mit der Frage, ob die Menschheitsgeschichte im ganzen optional verläuft. Es ist ja keineswegs abwegig zu vermuten, dass die Weichenstellungen auf der Mikro- und Mesoebene der Geschichte nur zulässige Variationen zwischen gesetzmäßig festgelegten Leitplanken sind, die mit deterministischer Zwangsläufigkeit von der Vergangenheit in die Zukunft führen, mag diese determinierte Richtung eher unverbindlich »Fortschritt« oder in marxistischer Redeweise gesetzmäßig festgelegte Folge von Gesellschaftsordnungen genannt werden. Freilich, die Denkstruktur, die sich in einer solchen Vermutung kundtut, passt geistesgeschichtlich eher in das 19. als in das 20. oder gar in das 21. Jahrhundert. Dennoch bestimmte sie – weitgehend unabhängig davon, wie Marx selbst über den Gesamtverlauf der Geschichte dachte – die kodifizierte Gestalt des Marxismus-Leninismus. Wenn auch nicht die Metrik – die Topologie der Geschichte jedenfalls erschien darin eindeutig festgelegt: Dem Kapitalismus musste mit quasi-naturgesetzlicher Notwendigkeit der Sozialismus folgen. Dieser weltanschauliche Hintergrund verlieh den Kommunisten Selbstsicherheit, begründete ihren Avantgardismus und war ihr Halt, wenn sie in tragische und ausweglose Situationen gerieten. Zugleich war er Quelle von Dogmen und Illusionen, die das kreative Denken lähmten. Die politikleitende Vorstellung der Nachkriegsjahrzehnte, die Etablierung des so genannten Realsozialismus sei historisch irreversibel, entsprang dieser Quelle.

Auch Jürgen Kuczynski konnte sich ihr nicht entziehen. Selbst im ersten *Dialog mit meinem Urenkel*, einem für die damaligen DDR-

14 Ossip K. Flechtheim: Ist die Zukunft noch zu retten? Hamburg 1987, S. 12.

15 Kuczynski, Dialog (wie Anm. 3), S. 19.

Verhältnisse wirklich ungewöhnlich kritischen Buch, finden sich Passagen wie die folgende: »Doch, mein Guter, ich bin nicht auf die Welt gekommen, ich bin nicht Kommunist geworden, um es besser zu haben, sondern um eine bessere Welt schaffen zu helfen. Und wer kann bestreiten, dass meine Genossen und ich mit diesem unseren Streben und Wollen einen großen Erfolg gehabt haben. Die Zeit ist vorbei, in der wir an den Sozialismus auf deutschem Boden nur glaubten und uns um seine Existenz in der Sowjetunion, umgeben von einer kapitalistischen Welt, die ihn vernichten will, stete Sorge machen mussten. Wir sind endgültig und für immer da, wir Kommunisten, in einer sozialistischen Gesellschaft lebend und sie bauend.«¹⁵ Auch in den frühen Achtzigern war also Kuczynski offenbar noch von der Irreversibilität des Erreichten überzeugt; er sah es als im Ganzen stabil, wenn auch im Einzelnen stark veränderungs- und verbesserungsbedürftig an. Zugleich bereitete ihm die Kategorie der *historischen Gesetzmäßigkeit* sichtlich Unbehagen. Man sieht es im selben Buch beispielsweise an der Passage, in der er dem Urenkel den sowjetischen Sieg im Zweiten Weltkrieg erläutert und in der es heißt: »In gar zu vielen Geschichten des zweiten Weltkrieges, die von marxistischen Historikern geschrieben wurden, lesen wir, dass der Sieg der Sowjetunion über das faschistische Deutschland gesetzmäßig gewesen sei. Ach, wie einfach wäre der Fortschritt, wie billig, wenn er gesetzmäßig gradlinig wäre. Aber die Klassiker des Marxismus haben uns gelehrt, dass genau das nicht der Fall ist. Nicht wer um irgendeine Gesetzmäßigkeit des Sieges weiß, erkämpft ihn in der Schlacht und im Krieg. Niemand ist optimistisch, dass das Gravitationsgesetz sich durchsetzt. An den Sieg aber muss man optimistisch glauben, und in diesem festen Glauben unerschütterlich ringen – gestützt auf das feste Wissen, dass die eigene Sache gerecht ist.«¹⁶

16 Ebenda, S. 90.

Hier rücken unversehens die Begriffe Glauben und Gerechtigkeit in den Mittelpunkt – Begriffe, die in einer deterministischen Ablaufbeschreibung keinen Platz haben. Dennoch bedurfte es wohl auch für einen so unabhängigen Denker wie Jürgen Kuczynski der Erschütterung von 1989, um das Gehäuse des historischen Determinismus endgültig aufzubrechen: »Bildete ich mir doch ein, dass wir trotz aller Fehler, die ich sah, auf dem Weg zur Vollendung einer wahrlich sozialistischen Gesellschaft waren. Diese Welt, diese Illusion war mit dem Ende der DDR für mich zusammengebrochen.«¹⁷ Das geschah über seine an zahlreichen Stellen zum Ausdruck gebrachte Inversion in der Bewertung des Realsozialismus: Diese Gesellschaft erschien ihm nun nicht mehr als ein mit zwar schwerwiegenden, aber korrigierbaren Mängeln behaftetes und damit im Prinzipentwicklungsfähiges Gebilde, sondern als eine zum Untergang verurteilte Fehlentwicklung, die aber progressive, bewahrens-werte Elemente – insbesondere das einzigartige Niveau sozialer Sicherung – enthielt. Das Prädikat »sozialistisch« wurde dieser Gesellschaft in seinem Urteil entzogen. Lediglich als eine »nicht-kapitalistische« wollte er sie noch bezeichnen.¹⁸ Das Etikett »Realsozialismus« bezeichnete demnach nicht etwa eine Variante des Typus »Sozialismus«, sondern eine grundsätzlich nichtsozialistische Gesellschaftsform, in die reale, aber nicht bestimmende sozialistische

17 Kuczynski, Fortgesetzter Dialog (wie Anm. 2), S. 118.

18 Kuczynski, Letzte Gedanken (wie Anm. 1), S. 81.

Elemente eingefügt waren. Wie man zu dieser theoretischen Konstruktion auch stehen mag – vordergründig erlaubt sie, an der Idee des Sozialismus festzuhalten, ohne die DDR verteidigen zu müssen. Der Effekt der gedanklichen Inversion ging jedoch tiefer. Wenn der Ausbruch aus dem kapitalistischen Entwicklungspfad historisch in langfristige Sackgassen führen konnte, dann musste das Nachdenken darüber auch die geschichtsdeterministische Überzeugung von der gesetzmäßigen Abfolge der Gesellschaftsordnungen erschüttern. Dies fand seinen Ausdruck darin, dass die eingangs genannte Fundamentalalternative von Sozialismus oder Barbarei in das Zentrum der geschichtsphilosophischen Überzeugungen Kuczynskis rückte.

Nach meiner Ansicht ist das Wichtigste daran weder die dichotomische Struktur der Alternative noch die Wahl der Bezeichnungen für die beiden in Betracht gezogenen konträren Möglichkeiten. Vielmehr ist es die Annahme, dass der historische Prozess nicht nur im Detail, sondern im Ganzen entwicklungs offen, also optional sei. Diese Ansicht wird auch den Begründern des Marxismus zugeschrieben. Im *Fortgesetzten Dialog* heißt es dazu: »Wie sagten Marx und Engels? Sozialismus oder Barbarei, das ist die Alternative der künftigen Entwicklung. Und sie waren keineswegs sicher, welche der beiden Richtungen sich durchsetzen würde. Aber sie glaubten (sie wussten es nicht, sie hofften fest) an den Sieg des Sozialismus.«¹⁹ In dieser Sicht ist die Wissenschaft für die Begründung einer sozialistischen Option nicht außer Dienst gestellt, aber das Äußerste, das von ihr erwartet werden kann, ist der Nachweis des Bestehens einer realen Möglichkeit. Unangemessen wäre es hingegen, von ihr eine Erfolgsgarantie zu erwarten. Die Unabhängigkeit der Wissenschaft von der Politik, von politischen Ziel- und Wunschvorstellungen ist nicht nur *conditio sine qua non* ihrer eigenen Identität – das sollte sich von selbst verstehen –, sondern auch Desiderat einer realistischen Politik, die nur von einer unabhängigen Wissenschaft erwarten kann, unvoreingenommen beraten zu werden. Sozialismus als gesellschaftliche Bewegung tritt damit aus den Fesseln des Szientismus heraus, und Glaube und Hoffnung werden als nicht weniger wichtige, irreduzible Konstituenten dieser Bewegung anerkannt, statt ihre Unersetzlichkeit durch eine künstliche Fassade von Wissenschaftlichkeit zu kaschieren. Wenn es sich aber so verhält, dann kann die Begründung sozialistischer Politik nur dialogisch erfolgen, nicht avantgardistisch unter Berufung auf eine transzendente Instanz. Über die Unabdingbarkeit des Glaubens in der sozialistischen Bewegung sagte Kuczynski: »Aber Marx war nicht nur ein großer Wissenschaftler. Er war auch ein Gläubiger. Nachdem er wissenschaftlich nachgewiesen hatte, dass vor der Menschheit die Alternative steht: ›Sozialismus oder Barbarei‹ – wurde er zum Gläubigen und sah in der Zukunft den Sieg des Sozialismus.«²⁰ Für Mario Keßler – in einer glänzenden, dem Topos vom »linientreuen Dissidenten« gewidmeten Analyse – war Kuczynski selbst »ein *kritischer Gläubiger*«²¹.

Das alles steckt in dem Perspektivenwechsel, den Jürgen Kuczynski in seinen späten Jahren vollzogen hat. Man sollte m. E. das, was er zur Aufhellung der von ihm in den Vordergrund gerückten Fundamentalalternative beizutragen hatte, von dem dahinter stehenden Wandel des geschichtsphilosophischen Horizonts unterscheiden.

19 Kuczynski, *Fortgesetzter Dialog* (wie Anm. 2), S. 28.

20 Kuczynski, *Ein hoffnungsloser* (wie Anm. 6), S. 257.

21 Mario Keßler: *Jürgen Kuczynski – ein linientreuer Dissident?* In: *UTOPIE kreativ*, H. 171 (Januar 2005), S. 42-49, hier S. 48.

Die Bedeutung der Horizontverschiebung scheint mir entschieden größer zu sein. Zunächst aber soll Kuczynskis Bild von der aktuellen Fundamentalalternative in Erinnerung gerufen werden. Mit dem Ende des Realsozialismus, der den Wettbewerb mit dem effizienteren Kapitalismus nicht bestanden hatte, sah er Tendenzen einer Auflösung des Kapitalismus in Barbarei zunehmend stärker werden. Das wichtigste Symptom dafür war für ihn die ökonomisch verursachte dauerhafte Ausgrenzung immer größerer Kontingente der Bevölkerung aus der Normalität des gesellschaftlichen Lebens. Dafür gab er mit der tendenziellen Veränderung des Konjunkturverlaufs einen plausiblen ökonomischen Mechanismus an. War bis zum Ersten Weltkrieg der periodische Konjunkturaufschwung noch durch Abbau der Arbeitslosigkeit bis hin zum Arbeitskräftemangel gekennzeichnet, wurde danach die Arbeitslosigkeit bereits zu einem nur noch in Ausnahmesituationen unterbrochenen permanenten Phänomen, so begann sich in den neunziger Jahren des 20. Jahrhunderts eine ökonomische Bewegungsform des Kapitalismus durchzusetzen, die bei Fortsetzung der konjunkturellen Produktions- und Gewinnaufschwünge durch steigende Dauerarbeitslosigkeit, tendenziellen Rückgang der Realeinkünfte aus abhängiger Beschäftigung und Schwächung der Sozialsysteme charakterisiert ist. Kuczynski sprach in diesem Zusammenhang von »gespaltener Konjunktur«: »Eine Spaltung derart, dass sich die Lage des Kapitals verbessert und die der arbeitenden Bevölkerung sich verschlechtert. Zu dieser Verschlechterung trägt auch der rapide Abbau der Sozialsysteme bei.«²² Gelegentlich brachte er für dieses Phänomen auch den Terminus »Disjunktur« in Vorschlag.²³ Es ist schwer zu sagen, ob »Barbarei« in seinem Sprachgebrauch eher eine Metapher für Tendenzen darstellte, die innerhalb des Kapitalismus verbleiben, oder ob damit eine hypothetische Gesellschaftsform jenseits des Kapitalismus gemeint war, in die der Kapitalismus überzugehen drohe. Die Formulierung, der Kapitalismus löse sich in Barbarei auf, legt das letztgenannte Verständnis nahe. Andererseits bemerkte er, es sei auch in den Nachkriegsjahrzehnten nicht zu ahnen gewesen, »dass die Zeit vom Ende des Ersten Weltkrieges bis an den Anfang der neunziger Jahre nur eine Übergangsperiode zu einer neuen Etappe in der Entwicklung des Kapitalismus sein würde«²⁴.

Wie Eric Hobsbawm – und unter Berufung auf diesen²⁵ – sprach er von der »Dunkelheit der Zukunft« und bemerkte: »Nicht nur Barbarei, sondern auch politisches Chaos breiten sich immer mehr aus – oder gehört das Chaos zur Barbarei? –, und die Zukunft der Menschheit steht im grellsten Zwielficht.«²⁶ Zugleich sah Kuczynski durchaus die Existenz mehrerer Varianten des Kapitalismus, die ganz unterschiedlich zu bewerten sind. Für den Sozialismus hingegen zog er alternative Varianten nicht in Betracht, wohl auch deshalb, weil er davon ausging, dass es bisher noch nirgendwo eine wirklich sozialistische Gesellschaft gegeben habe.

Vor allem aber hatte diese Differenzierung im methodischen Vorgehen für ihn eine prinzipielle Bedeutung, denn er verwendete die Termini »Kapitalismus« und »Sozialismus« auf eine inkongruente Weise, wie aus der folgenden Bemerkung hervorgeht: »Das ist der Unterschied zwischen Kapitalismus, der ökonomischen (!) Bezeich-

22 Kuczynski, Letzte Gedanken (wie Anm. 1), S. 145.

23 Ebenda, S. 154.

24 Ebenda, S. 144.

25 Hobsbawm schreibt, seine Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts ende »mit einem Blick ins Dunkle. Der Zusammenbruch des einen Teils der Welt enthüllte die Malaise des anderen«. Eric Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München 1999, S. 24.

26 Kuczynski, Fortgesetzter Dialog (wie Anm. 2), S. 203.

nung einer Gesellschaftsordnung, die rein diktatorisch, terroristisch sein kann oder erste Anfänge einer Demokratie zeigen kann, auf der einen Seite, und Sozialismus, der das gesellschaftliche (nicht ökonomische!) Verhältnis der Menschen untereinander bezeichnet, auf der anderen Seite.«²⁷ Diese Stelle bezieht sich darauf, dass sowohl die Weimarer Demokratie als auch die Nazidiktatur auf dem ökonomischen Fundament einer kapitalistischen Wirtschaft basierten. Am ehesten kann man Kuczynskis Aussage, die nicht präzise formuliert ist, wohl so deuten, dass »Kapitalismus« eine Wirtschaftsordnung, »Sozialismus« hingegen eine Gesellschaftsordnung bezeichnen sollte; wenn das zutrifft, dann sind beide nicht direkt vergleichbar, und die theoretische Fragestellung, ob es eine sozialistische Gesellschaftsordnung auf dem Fundament einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung geben könnte, wäre nicht von vornherein abwegig.

27 Ebenda, S. 190.

De facto aber oszilliert die Bedeutung des Terminus »Kapitalismus« in den Texten von Kuczynski zwischen einer Wirtschaftsordnung und einer Gesellschaftsform. Sozialismus bedeutete für ihn zuerst und vor allem hochentwickelte Demokratie – weit über das im Kapitalismus erreichbare Maß hinaus, doch unter sorgfältiger Anknüpfung an alle seine Errungenschaften auf diesem Feld – , vollendete Freiheit des Individuums und insofern durchgehende Vergesellschaftung: »Die Idee eines undemokratischen Sozialismus ist ebenso unsinnig wie die einer männlichen Mutter.«²⁸ Der rudimentäre Status demokratischer Mitbestimmung im »Realsozialismus« war ihm der entscheidende Grund dafür, diesen eben nicht als eine sozialistische Gesellschaft zu qualifizieren. Aufschlussreich für seinen Standpunkt ist hier eine Passage aus einem Vortragsmanuskript vom Herbst 1990, das er in *Probleme der Selbstkritik* (1991) veröffentlichte: »Der tiefste Sinn des Sozialismus ist die freie Entwicklung des einzelnen als Voraussetzung für die Freiheit der Entwicklung der Gesellschaft. Ohne das gibt es keinen oder nur teilweisen oder nur deformierten Sozialismus. Alles andere sind nur Maßnahmen bzw. Voraussetzungen, um den Sozialismus möglich zu machen. Sie mit Sozialismus selbst zu verwechseln, ist grundfalsch. So ist es grundfalsch, etwa die Enteignung des großkapitalistischen Eigentums als eine Art sozialistische Maßnahme zu kennzeichnen.«²⁹ Daher wird man kaum fündig, wenn man bei Kuczynski Antworten auf die Frage sucht, wie das ökonomische Fundament einer sozialistischen Gesellschaft beschaffen sein könnte oder sollte. Als er seine Erwartung ausdrückte, dass die Welt angesichts der offenkundigen Mängel des kapitalistischen Weltsystems in nicht gar so ferner Zukunft eine verwirklichte sozialistische Gesellschaft erleben würde, fügte er erläuternd hinzu: »Vielleicht noch lange nicht in vollendeter Form. Vielleicht zuerst in einer Mischform von weniger wütender Markt- und besser entwickelter Plan- und Sozialwirtschaft als heute in der BRD...«³⁰ Übrigens ist von theoretischem Interesse, dass Kuczynski ganz verschiedenartige Gesellschaften als *Mischformen* charakterisierte, beispielsweise jene der DDR als Legierung aus feudalabsolutistischer Herrschaft mit einer starken Bürokratie, verkümmerten Zügen von Kapitalismus und Elementen des Sozialismus in unentwickelter, teilweise deformierter Gestalt. Dies bedeutet das Abgehen von einer verdinglichten Auffassung des Begriffs der Gesellschaftsordnung

28 Ebenda, S. 191.

29 Kuczynski, *Probleme der Selbstkritik* (wie Anm. 13), S. 59.

30 Ebenda, S. 65.

31 Lutz Niethammer: Posthistoire. Ist die Geschichte zu Ende? Reinbek b. Hamburg 1989. Zu den Hintergründen dieser ideologischen Wendung siehe: Wolfgang Küttler: Formationstheorie und Moderne, in: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät 8 (1996) 8/9, S. 17-56, hier S. 22-23.

32 Dieter Klein: Die bürgerliche Gesellschaft vor der Reform zur überlebensfähigen Gesellschaft, in: UTOPIE konkret, H. 2 (Oktober 1990), S. 6-11, hier S. 6.

33 Francis Fukuyama: Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir? München 1992. Kuczynski nahm diesen Trend zur Kenntnis und kommentierte ihn. In einem Vortragsmanuskript vom Herbst 1990 heißt es: »Die Mehrheit glaubt, wie die Mehrheit in den anderen fortgeschrittenen Industriestaaten, dass der Sozialismus keine Zukunft mehr habe. Der Kapitalismus habe sich endgültig als das überlegene System erwiesen. Ja, aus den Vereinigten Staaten kommt eine neue Historikerschule, die meint, das Ende der Geschichte sei gekommen, das letzte Kapitel werde durchlebt – in dem Sinne, dass eine Höherentwicklung des gesellschaftlichen Lebens über das im Kapitalismus hinaus nicht mehr möglich sei«. Kuczynski, Probleme der Selbstkritik (wie Anm. 13), S. 53.

34 Dieter Klein (Hrsg.), Michael Brie, Michael Chrapa, Judith Dellheim, Rainer Land, Dieter Zahn: Leben statt gelebt zu werden. Selbstbestimmung und soziale Sicherheit. Zukunfts-

und eine weitere Theoretisierung dieses Begriffs in Richtung auf die Idee einer *idealtypischen Struktur*, so dass wirkliche, empirisch vorfindbare Gesellschaften als Superpositionen, als Komposita solcher Strukturen gekennzeichnet werden können.

Am allerwichtigsten aber scheint mir, wie bereits bemerkt, der geschichtsphilosophische Perspektivenwechsel zu sein. Es ist bemerkenswert, dass Kuczynski den öffentlichen Übergang vom Geschichtsdeterminismus zum Denken in fundamentalen historischen Alternativen gerade zu einer Zeit vollzog, als bei der geistigen Elite der siegenden Seite eine genau umgekehrte Wendung eintrat. Die Geschichte schien nicht mehr länger grundsätzlich offen zu sein; vielmehr schien die Gesellschaft mit dem parlamentarisch-demokratisch verfassten Hochkapitalismus ihre endgültige Idealgestalt erreicht zu haben. Gegen Ende der achtziger Jahre war diese Überzeugung unter dem Stichwort »Posthistoire« bei westlichen Intellektuellen weit verbreitet.³¹ Zum prominentesten Verkünder des neuen Lebensgefühls wurde Francis Fukuyama. In einem Aufsatz vom Sommer 1989 versah er den Titel *The End of History?* noch mit einem Fragezeichen – im zweiten Heft der (damals noch *UTOPIE konkret* genannten) kurz zuvor von Helmut Steiner begründeten neuen linken theoretischen Zeitschrift hatte im Oktober 1990 Dieter Klein dazu Stellung bezogen.³² In Fukuyamas wenig später erschienenem umfangreichen Werk *Das Ende der Geschichte* war das Fragezeichen nicht mehr nötig, Gewissheit war erreicht.³³ Die neue Mentalität machte sich im politischen Alltag mit einer generellen Denunziation der Utopie als Denkform und mit Parolen wie »Nie wieder sozialistische Experimente« geltend. Etwas später sah man, dass die Gesellschaft, um jenen Idealzustand perfekt zu erreichen, auf dem Weg einschneidender Sozialreformen noch von den Relikten der Umverteilungsstandards befreit werden musste, die sie in Reaktion auf die Systemkonkurrenz entwickelt hatte, aber die Denkrichtung blieb im Prinzip die gleiche.

Doch die Suche nach gesellschaftlichen Alternativen ließ sich nicht auf Dauer aus dem geistigen Leben ausschalten. Die Entwicklung der Vorstellung vom demokratischen Sozialismus, die der sozialdemokratischen Tradition entstammte, von der SPD aber mehr und mehr verlassen worden war, im Umfeld der PDS ging von vornherein von der Vorstellung der Optionalität der Gesellschaft aus.³⁴ Starke Quellen für die Formulierung von gesellschaftlichen Alternativvorstellungen waren und sind die Diskurse über die *Wissensgesellschaft* und über *nachhaltige Entwicklung*. Unlängst ist eine bemerkenswerte Dissertation zur Sache aus der Feder der Münsteraner Soziologin Sandra Thieme erschienen. Sie trägt den Titel *Perspektiven ökologisch-nachhaltiger Entwicklung. Zur Aktualität utopischen Denkens*³⁵ und analysiert vergleichend die ökologisch motivierten Utopieentwürfe des Amerikaners Ernest Callenbach (*Ökotoxia*), des deutschen Physikochemikers Robert Havemann (*Morgen. Die Industriegesellschaft am Scheideweg*), des Schweizer Anarchisten P. M. (bolo'bolo) und des deutschen Sozialdemokraten und Trägers des alternativen Nobelpreises Hermann Scheer (*Solare Weltwirtschaft*). Utopien erscheinen hier als Instrumente zur Aufdeckung und Analyse realer Gesellschaftsalternativen. Das Literaturverzeichnis weist

diverse Titel aus, in denen Termini wie »Alternativen«, »Zukünfte« usw. vorkommen – ein Symptom dafür, dass sich das utopische, den Horizont des bestehenden Gesellschaftssystems überschreitende Denken wieder zu regen beginnt. Die junge Autorin bemerkt zu den Absichten ihrer Untersuchung: »Die Motivation zu dieser Arbeit lag darin, den bestehenden, sozial und ökonomisch zerstörerischen Verhältnissen, welche für sich paradoxerweise Alternativlosigkeit beanspruchen, andere Ideen von zukunftsfähigen Gesellschaftskonzepten entgegenzusetzen. Welche Modelle alternativen Zusammenlebens und -arbeitens sind bekannt? Und wie funktionieren sie? Dass diese Ideen überhaupt existieren, ist den meisten Menschen nicht bewusst, da mit dem Scheitern des Staatssozialismus schon das Denken von Alternativen zum Kapitalismus in der Öffentlichkeit diskreditiert worden ist.«³⁶

Jürgen Kuczynski hat die Impulse, die von den Diskursen über die Topoi Nachhaltigkeit und Wissensgesellschaft ausgingen, nicht mehr oder nur noch am Rande aufgenommen. Auch für einen Universalisten seines Formats gab es unausweichlich Grenzen. Sein Analysestrang bei der Suche nach Alternativen war im wesentlichen der traditionelle, der über die Untersuchung des Produktivitätswachstums und seiner Konsequenzen für die soziale Frage. Sein bleibendes Verdienst aber ist, in einer für die Linke außerordentlich kritischen Zeit das Denken in historischen Alternativen und Optionen ermutigt und neu belebt zu haben. So hieß es bei ihm: »In gar nicht so ferner Zukunft eine neue Wende? Ja, das ist meine Hoffnung... Mit meinen 86 Jahren werde ich diese Wende wohl nicht mehr erleben. Aber die Vorfreude auf diese Wende lasse ich mir nicht nehmen!«³⁷

bericht der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2003.

35 Sandra Thieme: Perspektiven ökologisch-nachhaltiger Entwicklung. Zur Aktualität utopischen Denkens, Schkeuditz 2004.

36 Ebenda, S. 212.

37 Kuczynski, Probleme der Selbstkritik (wie Anm. 13), S. 65.

WERNER RUF

Barbarisierung der Anderen – Barbarisierung des Wir

1. Vorbemerkung: Wir und die Anderen

Die Herstellung von Identität bedarf der Abgrenzung des »Wir« von den »Anderen«. Fremdheit speist sich daher aus der Entgegensetzung zum Eigenen, wobei dem Selbst ganz selbstverständlich positive Attribute zugewiesen werden, dem Fremden dagegen negative.¹ So benötigt das »Wir« die »Anderen« als Projektionsfläche für die eigene Identitätsstiftung. Und in diesem wechselseitigen Prozess sagt meist die Ausmalung des »Anderen«, des »Fremde« mehr über die Befindlichkeit des »Wir« aus als über diesen »Anderen«, von dem es sich abzugrenzen versucht.

Zugleich werden die den Kollektiven zugehörigen Individuen in ihren grundlegenden Eigenschaften definiert, in essentiellen Charakteristika gleichgesetzt. Dieser Mechanismus führt dazu, dass nicht nur die Trennlinien zwischen den Kollektiven klar gezogen werden können, sondern auch dass den jeweiligen Mitgliedern der Kollektive – eben den Völkern oder neuerdings auch den Kulturen – gemeinsame Eigenschaften und ihr Handeln und ihre Denkweise determinierende Verhaltensweisen ebenso wie fundamentale wechselseitige Loyalitäten unterstellt werden können: Eine solcherart gewissermaßen ontologisch vorgegebene Identität erscheint dann – von innen wie von außen – als feste und berechenbare Größe.

Diese Dichotomisierung, die schon immer die Konstruktion kollektiver Identitäten begleitete, hat mit der Entstehung des bürgerlichen Nationalstaats eine besondere Qualität erreicht. Im Gegensatz zum Feudalismus und auch zum Absolutismus bekennt sich das Individuum, der Bürger/die Bürgerin, im bürgerlich-demokratischen Staat freiwillig zu einem bis dahin nicht existenten Kollektiv, der Nation, jenem abstrakten und zugleich wirkungsmächtigen Konstrukt,² das gerade mal gut zweihundert Jahre alt ist. Die Nation und der sie tragende Nationalismus dienen zugleich der Herstellung und der Sicherung kollektiver Identitäten. Und immer kleiden sich kollektive Identitäten in moralisierende Gewänder, definieren »gut« und »böse«, »wert« und »unwert«.

Die mit dem Aufstieg des Bürgertums verbundene Entstehung der Nation wurde begleitet vom Sieg der modernen Wissenschaft, vor allem der Naturwissenschaft über Obskurantismus und Theologie, die als Herrschaftsinstrument des Feudalismus galten. Nirgendwo wird das deutlicher als etwa in den Schriften Auguste Comtes und Henri de Saint-Simons, die die junge Disziplin der Soziologie als Naturwissenschaft verstanden wissen und sie, so zumindest bei

Werner Ruf – Jg. 1937; Friedensforscher, em. Professor für Internationale und Intergesellschaftliche Beziehungen und Außenpolitik an der Universität Kassel, Mitarbeit im Gesprächskreis Friedens- und Sicherheitspolitik der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Zuletzt in UTOPIE kreativ: Eine Straßenkarte für den Frieden?, Heft 157 (November 2003).

Der Artikel basiert auf einem Beitrag, den der Autor für das Symposium »Schöne neue Demokratie« ausgearbeitet hat, das die Rosa-Luxemburg-Stiftung am 25. und 26. November 2005 in Berlin veranstaltet hat.

1 Siehe u. a. Birgit Rommelspacher: Anerkennung und Ausgrenzung. Deutschland als multikulturelle Gesellschaft, Frankfurt/New

Saint-Simon, zugleich zur Herrschaftswissenschaft für eine wissenschaftlich legitimierte Expertokratie machen wollten. Wie aber kann man die Nationen unterscheiden, identifizieren, klassifizieren, und dies möglichst noch mit wissenschaftlichem Anspruch? Hier bot sich die Biologie an, eine Disziplin, die auf naturwissenschaftlich exakte Methoden verweisen konnte und die Rassenlehre entwickelte.³ Ganz in diesem Sinne argumentierte schon der Humanist und große Aufklärer des 18. Jahrhunderts, Voltaire: »Die Rasse der Neger ist eine von der unsrigen völlig verschiedene Menschenart, wie die der Spaniels sich von der der Windhunde unterscheidet.«⁴

Offen oder unausgesprochen transportiert die Debatte über das »Wir und die Anderen« immer auch die Legitimation von Herrschaft. Dies gilt in besonderer Weise für den Imperialismus: Die militärische, ökonomische und technologische Überlegenheit des Okzidents bedurfte der Legitimation als zivilisatorische Mission. Die behauptete Minderwertigkeit der Schwarzen, der Indios, der Asiaten und Orientalen wurden zum dichotomisierenden Erklärungsmuster für die Überlegenheit des Weißen Mannes, der damit zugleich seine Berufung zur Dominanz der minderwertigeren und zivilisatorisch weniger leistungsfähigen »Menschenarten« rechtfertigte. Rassenlehre und Herrschaftsanspruch gingen so eine geradezu perfekte Symbiose ein,⁵ die bis heute selbst bei sich kritisch verstehenden Sozialwissenschaftlern fortlebt, wenn Autoren wie Reimer Gronemeyer und Claus Leggewie angesichts der Konflikthaftigkeit und des Elends in Afrika den uralten Topos von der in moralische Verantwortung gekleideten Überlegenheit des »zivilisierten« Westens bemühen: »Alle beklagen wieder des weißen Mannes Last. Aber Jammern hilft nicht: Wir sind zur Dominanz verurteilt.«⁶

2. Das neue Feindbild nach dem Ende der Bipolarität

In diesen Rahmen fügt sich trefflich der seit dem Ende der Bipolarität, mit dem »dem Westen« der Feind und das Feindbild zugleich abhanden gekommen sind,⁷ der (re-)aktualisierte Diskurs über den Orient oder »den Islam«. Dieser Diskurs wird vielleicht gerade deshalb so vehement geführt, weil hier das »Wir« von einem »Anderen« abgegrenzt werden muss, dessen zivilisatorische Leistungen vor nicht allzu langer Zeit dem Westen weit überlegen waren, ja weil gerade dieser »Andere« unserem »Wir« historisch, religiös und kulturell besonders nahe steht.⁸ Am Anfang der Argumentation stand noch der biologistisch-rassistische Topos, wie er vom Ahnvater des Orientalismus, Ernest Renan, 1883 in seiner »Vorlesung über die semitischen Völker« initiiert wurde, der den Orientalen die Unfähigkeit zu wissenschaftlichen und künstlerischen Leistungen bescheinigte wegen »(...) der schrecklichen Schlichtheit des semitischen Geistes, die den menschlichen Verstand jeder subtilen Vorstellung, jedem feinsinnigen Gefühl, jedem rationalen Forschen unzugänglich macht, um ihm die immer gleiche Tautologie ›Gott ist Gott‹ entgegenzuhalten«.⁹

Kein geringerer als Max Weber hat dieses Bild, kulturologisch gewendet, für die westliche Soziologie – und für das westliche Selbstverständnis – ausgemalt: Der Orient, gekennzeichnet durch Stagnation, Despotie, Fatalismus und Mangel an Rationalität konnte weder den Kapitalismus hervorbringen noch die Demokratie ent-

York, 2002, S. 9-20. Ulrich Beck: Wie aus Nachbarn Juden werden. Zur politischen Konstruktion des Fremden in der reflexiven Moderne; in: Max Miller, Hans-Georg Soeffner (Hg.): Modernität und Barbarei, Frankfurt/M. 1996, S. 318-343. Vgl. auch Eric Hobsbawm: Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780, 3. Auflage, Frankfurt/New York 2005, S. 7.

2 Benedict Anderson: Die Erfindung des Nation. Zur Karriere eines erfolgreichen Konzepts, Frankfurt/Main, 1998.

3 Als erster definierte und klassifizierte Linné vier große Menschenarten: *Europaeus albus*: ... einfallsreich, erfinderisch ... weiß, sanguinisch ... Er lässt sich durch Gesetze lenken. *Americanus rubescus*: mit seinem Los zufrieden, liebt die Freiheit ... gebräunt, jähzornig ... Er lässt sich durch die Sitte lenken. *Asiaticus luridus*: Habsüchtig ... gelblich, melancholisch ... Er lässt sich durch die allgemeine Meinung lenken. *Afer niger*: verschlagen, faul, nachlässig ... schwarz, phlegmatisch ... Er lässt sich durch die Willkür seiner Herrscher lenken. Zit. n. Léon Poliakov, Gérard Delacampagne: Über den Rassismus, Stuttgart 1979, S. 77.

4 Ebenda.

5 Siehe die schier endlose Zahl der Belege aus den »Wissenschaften« (vor allem der Orientalistik), aber auch aus der Belletristik, die Edward Said zusammengetragen hat: Edward Said: Orientalism, Western Conceptions of the Orient. London 1978.

6 Reimer Gronemeyer, Claus Leggewie: Rituale europäischer Selbstkasteiung; in: Blätter für deutsche und internationale Politik Heft 1/1992, S., 78-85, hier S. 84 f.

7 Reinhard Schulze: Vom Antikommunismus zum Antiislamismus. Der Kuwait-Krieg als Fortschreibung des Ost-West-Konflikts, in: Peripherie Nr. 41/1991, S. 5-12.

8 Es geht hier nicht nur um den Verweis darauf, dass in der Dogmatik der einzige wesentliche Unterschied zwischen beiden Religionen die Trinitätslehre ist. Vielmehr geht es um die Jahrhunderte langen intensiven kulturellen, politischen und wissenschaftlichen Beziehungen, ohne die die Wiederentdeckung der griechischen Philosophie, Renaissance und Aufklärung ebenso wenig möglich gewesen wären wie die Revolutionierung der Seefahrt und der Naturwissenschaften.

9 Ernest Renan: De la part des peuples sémitiques dans l'histoire de la civilisation, in: Oeuvres complètes, Bd. 2, Paris 1948, S. 333. Siehe auch die Debatte über Renan bei Said, a. a. O., S. 149 ff.

10 Max Weber: Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie I, Tübingen 1963. Auch Marx folgte diesem »developmentalistischen« Diskurs, wenn er von der »doppelten Mission« Englands in Indien sprach, die in der asiatischen Gesellschaft erst die materiellen Grundlagen für einen westlichen Gesellschaftstyp lege. (Vgl. Said a. a. O., S. 153 ff.)

wickeln.¹⁰ Die alten Topoi des biologischen Rassismus, der durch die Nazis gründlich desavouiert wurde, stehen in kulturologischem Gewande wieder auf: Ohne Untermenschen kann es keine Herrenmenschen geben. Aziz el Azmeh, Islamwissenschaftler an der Universität Exeter, sieht in der aktuellen medialen Darstellung des Orients und des Islam eine Kontinuität, die von den Schriften der Orientalisten des 19. Jahrhunderts geradlinig bis zu den zeitgenössischen Fernsehkommentatoren reicht: Der Islam erscheint als Anomalie, seine Charakteristika sind Despotismus, Un-Vernunft, Glauben, Stagnation, Mittelaltertum, und »Niedergang wird so nicht zu einem Tatbestand historischer Prozesse, sondern ein vorhersehbares Ereignis der metaphysischen Ordnung.«¹¹

Seine politische Aktualisierung erfuhr das alt-neue Feindbild Islam durch den 1993 in *Foreign Affairs* erschienen Aufsatz von Samuel P. Huntington *The Clash of Civilizations?* »Kultur« wird hier zum »Trenn-Begriff für Eigenes und Fremdes, ... Konstrukt der Ein- und Ausschließung, ... Signal für unüberwindbare Grenzen, ... Abwehr-Terminus für bedrohlich Fremdes.«¹² Warum aber sind Kulturen jene neuen, ultimativen und unüberwindbaren Grenzen, die geradezu ontologisch festgelegt zu sein scheinen? Ohne nähere Begründung setzt Huntington seine Prämisse: »*Unterschiede zwischen Zivilisationen sind nicht nur real; sie sind grundlegend. ... Sie sind viel fundamentaler als die Unterschiede zwischen politischen Ideologien und politischen Regimen. Unterschiede meinen nicht notwendigerweise Konflikt, und Konflikt meint nicht notwendigerweise Gewalt. Aber, über die Jahrhunderte hinweg haben die Konflikte zwischen den Kulturen die längsten und gewalttätigsten Konflikte erzeugt.*«¹³

In seinem zweiten diesem Thema gewidmeten Aufsatz *The West Unique, not Universal*, der den Herrschaftsanspruch »des Westens« kulturologisch abzusichern versucht, vertritt Huntington die These, dass die westliche Kultur einzigartig ist, weil nur sie das Erbe der griechischen Philosophie rezipiert habe, weil sie geprägt sei vom Christentum, weil die europäische Sprachenvielfalt ein Unikat darstelle gegenüber den übrigen Kulturen, weil es nur dem Westen gelunge sei, geistliche und weltliche Autorität zu trennen, weil nur im Westen Rechtsstaatlichkeit herrsche, weil es nur dort sozialen Pluralismus und Zivilgesellschaft, repräsentativ gewählte Körperschaften und Individualismus gäbe.¹⁴ Demgegenüber gibt es im Islam nur den Koran und die shari'a¹⁵ – Renan lässt grüßen! Somit liegt der Schluss auf der Hand: All diese Eigenarten »*machen die westliche Kultur einzigartig, und die westliche Kultur ist wertvoll, nicht weil sie universell ist, sondern weil sie einzigartig ist.*«¹⁶

Apodiktisch wird festgestellt, dass es eine gefährliche Illusion »des Westens« sei zu glauben, dass seine universellen Werte wie individuelle Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, rationales Denken und zivilgesellschaftliche Formen der Konfliktlösung auf andere Kulturen übertragbar wären. Daher muss »der Westen« aufhören, seine kulturellen Werte exportieren zu wollen, muss aufhören, an deren allgemeine und weltweite Generalisierbarkeit zu glauben. Anderen Kulturen eignen diese Werte nicht. Sie waren und sind unfähig, diese zu entwickeln oder zu adaptieren. Hierauf basiert die geradezu schicksalhafte Distanz zwischen »dem Westen« und

»dem Rest«. ¹⁷ Dies ist letztlich nichts Anderes als kulturologisch verbrämter Rassismus. Und es geht darum, nicht nur die vielerorts geschmähten »Fundamentalisten« zum Feindbild zu erheben, sondern, wie Büttner treffend feststellt, die Angehörigen der nicht-westlichen Kulturen schlechthin als »...den Herausforderungen der Moderne psychisch – und wohl auch intellektuell – nicht gewachsen« darzustellen. ¹⁸

3. Der Krieg gegen den Terrorismus als gegenzivilisatorisches Projekt

Was hier kurz angerissen wurde, könnte durch eine schier unendliche Zahl einschlägiger Belege aus dem aktuellen politischen Diskurs weiter unterfüttert werden. Eine entscheidende Verschärfung erfuhr der seit Ende der Bipolarität aktualisierte Diskurs über »den Islam« in der Folge der Anschläge des 11. September 2001 mit den Begründungen für den »Krieg gegen den Terrorismus«, vor allem aber durch die Art der Kriegführung gegen Afghanistan und den Irak und dem diese Kriegführung begleitenden Abbau von zivilisatorischen Errungenschaften. Es lohnt sich, an dieser Stelle, den Kontrast deutlich zu machen, der besteht zwischen der Ausmalung dieses neuartigen Feindbildes und den zivilisatorischen Errungenschaften, die nach dem Zweiten Weltkrieg als Normen festgeschrieben wurden. Exemplarisch sei hier nur verwiesen auf die Erklärung der universellen Menschenrechte der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1948, die weltweit rechtsverbindlicher Standard geworden ist: ¹⁹ »Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren« (Art. 1), jeder Mensch hat »das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person« (Art. 3), und: »Weiter darf keine Unterscheidung gemacht werden auf Grund der politischen, rechtlichen oder internationalen Stellung des Landes oder Gebietes, dem eine Person angehört ...« (Art. 2, Abs. 2). ²⁰ Der Widerspruch zwischen diesen allgemeinen und weltweit bindenden Prinzipien und der asymmetrischen Wirklichkeit in der Weltgesellschaft könnte krasser nicht sein.

Angesichts der durch die Globalisierung verursachten Verunsicherungen und – berechtigten – Ängste scheint Nationalismus, aus welchen Versatzstücken er auch immer bestehen mag, am Ende des 20. Jahrhunderts wieder zum zentralen Referenzsystem zu werden. Sein Charakteristikum ist, dass er »im wesentlichen negativ« ist, auf »ethnische Zugehörigkeit, sprachliche Unterschiede, zum Teil mit Religion verbunden« pocht. ²¹ Zu Recht kann diese Spätform des Nationalismus in der Tat fundamentalistisch genannt werden, stammen doch die *fundamentals*, auf die er verweist, »stets aus einer früheren, angeblich ursprünglich und reinen ... Periode«. ²² Nationalismus, in dessen Namen bereits die fürchterlichsten Verbrechen der Menschheitsgeschichte vollbracht wurden, muss daher verstanden werden als nicht nur negativ sondern als profund reaktionäres Identifikationskonzept. Damit der Nationalismus seine Wirkungsmächtigkeit entfalten kann, bedarf es des äußeren Feindes, der zur lebensbedrohenden Gefahr für das »Wir« hochstilisiert wird. Statt die Komplexität der Globalisierung rational zu erklären und Gegenstrategien für ihre pauschal als »Modernisierungsverlierer« abqualifizierten Opfer zu entwickeln, wird ein äußerer Feind ethnischer oder kultureller

11 Aziz El Azmeh: *Islams and Modernities*, London 1993, S. 130 f.

12 Klaus F. Geiger: *Vorsicht: Kultur. Stichworte zu kommunizierenden Debatten*; in *Das Argument* Nr. 224/1998, S. 81-90, hier S. 84.

13 Samuel P. Huntington: *The Clash of Civilizations?* In: *Foreign Affairs*, Summer 1993, pp. 22-49, hier p. 25.

14 Samuel P. Huntington: *The West Unique, not universal*; in: *Foreign Affairs*, Nov/Dec. 1996, pp. 28-49, hier pp. 30-33.

15 Ebenda, S. 34.

16 Ebenda, S. 35.

17 Unbestreitbar ist, dass die islamische, vor allem aber die arabische Welt in einer tiefen Krisenhaftigkeit steckt. Diese ist aber keineswegs »kultureller« Natur, sondern hat handfeste ökonomische, soziale und nicht zuletzt politische Gründe. Vgl. Werner Ruf: *Demokratie in der arabischen Welt – ein Widerspruch in sich selbst?* In: *Entwicklung und Zusammenarbeit* Nr. 9/1998, S. 228-231.

18 Friedemann Büttner: *Der fundamentalistische Impuls und die Herausforderung der Moderne*; in: *Leviathan* Heft 4/1996, S. 469-492.

19 Art. 1 Allgemeine Erklärung der Menschenrechte vom 10. Dez. 1948. In diesen unmittelbaren Kontext gehören außerdem die Genfer Konventionen, das Statut des internationalen Strafgerichtshofs u. v. a. mehr.

20 Wichtig zu erinnern ist in diesem Zusammenhang, dass – entgegen dem Drängen der Sowjetunion – materielle Menschenrechte in dieser Erklärung nicht festgeschrieben wurden.

21 Hobsbawm a. a. O., S. 194.

22 M. E. Marty: Fundamentalism as a social phenomenon. Bulletin, The American Academy of Arts and Social Sciences, 42,2, 1988, S. 15-19. Zit. n. Hobsbawm a. a. O., S. 198.

23 Nicht zufällig spricht Huntington in seinem Clash of Civilizations von der »islamisch-konfuzianischen Verbindung«. Werner Ruf: Politischer Islam – eine neue Befreiungsideologie? in: Österreichische Stiftung für Frieden und Konfliktlösung (Hrsg.): Der Krieg der Armen? Münster 2005, S. 107-120.

24 Vgl. Wolf D. Hund: Vergesellschaftung durch Entmenschlichung; in: Z. Zeitschrift marxistische Erneuerung Nr. 63, Sept. 2005, S.157-169, insbes. S. 163 f.

25 Siehe den vom Generalsekretär der Vereinten Nationen in Auftrag gegebenen Bericht des High Level Panels on Threats, Challenges and Change, vom 2. 12. 2004. Ziff. 164. A/59/565 O2-12-04. (<http://www.un.org/secureworld/>).

26 Jenseits des massiven Abbaus rechtsstaatlicher Regeln enthält der so genannte »Otto-Katalog« auch ausgesprochen rassistische Elemente. So wurden für die Rasterfahndung nach dem 11. September 2001 folgende Kriterien eingeführt:

Natur konstruiert. Gerade im Zeitalter der Globalisierung ist grotesk und ahistorisch zugleich, wenn der Internationalisierung des Kapitals die Ethnisierung der Gesellschaft als Gegenstrategie entgegengesetzt wird. Dies geschieht auf der so genannten nationalen Ebene in gleicher Weise wie auf derjenigen, die die »Kulturen« bemüht.

Genau dies gelang mit der Erfindung des »Kampfes der Kulturen«, in dem »der Islam« stellvertretend für die Bedrohung durch »die Anderen« aus der vormaligen Dritten Welt zu stehen scheint.²³ »Dem Westen«, der mit 12 Prozent der Weltbevölkerung über 80 Prozent der globalen Ressourcen verbraucht, steht »der Rest« der Menschen auf dem Planeten unversöhnlich gegenüber. Genau dies dürfte der Grund sein, warum die großartigen Errungenschaften des Westens, Menschenrechte, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit für diesen Rest nicht gelten dürfen. Damit dies funktionieren kann, muss aber dieser Rest entmenschlicht werden.²⁴ Es genügt, ein wenig die einschlägige Metaphorik zu betrachten, die sich der Metaphorik der Moral und der Naturkatastrophen bedient, um »Gefahren« zu pauschalisieren und die Menschen zu anonymen Partikeln dieser Gefahren zu machen: Da kämpfen »wir« gegen »das Böse«, gegen »das Reich des Bösen«, gegen »Terroristen«,²⁵ gegen »Schurkenstaaten«, in denen ja Schurken leben oder zumindest über Demokratieunfähige herrschen müssen. Da bedrohen uns »Migrationsströme« oder »-fluten«, die an »unseren Grenzen« »anbranden«, Palästinenser werden in der offiziellen israelischen Politik als »zweibeinige Tiere« bezeichnet, und der derzeitige französische Innenminister Sarkozy will die Vorstädte mit dem Hochdruckreiniger vom »Gesindel« oder »Ausschuss« (*racaille*) säubern.

Angehörige anderer Kulturen oder Religionsgemeinschaften werden pauschal unter Kollektivverdacht gestellt, ihre Rechte und Freiheiten als Bürgerinnen und Bürger beschnitten. Solche Tendenzen finden sich hierzulande in den von Otto Schily eingebrachten und durchgesetzten so genannten Sicherheitsgesetzen,²⁶ im Abbau von rechtsstaatlichen Prinzipien, in der Veränderung der Asylrechtsbestimmungen des Grundgesetzes ebenso wie in der im Gang befindlichen Errichtung von Lagern in den nordafrikanischen Diktaturen und Folterstaaten, die den Zweck verfolgen, dass Menschen gar nicht erst europäischen Boden erreichen können, wo sie die verbliebenen rechtsstaatlichen Elemente in Anspruch nehmen könnten, um ihr Recht auf Menschenwürde einzuklagen.

Schlimmer noch in den USA, wo Verdächtige ohne jedes Rechtsmittel nunmehr lebenslang in Haft gehalten werden können; wo der Begriff des »feindlichen Kämpfers« erfunden wurde, um einer unbekannt, aber großen Zahl ihre Rechte zu verweigern, die ihnen laut gültigen Völkerrechts zustehen; wo Gefangene an Folterstaaten wie Syrien, Jordanien, Ägypten, Algerien oder Marokko überstellt werden, weil deren Foltermethoden effizienter seien; wo unbekannt Gefangene auf Schiffen oder in Gefängnissen anderer Länder festgehalten und misshandelt oder wie Waren von einem (Folter-)Ort zum anderen transportiert werden.

Indem Menschen zu Fanatikern und Terroristen umdefiniert, also der menschlichen Eigenschaften von Humanität und Rationalität und damit ihrer Menschenwürde entkleidet werden, können für sie

die zivilisatorischen Werte des Westens und der Humanität auch nicht mehr gelten. Dann sind alle Mittel legitim: Die Kriegführung mit Massenvernichtungsmitteln wie weißem Phosphor,²⁷ mit Bomben, die großflächig den Sauerstoff vernichten und alles Leben in ihrem Wirkungskreis ersticken, mit angereichertem Uran, der neuen Massenvernichtungswaffe,²⁸ und schließlich die Entmenschlichung des »Anderen« durch bestialische Folter und sexuelle Erniedrigung, die speziell auf kulturelle und/oder religiöse Tabus ausgerichtet sind.²⁹

Diese jeder Humanität widersprechenden Akte und der sie begleitende Abbau von Rechtsstaatlichkeit sind nicht nur eine eklatante Verletzung des Völkerrechts, ihre wachsende gesellschaftliche Akzeptanz »zum Schutz gegen den internationalen Terrorismus« führt auch zu einem zunehmenden Abbau von Rechtsnormen im Inneren unserer Gesellschaften, und zu wachsender Gewalt gegenüber jeder Art von »Fremden«. Dies ist der dialektische Zusammenhang zwischen der Barbarisierung und Entmenschlichung »der Anderen« und der Barbarisierung des »Wir«, die nicht nur die Menschenwürde der »Anderen« verletzt, sondern auf rechtlicher wie auf normativer Ebene auch unsere Gesellschaft entmenschlicht. Die Dämonisierung der »Anderen« wird instrumentalisiert, um die Folgen der neoliberalen Unordnung zu verschleiern sowie soziale und politische Rechte abzubauen. Und all dies geschieht im Rahmen und nach den formalen Spielregeln der Demokratie. Letztere wird zunehmend reduziert auf Wahlen, Meinungsumfragen und populistische Anpassung an politisch produzierte Stimmungen. Hinter dieser Fassade aber wird das Gerüst demontiert, das Demokratie erst lebensfähig und lebenswürdig macht: Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit sowohl auf innerstaatlicher wie auf internationaler Ebene.

4. Plädoyer für die Stärke des Rechts

Die Außerkraftsetzung des Rechts, einer zentralen Errungenschaft der modernen Zivilisation, droht die Menschheit zurückzustürzen in die Anarchie vor-hobbesianischer Zeiten. Mit moralischen Argumenten werden die Folgen der strukturellen Gewaltverhältnisse (Galtung) in der Welt umgedeutet in Metaphern der moralischen Verantwortung für die Aufrechterhaltung eben dieser gewaltförmigen Herrschaftsverhältnisse. Ihr Fundament ist die Negierung des Gleichheitsgrundsatzes und der Gleichberechtigung aller auf der Grundlage ihrer Menschenwürde. Nicht Kulturen sind entscheidend, sondern die Gleichheit aller und die Anerkennung ihrer Würde als Menschen. Solche Gleichheit setzt die – gleiche – Teilhabe an der politischen Gestaltung voraus. Genau an diesem Punkt entpuppt sich auch die unsägliche Debatte um die so genannte Leitkultur als nationalistisch-reaktionäres Konzept, das eben die Teilhabe am politischen Leben, der *res publica* unter Zuhilfenahme kulturalistisch-rassistischer Argumente zu verhindern sucht: Nicht die Zugehörigkeit zu einer »Kultur« ist entscheidend für die Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit ihrem Staat, sondern die Garantie der Ausübung gleicher politischer Rechte und gleicher Rechte in Bezug auf staatliche Leistungen. Voraussetzung hierfür ist die Anerkennung der »Anderen« im republikanisch-säkularen Staat.

Student, muslimische Herkunft, nach außen keine fundamentalistische Einstellung, legaler Aufenthalt, finanziell unabhängig, nicht vorbestraft.

27 Siehe hierzu den Film des italienischen Fernsehsender RAI <http://www.informationclearinghouse.info/article10907.htm>

28 Francis Xavier Cunningham: Depleted Uranium Munitions: A New WMD, in: Foreign Service Journal, Vol. 82, May 2005, S. 70-74.

29 Als besonders abartige Formen sind hier zu nennen die aufgrund anthropologischen Wissens eingesetzten Formen der Demütigung etwa durch Schändung von Exemplaren des Koran (Wärter, die auf das Buch urinieren), Betrachten pornografischer Filme unter Zwang, sexuelle Stimulation durch Frauen, Androhung von Vergewaltigung durch Mithäftlinge, Beschmieren mit Menstruationsblut, die Weigerung, ihnen Wasser zum Waschen zur Verfügung zu stellen und sie dann zu verhöhnen, dass sie in diesem Zustand nicht beten können. Siehe Berichte aus Guantanamo wie z. B. den von Benyam Mohammed: »Benyam Mohammed, he said, a British resident, had been tortured for eighteen months. They stripped him one day and cut his penis repeatedly with razor-blades. They did it every day until he signed anything they put in front of him.« (http://www.opendemocracy.net/conflict-terrorism/guantanamo_3044.jsp) abgerufen 25. 11. 05.

30 Stanley Hoffmann: Clash of Globalizations; in: Foreign Affairs, Juli/August 2002 (Aus dem Englischen W. R.). Ähnlich argumentiert Christian Tomuschat: Der selbstverliebte Hegemon; in: Die Internationale Politik Nr. 5/2003 S. 39-47.

31 Dieter Oberndörfer: Turkophobie; in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 2/2003, S. 138-142, hier S. 140.

32 Ders.; Zuwanderung und nationale Identität; in: Michael Berndt, Ingrid El Masry (Hrsg.): Konflikt, Entwicklung, Frieden. Emanzipatorische Perspektiven in einer zerrissenen Welt. Eine Festschrift für Werner Ruf, Kassel 2003, S. 186-195, hier S. 194.

33 Eric Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, Wien 2005, S. 720.

In der globalisierten und daher zwangsläufig multikulturellen Welt sind Frieden und Sicherheit im innerstaatlichen wie im internationalen Bereich nur dann zu gewährleisten, wenn – so der keineswegs revolutionäre Stanley Hoffmann – im globalen Haus Gerechtigkeit herrscht und es »akzeptabel (ist) für jene, deren Werte andere Grundlagen haben.«³⁰ Der Ausschluss der »Anderen«, sei es mittels rassistischer oder kulturologischer Argumente beschädigt aber die Fundamente »unserer« eigenen Ordnung, denn solche wirkt auf unsere Gesellschaft, ihr Wertesystem zurück. Dieter Oberndörfer bringt die Problematik auf den Punkt, wenn er feststellt, »... dass die Menschenrechte, die Aufklärung und die Werte des Christentums universale Geltung beanspruchen. Als unveräußerlicher und ausschließlicher Besitz Europas (und der USA – W. R.) in Beschlag genommen, verlieren sie ihre eigene Legitimationsgrundlage: den Bezug auf die Würde des Menschen, nicht nur auf die der Deutschen oder Europäer.«³¹

Folgerichtig sieht er nur in der Akzeptanz des kulturellen Pluralismus die »essentielle Voraussetzung des Übergangs zur republikanischen Einigung Europas«.³²

Eine Abschottung des »Westens« vom »Rest«, verbunden mit der Negation der Gültigkeit der zivilisatorischen Werte für »die Anderen« ist objektiv obsolet geworden. Das Beschwören ewig-gestriger Kategorien in der Form von »Nation« oder »Kultur« im Zeitalter der Globalisierung ist und bleibt nicht nur reaktionär, es ist kontraproduktiv für ein Welt, die trotz aller Anstrengungen der Verfechter einer »Leitkultur« zusammenwächst. Die Frage dabei bleibt, ob dieses zusammenwachsen friedlich und auf der Grundlage geltender zivilisatorischer Standards erfolgt oder zum Rückfall in globale Anarchie führt. Somit bleibt zu hoffen, dass Hobsbawms Vision der Globalisierung in ihrer radikal formulierten Alternative erkannt wird: »Wenn die Menschheit eine erkennbare Zukunft haben soll, dann kann sie nicht darin bestehen, dass wir die Vergangenheit oder Gegenwart lediglich fortschreiben. Wenn wir versuchen, das dritte Jahrtausend auf dieser Grundlage fortzuschreiben, werden wir scheitern. Und der Preis für dieses Scheitern, die Alternative zu einer umgewandelten Gesellschaft, ist Finsternis.«³³ – oder eben jene Barbarei, die den »Anderen« zugeschrieben wird, und zugleich uns selbst entmenschlicht.

ISABEL LOUREIRO

Rosa Luxemburg und die Bewegung der Landlosen in Brasilien

Welche Gemeinsamkeit könnte es zwischen einer Bewegung der landlosen Landbewohner (MST) in Brasilien und einer polnisch-jüdischen Sozialistin des beginnenden 20. Jahrhunderts geben, die sich scharf gegen die Verteilung von Land durch die Bolschewiki an die Bauern mit dem Argument wandte, dass dies eine neue Klasse von Kleineigentümern hervorrufen würde, die dann gegen den Sozialismus opponieren würden?

In »Die Akkumulation des Kapitals« analysiert Rosa Luxemburg die kapitalistische Modernisierung und zeigt auf, dass das Kapital für seine Expansion die gesamte nicht-kapitalistische soziale Struktur vernichten und sie dem Kapitalismus angliedern muss. Sowohl die primitiven Gesellschaften als auch die kleinen Landarbeiter sind zum Verschwinden verurteilt. Zum einen bedauert Rosa Luxemburg die Gewalt bei der Zerstörung dieser nicht-kapitalistischen Gesellschaften, andererseits sieht sie diesen Modernisierungsprozess als unvermeidlich und nützlich an, da sie fest daran glaubt, dass am Ende dieses schmerzhaften Weges der Gewalt und der Zerstörung der Sozialismus steht. Diese ist die überholte Seite des Denkens von Rosa Luxemburg, Erbe der Fortschritts-Ideologie, die für die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts typisch war.

Wenn es so ist, welches ist dann Rosa Luxemburgs Beitrag zu einer Bewegung, die für die Agrarreform kämpft, die verzweifelt Widerstand leistet, um eine von den »modernisierenden« Eliten und den orthodoxen Marxisten in Brasilien als »archaisch« angesehene Lebensform zu erhalten?

Bevor wir diese Frage beantworten, müssen wir die Ursprünge der MST zum Ende des 20. Jahrhunderts verstehen. Diese liegen in der Modernisierung der brasilianischen Landwirtschaft, in einer neuen Etappe der Kapital-Akkumulation, in der die Maschinen den Platz des Menschen einnehmen, was eine strukturelle Arbeitslosigkeit hervorruft. Die sich wiederholenden Massaker an Landarbeitern zeigen die Gewalt bei der Vertreibung der Arbeiter von Land und Boden. Was in Brasilien passiert, kann als ein Prozess der »konservativen Modernisierung« charakterisiert werden: Das moderne, auf Export ausgerichtete Agrobusiness, das heute als »Retter« der nationalen Wirtschaft dasteht, verzichtet nicht einmal auf Sklavenarbeit, um Kapital zu akkumulieren.

Die kapitalistische Modernisierung auf dem Land hat die seit den bürgerlichen Revolutionen des 18. Jahrhunderts eroberten politischen Rechte nicht universell durchgesetzt. Daher kämpft die MST an

Isabel Loureiro – Jg. 1952, Dr. phil., Dozentin an der Universidade Estadual Paulista (São Paulo) bis 2002, Aktuell Präsidentin der RLS (Brasilien). Mehrere Veröffentlichungen über Rosa Luxemburg und Herbert Marcuse.

Beitrag im Workshop zum Thema »Das Politikverständnis von Rosa Luxemburg« auf dem Sozialforum in Deutschland, Erfurt 23. Juli 2005.

zwei Fronten: mitten im 21. Jahrhundert für die Durchsetzung der Ideen der Französischen Revolution in Brasilien (nämlich diejenigen zu Bürgern zu machen, die als der entbehrliche Abfall der kapitalistischen Modernisierung angesehen werden), gleichzeitig aber für ein Voranschreiten in Richtung Sozialismus. In diesem Sinne ist die MST absolut zeitgenössisch: Sie entsteht, weil die kleinen Landwirte, aus denen sie sich formiert, ihren Platz weder auf dem Land noch in der Stadt finden. Insgesamt ist die MST das Ergebnis der Verzweiflung tausender Menschen, die ihre Lebensgrundlagen verloren haben und nicht wissen, wo sie andere finden sollen. Es bleibt ihnen nur, Widerstand zu leisten, um nicht zu verschwinden.

Im Unterschied zur traditionellen Linken hat die MST aus den Niederlagen der Linken des 20. Jahrhunderts gelernt und den Gedanken aufgegeben, dass die Geschichte konstanter Fortschritt ist und die Unterdrückten mit dem Strom schwimmen. Der Gedanke von Fortschritt und (kapitalistischer) Modernisierung dient nur dazu, Werte wie Solidarität, Gerechtigkeit, Gleichheit, Bewahrung der Umwelt usw. zu zerstören. Die MST weiß, dass die Bauern-Kultur an einem Kreuzweg steht, und dass sie verschwinden kann. Damit das nicht geschieht, ist es für sie wichtig, die Schwachpunkte des Gegners auszunutzen (die Umweltfrage, dazu aber später). Die MST akzeptiert nicht, vom kapitalistischen Fortschritt zum Tode verurteilt zu sein.

Warum wird die MST durch Rosa Luxemburg inspiriert?

*Erstens: Verteidigung der direkten Aktion
und der Erfahrungen der Massen*

Der Gedanke, dass sich die Subjekte im Kampf aufbauen, dass der Kampf die Subjekte formt, ist eine Gemeinsamkeit von Rosa Luxemburg und MST. Für Rosa Luxemburg resultiert das Klassenbewusstsein aus der freien politischen Praxis der Volksmassen, es wird also nicht von außen durch eine spezialisierte Vorhut von Berufsrevolutionären eingeführt. Sie schreibt: »Aber das Proletariat bedarf (...) eines hohen Grades der politischen Schulung, des Klassenbewusstseins und der Organisation. Alle diese Bedingungen vermag es sich nicht aus Broschüren und Flugblättern, sondern bloß aus der lebendigen politischen Schule, aus dem Kampf und in dem Kampf, in dem fortschreitenden Verlauf der Revolution anzueignen.«¹

Rosa Luxemburgs Motto gegen den »parlamentarischen Kretinismus« der deutschen Sozialdemokratie war die Zeile aus Faust: »Im Anfang war die Tat«. Sie wusste, und die MST weiß es auch, dass die parlamentarischen Mechanismen an sich nicht gemacht wurden, um die Rechte derer, die kein Kapital besitzen, zu erobern und zu bewahren. Deshalb ist eines der erfolgreichsten Prinzipien der MST die Besetzung von Land (bei der der Eigentumstitel eine zweifelhafte Legitimität hat) durch die organisierten Landarbeitermassen. Wenn sie nämlich darauf warten, dass die Regierung (irgendeine Regierung) – ohne Druck – die Landreform durchführt, dauert das vielleicht noch einmal 500 Jahre.

Der andere Gedanke, den beide gemein haben, ist der, dass das Klassenbewusstsein aus der eigenen *Erfahrung* der Arbeitermassen herrührt und nicht von außen durch eine spezialisierte Vorhut von

¹ Rosa Luxemburg:
Gesammelte Werke, Bd. 2,
S. 113.

Berufsrevolutionären eingefloßt wird. Und jede Erfahrung hat ihre eigenen Charakteristika, die man nicht zu einem Modell umwandeln kann. Wie es z. B. João Pedro Stédile sagt, eines der Mitglieder der nationalen Führung der MST: »Die konkrete Praxis des Kampfes für die Landreform hat uns gelehrt, dass man Erfahrungen nicht kopieren darf, weil jeder Raum, jede lokale Realität neue Elemente mit sich führt, die sich immer wieder – ausgehend von den bereits gesammelten Kenntnissen – neu gestalten.«² Vergleichen wir das mit folgendem Abschnitt aus *Die Krise der Sozialdemokratie*: »Gigantisch wie seine *die des Proletariats* Aufgaben sind auch seine Irrtümer. Kein vorgezeichnetes, ein für allemal gültiges Schema, kein unfehlbarer Führer zeigt ihm die Pfade, die es zu wandeln hat. Die geschichtliche Erfahrung ist seine einzige Lehrmeisterin (...)«³ Jaime Amorim, ein anderer MST-Führer, sagt, dass »die Arbeiter am Tage der Landnahme lernen, was sie sonst ein Leben lang nicht lernen können.«⁴ Beim Bruch mit der Tradition des Gehorsams begreifen sie, dass die verankerten Werte nicht unveränderlich sind und dass sie die Welt auf den Kopf stellen können. »Der Akt der Besetzung wird zu einer Lunte für einen tiefgreifenden Prozess einer persönlichen und politischen Transformation.«⁵ Die Volksmärsche bis nach Brasília, wie der im Jahre 1997 (FHC-Regierung) und jetzt im Jahre 2005, unter der Lula-Regierung (zwölftausend Teilnehmer, 133 Kinder, 19 Babies, die in 16 Tagen mehr als 230 km zurücklegten), die unternommen wurden, um eine Sichtbarkeit und die Unterstützung durch die Gesellschaft zu erreichen, sind auch Teil dieser transformatorischen Erfahrung. Die Solidarität und die Organisation bis ins kleinste Detail, die Freude beim gemeinsamen Marschieren für ein gemeinsames Ziel fungieren als Bindemittel und zeigen gleichzeitig in der Praxis, dass ein gutes Leben am Rande des Shopping-Centers möglich ist.

Rosa sagt in der Russischen Revolution: »Die ganze Volksmasse muss daran teilnehmen. Sonst wird der Sozialismus vom grünen Tisch eines Dutzends Intellektueller dekretiert, oktroyiert.«⁶ Die MST hat aus der eigenen Erfahrung gelernt, dass den Besetzungen (assentamentos) von den Führungskräften keine kollektiven Großgüter nach dem kubanischen Modell aufgezwungen werden könnten. »Heute haben wir für gar nichts ein fertiges Modell. Immer wenn wir das versuchen, scheitern wir«, sagt Stédile.⁷

Zweitens: Verteidigung der radikalen Demokratie

Die MST gelangte, ausgehend von ihrer praktischen Erfahrung, zu den gleichen Schlussfolgerungen wie Rosa Luxemburg, die die Demokratie sowohl auf *sozialer Ebene* als auch im Inneren der Organisation gegen die Bürokratie der deutschen Sozialdemokratie (von der sie befürchtete, dass sie sich auch in der russischen Sozialdemokratie durchsetzen würde) verteidigte.

In Bezug auf die Demokratie auf *sozialer Ebene* besteht der grundlegende Gedanke darin (den sie in ihrer Auseinandersetzung mit den Bolschewiki bei der Auflösung der Verfassungsgebenden Versammlung darlegte), dass die Demokratie *kein* Mittel ist, um ein bestimmtes Ziel (die sozialistische Gesellschaft) zu erreichen, das aufgegeben wird, wenn es nicht mehr dienlich ist. Für Rosa Luxem-

2 J. P. Stédile, B. M. Fernandes: *Brava gente – a trajetória do MST e a luta pela terra no Brasil*, São Paulo: Editora Fundação Perseu Abramo 1999, S. 58.

3 Rosa Luxemburg: *Gesammelte Werke*, Bd. 4, S. 53. (Originalzit in deutsch als Fußnote, im laufenden Text in portugiesischer Übersetzung, d. Ü.)

4 Sue Branford, Jan Rocha: *Rompendo a cerca – a história do MST*, Sao Paulo: Dasa Amarala 2004, S. 99.

5 Ebenda, S. 100.

6 Rosa Luxemburg: *Gesammelte Werke*, Bd. 4, S. 360.

7 Sue Branford, Jan Rocha: *Rompendo a cerca*, S. 136.

burg gibt es eine Homogenität zwischen Mitteln und Zielen. Eine sozialistische Gesellschaft kann nur mit demokratischen Mitteln aufgebaut werden. Deshalb verteidigt sie in *Die russische Revolution* den Gedanken, dass die Machtergreifung (Mittel) und die Errichtung der Demokratie (Ziel) nicht zwei zeitlich voneinander getrennte Etappen, sondern zwei Seiten einer Medaille sind. Für Rosa kann eine radikal demokratische Gesellschaft nur aus der aktiven Teilnahme der Volksmassen resultieren, die, indem sie solidarisch handeln, aus sich selbst heraus neue Formen der Gesellschaftsführung entwickeln, welche sich vom besitzbezogenen Individualismus der bürgerlichen Kultur unterscheiden.

In ihrer Rede zur Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands verteidigt Rosa Luxemburg ganz scharf die radikale Demokratie, wenn sie sagt, dass in der sozialistischen Revolution »die Geschichte (es) uns nicht so bequem (macht), wie es in den bürgerlichen Revolutionen war, daß es genügte, im Zentrum die offizielle Gewalt zu stürzen und durch ein paar oder ein paar Dutzend neue Männer zu ersetzen. Wir müssen von unten auf arbeiten, ... wir (müssen) die Eroberung der politischen Macht nicht von oben, sondern von unten machen ...«⁸ Rosa Luxemburg reflektiert in dieser Rede eine praktische Erfahrung radikaler Demokratie, die zum damaligen Zeitpunkt mit den zu Beginn der deutschen Revolution spontan geschaffenen Arbeiter- und Soldaten-Räten entstanden war.

Für sie haben die Räte vor allem eine *pädagogische Bedeutung* – »Die Masse muss, indem sie Macht ausübt, lernen, Macht auszuüben.«⁹ Die Räte-Demokratie mit ihrem öffentlichen Raum für die Diskussion und für direkt durch die Betroffenen gefasste Beschlüsse ist für sie das Modell sozialistischer Demokratie und die einzige reale Alternative zur Organisationsform der bürgerlichen repräsentativen Demokratie. »Nicht wo der Lohnsklave neben dem Kapitalisten, der Landproletarier neben dem Junker in verlogener Gleichheit sitzen, um über ihre Lebensfragen parlamentarisch zu debattieren (...) ist die Demokratie (...).«¹⁰

Die Räte waren ein Beispiel, welches Oskar Negt die proletarische Öffentlichkeit nennt (welches ich aber lieber die »populäre« Öffentlichkeit nenne) – eine neue Form, Individuum und Kollektiv miteinander zu verbinden, sehr verschieden von der regulären Funktionsweise der Institutionen in den bürgerlichen Demokratien, in der die Individuen isolierte Monaden sind, die untereinander ausschließlich durch den Markt in Verbindung treten.

Während jedoch einige (die Glückspilze) ihre Existenz durch den Markt gesichert haben, gibt es gleichzeitig aber einen riesigen Anteil der vom Markt Ausgeschlossenen, der Hans Niemanns, die nur ihr nacktes Leben besitzen und über keinerlei Rechte verfügen. Um zu überleben, müssen sie sich selbst organisieren. Eine der Bezeichnungen der Selbst-Organisation war in der Vergangenheit die »Räte-Demokratie«, die mit der MST eine neue Facette erhalten hat: Selbst-Organisation von Landarbeitern, also derjenigen, die vom Marxismus immer als die Rückständigen, die verschwinden werden und die verschwinden sollen, eingestuft wurden. Hier ist etwas Neues entstanden, das durch die neue Phase der Kapital-Akkumulation verursacht wurde, deren Absicht es ist, große Anteile der Erd-

8 Ebenda, S. 512.

9 Ebenda, S. 509 ff.

10 Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke, Bd. 4, S. 445. (Originalzitat in deutsch als Fußnote, im laufenden Text in portugiesischer Übersetzung, d. Ü.)

Bevölkerung in die Rumpelkammer der Geschichte zu verbannen. In Wirklichkeit sind sie kein unnötiges Überbleibsel, sondern als schlecht bezahlte und von Bürgerrechten ausgeschlossene Arbeitskräfte Bestandteil des Akkumulations-Kreislaufes. Dieser soziale »Müll« hat nichts zu verlieren »außer seinen Ketten«.¹¹

Eine demokratische Gesellschaft, die die Kapitalherrschaft transzendiert, kann nur aus der Selbst-Organisation dieser ausgegrenzten Teile der Gesellschaft hervorgehen, für die die MST ein Pionier-Beispiel ist. Der Aufbau dieses öffentlichen Volks-Raumes über die Selbst-Organisation der marginalisierten Massen, die im Rahmen der existierenden Gesellschaft erfolgt, ist höchst problematisch und widersprüchlich, weil er offenkundig von dem kontaminiert wird, das er negieren will. Diese sozialen Bewegungen des Widerstands gegen die kapitalistische Globalisierung gehen immer an der langen Leine, da sie einerseits dazu neigen, sich durch den Staat vereinnahmen zu lassen oder aber »die große (Ver-)Weigerung« gegenüber der bestehenden Ordnung behaupten. Die MST ist da keine Ausnahme. Nur die Schaffung einer *neuen Kultur* in einem langen, geduligen Prozess kann die Utopie einer versöhnten Welt am Horizont aufbauen. Die MST widmet sich dieser Aufgabe mit Hingabe.

In Bezug auf die *Demokratie im Inneren der Organisation* genügt es, die Debatte zu erwähnen, die Rosa und Lenin 1904 entzweite und in den Auseinandersetzungen der Linken immer wieder aufgegriffen wird. Rosa stellt der leninistischen Avantgarde-Partei-Konzeption einer zentralisierten und hierarchisierten Organisation von Berufrevolutionären die Idee einer sozialdemokratischen Partei als Massenpartei entgegen, als Vertreterin »der gesamten Fortschrittsinteressen der Gesellschaft und aller unterdrückten Opfer der bürgerlichen Gesellschaftsordnung«.¹² Natürlich dürfen wir nicht vergessen, dass die MST eine soziale Bewegung und keine politische Partei ist. Wie Stédile sagt: »Wir sind keine Partei-Organisation, wollen keine sein und sollen auch keine sein.«¹³ Aber die MST hat eine politische Kultur geschaffen, die sich von Prinzipien leiten lässt, welche von allen Mitgliedern angenommen werden müssen: kollektive Führung, Aufgaben-Teilung, frei akzeptierte Disziplin (die nicht autoritär aufgezungen wird), Studium zur Kader-Bildung (aber auch Alphabetisierung von Kindern und Erwachsenen).

Obwohl sie ein populäres Projekt für Brasilien hat, nimmt die MST nicht am Wahl-Spiel teil und möchte auch gar nicht daran teilnehmen. Das ist das, was die konservative Presse nicht versteht, wenn sie empfiehlt, dass die MST eine politische Partei werden soll, die an den Wahlen »im Rahmen der Regeln unseres demokratischen Repräsentations- und Regierungssystems teilnimmt und die ihren Führer João Pedro Stédile als Kandidaten aufstellt, um gegen Lula anzutreten, mit dessen Politik sie nicht einverstanden ist.«¹⁴ Dieses Thema verdient einige Bemerkungen. Obwohl die MST eine nationale Führung hat, die aus 21 Mitgliedern besteht, wird Stédile von der bürgerlichen Presse, die immer zu personifizieren versucht, als *der* einzige Führer angesehen. Da es sich aber um eine nicht-parteiliche soziale Bewegung handelt, hat die MST mehr Druckmöglichkeiten. Obwohl sie immer die PT unterstützt und der Lula-Regierung nahe gestanden hat (welche gegen die MST keine Repression aus-

11 Siehe Slavoj Žižek: *As portas da revolução – escritos de Lênin de 1917*, São Paulo: Boitempo 2005, S. 20 ff.

12 Rosa Luxemburg: *Gesammelte Werke*, Bd. 1/2, S. 441.

13 J. P. Stédile, B. M. Fernandes: *Brava gente*, S. 13.

14 *O que Lula pode dar ao MST*. O Estado de S. Paulo, 18. Mai 2005, S. 3.

übt), richtet sie auch heftige Kritik gegen die durch diese Regierung eingesetzte neoliberale makro-ökonomische Politik.

Die MST sieht sich selbst als eine Schule, in der man eine *neue Kultur* lernt, was früher als Sozialismus verstanden wurde. Und das an erster Stelle, weil ihre Praxis, besonders in den Camps (acampamentos), das Ziel hat, absolut demokratisch zu sein. Es gibt auf allen Ebenen Wahlen, von den Basisgruppen der Camps (acampamentos) bis zur nationalen Führung, und alle Beschlüsse werden in Vollversammlungen gefasst. Wenn ein wichtiger Beschluss gefasst werden muss, bringt die nationale Führung den Vorschlag per Rundschreiben ein, damit dieser auf allen Ebenen diskutiert wird, und wartet dann die Rücksendung der Stellungnahmen ab. Die Landlosen sagen, dass die MST ihnen zum ersten Mal die Gelegenheit verschafft hat, ihre Meinung zu äußern und am Aufbau einer neuen Gemeinschaft teilzunehmen. Was nicht wenig ist. Das große Problem, vor dem die Bewegung steht, ist, dass die Landbesetzer nach den Emotionen des Kampfes um Land, wenn sie ein bisschen Eigentum erzielt haben, zu den alten konservativen eingefleischten Gewohnheiten zurückkehren, insbesondere in ihrem Verhältnis zu Frauen und Töchtern. Der Aufbau einer *neuen* kollektiven *Kultur*, in der alle gemeinsam Beschlüsse fassen, ist der am schwersten zu gehende Schritt.

Die MST fasst ihren Kampf in drei Punkten zusammen, die sich alle auf die *Demokratie* beziehen, wenn sie sagt, dass sie drei Umzäunungen bekämpft: die des Latifundiums, wodurch das Land demokratisiert werden soll; die der Unwissenheit, wodurch die Bildung demokratisiert werden soll, nicht nur im Sinne, die Menschen zu alphabetisieren, sondern im Sinne, die Kenntniserweiterung zu demokratisieren¹⁵ und die des Kapitals, um den im Land produzierten Reichtum zu demokratisieren. Und wie die Mitglieder der Bewegung selbst anerkennen, sind die beiden letzten Zäune am schwersten zu durchbrechen.

15 Die Rosa Luxemburg Stiftung in Brasil arbeitet mit der MST bei Volksbildungs-Projekten zusammen.

Drittens: die Verteidigung des Sozialismus als Alternative gegen die kapitalistische Barbarei

Es ist offenkundig, dass die Landarbeiter, die sich der MST anschließen, mit ihrer Aktion nicht das Ziel haben, eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen. Aber bereits in den Camps (acampamentos), später dann in den Siedlungen (assentamentos), versucht die MST über das Mittel der Bildung und Erziehung von Kindern und Erwachsenen und die Praxis kollektiver Beschlussfassung die Keimzellen für ein neues Bewusstsein in den Arbeitern zu legen, mit dem Ziel der Schaffung einer gerechteren und menschlicheren Gesellschaft. Sozialistisch? Hier haben wir bereits ein Problem: Worin besteht heute der Kampf für den Sozialismus? Was wäre heute eine sozialistische Gesellschaft? An dieser Stelle können wir uns noch einmal auf Rosa Luxemburg besinnen. Für sie gab es kein fertiges sozialistisches Programm, das per Dekret eingeführt werden könnte; der Sozialismus ist ein Produkt der historischen Erfahrung und in- folgedessen Veränderungen ausgesetzt. In diesem Sinne hat die Bedeutung, die die MST der Bildung zumisst, das Ziel, einen neuen Menschen zu schaffen, für den Werte wie Solidarität, Glück, Gleich-

heit usw. und nicht das Streben nach Profit im Mittelpunkt des Lebens stehen. Die MST-Schulen lehren, für die Rechte der Landlosen zu kämpfen, in Gruppen zu arbeiten, das Leben auf dem Land zu schätzen und der Stadt zu widerstehen.¹⁶

Nach Stédile ist es nötig, »damit zu beginnen, den Entwicklungsprozess auf dem Land als eine Alternative zur Stadt zu behandeln, als eine Alternative zur allgemeinen Entwicklung der Gesellschaft. Wieder wenden wir uns gegen das, was die imperialistischen Kräfte sagen. Die entwickelten Länder behaupten, dass der ländliche Raum bereits das gegeben habe, was er zu geben hatte. Wir müssen beweisen, dass es nur möglich ist, die Probleme der Armen in Lateinamerika und in der Dritten Welt zu lösen, wenn wir die Entwicklung auf das Land führen.«¹⁷

Entwicklung bedeutet hier tragfähige Nachhaltigkeit. Die Landlosen haben Schritt für Schritt entdeckt, »dass sie die Methoden der Großgrundbesitzer, die von teuren, umweltfeindlichen Investitionen abhängen, nicht kopieren dürfen, sondern eigene Methoden für den Anbau, die den alten Modellen ähnlicher und insgesamt nachhaltiger sind, entwickeln müssen. (...) In vielen Landbesetzungen entwickeln die Familien eine Form ökologischer Landwirtschaft, die nicht immer zu Reichtum führt, die aber mit Sicherheit Selbst-Verwirklichung und persönliches Glück ermöglichen. Diese positive Botschaft hat die MST zu einem Beispiel der Hoffnung für ähnliche Bewegungen in allen Entwicklungsländern gemacht. (...) Jetzt ist die MST dabei, einen (...) neuen Typ Landwirtschaft zu entwickeln, der die besten Elemente der bäuerlichen Bodenbearbeitung – insbesondere die Vorsicht hinsichtlich Nachhaltigkeit und ökologisches Gleichgewicht – mit den Fortschritten der modernen Technologie vereint.«¹⁸

Zusammenfassend können wir sagen, dass die MST versucht, eine *neue Konzeption des ländlichen Lebens* zu erarbeiten. Diese wäre eine Art Synthese zwischen Elementen der traditionellen ländlichen Kultur (brüderliche Beziehung zur Natur, Bewahrung der Umwelt und Schönheit der Landschaft, usw., unter Einbeziehung bestimmter technologischer Innovationen) und demokratischen »modernen« Werten (Geschlechter-Gleichberechtigung, Beendigung des Rassismus, Beendigung der autoritären Familienverhältnisse, usw.). All das soll auf die Bildung neuer Menschen gerichtet sein, die *vom Jetzt ausgehend* eine neue Welt aufbauen. Es handelt sich mit den Worten eines der MST-Theoretiker wirklich um eine »Kultur-Revolution auf dem Land«¹⁹, einen langsamen Prozess mit Fort- und Rückschritten, der sehr oft widersprüchlich ist.

Von Kultur-Revolution zu sprechen bedeutet auch, »die subjektiven Aspekte des Lebens der Menschen«²⁰ zu berücksichtigen, was die linken Organisationen normalerweise vergessen. Es geht darum, gegen die subtilen psychologischen Mechanismen der Verinnerlichung von Herrschaft anzukämpfen, die von der Familie, vom Staat und, in Brasilien, immer mehr auch durch das Fernsehen eingeeimpft werden.

Heute vom Sozialismus zu sprechen, ist keine doktrinaire Frage, sondern eine Frage, die vom gegenwärtigen historischen Zeitpunkt aufgeworfen wird. Der Kampf um den Sozialismus ist heute ein Kampf gegen die beschleunigte Privatisierung und Vermarktung al-

16 Die Zahlen sind beeindruckend. Bis 2001 wurden ca. 150 000 Kinder an 1 200 Grund- und Oberschulen in Siedlungen und Camps angemeldet; an diesen Schulen arbeiteten 3 800 Lehrer, viele von ihnen waren von der MST ausgebildet worden. In den meisten Staaten wurden Ausbildungskurse für Grundschullehrer in Partnerschaft mit UNESCO, UNICEF, der katholischen Kirche und öffentlichen (staatlichen) Universitäten durchgeführt. Die letzte große Errungenschaft der Bewegung war der Aufbau der Nationalen Schule Florestan Fernandes in Guararema, die am 23. Januar 2005 eröffnet wurde und von freiwilligen Mitgliederbrigaden aus verschiedenen Staaten Brasiliens mit vor Ort gebrannten Lehmziegeln aufgebaut worden war. Die Schule ist ein Beispiel für selbstorganisierte Tätigkeit. Sie ist dabei, die namhaftesten Intellektuellen der Linken des Landes, die das Volksprojekt der MST unterstützen und in ihm ein Element zur Beseitigung des barbarischen Charakters der extremen brasilianischen Ungleichheit sehen, für eine Lehrtätigkeit an der Schule zu gewinnen.

17 J. P. Stédile, B. M. Fernandes: *Brava gente*, S. 124 ff.

18 Siehe Sue Branford, Jan Rocha: *Rompendo a cerca*, S. 97, 130, 146.

19 Ademar Bogo: *Arquitetos de sonhos*, Sao Paulo: Expressao Popular 2003, S. 207.

20 Ebenda, S. 212.

ler Lebensbereiche (Bildung, Gesundheit, Kultur, Natur, Boden, Wasser, Lebensformen mit Patentierung von Lebewesen und Saatgut), wie es sich in Losungen wie »Die Welt ist keine Ware« widerspiegelt. Es ist ein Kampf um die Wiedergewinnung der öffentlichen Güter, gegen die alten und neuen *enclosures*, gegen die *Umzäunungen*, von denen die MST spricht. Dieser Kampf wird von tausenden von sozialen Bewegungen überall auf dem Planeten auf ganz verschiedene Art und Weise geführt. »Der Sozialismus muss ein Kampf für die Entmarktung von allem sein«, für die »Eliminierung von Profit als Kategorie« (Immanuel Wallerstein). Hier fügt sich der Kampf der MST gegen den *Zaun des Kapitals* ein. Dieses langfristige, utopische Ziel muss den kurz- und mittelfristigen lokalen, nationalen und globalen Kämpfen Sinn geben. Damit kann die Dialektik zwischen Reform und Revolution – die revolutionäre *Realpolitik*, in den Worten Rosa Luxemburgs – zurück gewonnen und über den Pragmatismus, in den die institutionelle Linke verstrickt ist, hinausgegangen werden.

Literatur

- Ademar Bogo: *Arquitetos de sonhos*, São Paulo: Expressão Popular 2003.
 Sue Branford, Jan Rocha: *Rompendo a cerca – a história do MST*, São Paulo: Casa Amarela 2004.
 Rosa Luxemburg: *Gesammelte Werke* 1/2, 2, 4, 5, Berlin: Dietz Verlag 1979, 1981, 1987, 1985.
 J. P. Stédile, B. M. Fernandes: *Brava gente – a trajetória do MST e a luta pela terra no Brasil*, São Paulo: Editora Fundação Perseu Abramo 1999.
 Slavoj Žižek: *Às portas da revolução – escritos de Lênin de 1917*, São Paulo: Boitempo 2005.

EVELIN WITTICH

Rosa Luxemburg und die Diskussionen der sozialistischen Linken in der Gegenwart

Rosa Luxemburg gehört zu den Persönlichkeiten der internationalen sozialistischen und Arbeiterbewegung, die seit ihrem Tod nichts an Ausstrahlung verloren haben. Ganz im Gegenteil. Dabei liegen Märtyrerverehrung und Achtung vor ihren politischen und wissenschaftlichen Leistungen dicht beieinander. Für die gegenwärtige Entwicklung der linken sozialistischen Bewegung, für die Entwicklung emanzipatorischer Bewegungen überhaupt, liefert Rosa Luxemburg zahlreiche produktive Ansätze, bietet sie in zentralen Punkten Stoff zur Auseinandersetzung. Das ist besonders wichtig, weil es um Fragen geht, die in den vergangenen hundert Jahren in der kommunistischen, aber auch in der sozialdemokratischen Bewegung und insbesondere in den Ländern des »Realsozialismus« verdrängt oder völlig anders beantwortet wurden. Rosa Luxemburg wurde in dieser Zeit hauptsächlich auf ihre Rolle als Märtyrerin reduziert. Ihre politischen und wissenschaftlichen Leistungen wurden in der Regel als abzulehnender, weil fehlerhafter, ja gefährlicher »Luxemburgismus« denunziert. Das Scheitern des Realsozialismus hat auch mit einem solchen Umgang zu tun. Es ist deshalb an der Zeit, Rosa Luxemburg so zu behandeln, wie es ihr gerecht wird und gleichzeitig der Entwicklung der Linken dient.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) hat in den vergangenen zwei Jahren mehrere internationale Konferenzen zu Rosa Luxemburg durchgeführt bzw. war Mitveranstalterin. In der Zeitschrift »UTOPIE kreativ« erschienen mehrere Artikel zu Rosa Luxemburg und Paul Levi. Die dabei geführten Diskussionen zielen in das Zentrum der heutigen Entwicklungsprobleme der sozialistischen Grundströmung. Deshalb ist eine Analyse dieser heutigen Diskussionen um das politische und theoretische Erbe Rosa Luxemburgs außerordentlich hilfreich, um gegenwärtige strategische Ansätze festzumachen, zu diskutieren und voranzubringen.¹

Die Internationale Rosa-Luxemburg-Gesellschaft, mit der die RLS in den letzten Jahren eine immer engere Zusammenarbeit entwickelt hat, führt auf ihren Konferenzen besonders wissenschaftliche Diskussionen zur internationalen Rosa-Luxemburg-Rezeption im 20. Jahrhundert.² Die politische Diskussion um Rosa Luxemburg in Deutschland entbrannte im Jahre 2001 um das vom Rot-Roten Berliner Senat geplante »Denkzeichen« für die Politikerin in der Hauptstadt. Die Gegner der Koalition aus SPD (Sozialdemokratische Partei Deutschlands) und PDS (Partei des Demokratischen Sozialismus) griffen Rosa Luxemburg als Demokratin, als Kriegsgegnerin, als revolutionäre Politikerin und vor allem als Symbolfigur des demokratischen Sozialismus an.

Evelin Wittich – Jg. 1950, Dipl.Ing., Dr. oec., Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Zuletzt in UTOPIE kreativ: Debatte um ein Denkmal für Rosa Luxemburg, Heft 162 (April 2004).

- 1 Die Rosa-Luxemburg-Konferenzen, deren Diskussionen hier vorgestellt werden und von denen zum Teil auch Ergebnisprotokolle vorliegen, sind: 1. Rosa Luxemburg – aktuelle Aspekte der politischen und theoretischen Arbeit (Moskau, 12. Februar 2004); 2. Militarismus und Krieg (Johannesburg, Khanya College, 20.-22. Mai 2004); 3. Internationale Rosa-Luxemburg-Konferenz (Guangzhou, 21.-22. November 2004); 4. Rosa-Luxemburg-Seminar auf dem Weltsozial-

forum (Porto Alegre, 27.-30. Januar 2005);
 5. Das Politikverständnis von Rosa Luxemburg, Seminar auf dem Sozialforum in Deutschland (Erfurt, 24.-27. Juli 2005);
 6. Rosa Luxemburg – Gedankengut und Aktion für den Sozialismus. Lateinamerika im 21. Jahrhundert (Buenos Aires, 24.-26. Oktober 2005).

2 Die wichtigsten Beiträge bis zum Jahr 2000 wurden in dem von der RLS geförderten Band »Rosa Luxemburg im Internationalen Diskurs« (Karl Dietz Verlag Berlin 2002) zusammengefasst.

3 Rosa Luxemburg: Eine Ehrenpflicht, Gesammelte Werke (GW), Dietz Verlag Berlin, Bd. 4, S. 406.

Im Folgenden sollen einige zentrale Debatten aus den internationalen Rosa-Luxemburg-Konferenzen vorgestellt werden.

Mit den Diskussionen um Rosa Luxemburg wird zunächst unabhängig vom konkreten Inhalt eines deutlich: Entscheidende Teile der sozialistischen Linken suchen in ihrer Geschichte, aber auch in der Gegenwart ergebnisoffen nach Ansätzen zur Lösung ihrer gegenwärtigen Probleme. Denkverbote, Ausgrenzungen, Wahrheitsansprüche – sind noch nicht völlig verschwunden, werden jedoch immer mehr marginalisiert. Die Weltsozialforen haben diese Offenheit zu ihrer obersten Maxime erhoben, und dieses Herangehen setzt sich in den europäischen und anderen regionalen Sozialforen fort. Eine solche politische Kultur unter den Linken ist neu und meines Erachtens die Grundvoraussetzung dafür, dass die Linke wieder politikfähig werden kann in einer Welt, in der es nur partiell Offenheit für linke sozialistische Gesellschaftsvorstellungen gibt.

Politikverständnis, Demokratie, Regierungsverantwortung

In Ländern mit Regierungen, die durch Parteien gestellt werden, die sich als links, sozialistisch oder kommunistisch verstehen, sind die Ergebnisse dieser Regierungsarbeit entscheidend für das Vertrauen, das linke Politik erhält oder nicht erhält. Der Vergleich gegenwärtig praktizierter linker, sozialistischer Politik mit dem Politikverständnis von Rosa Luxemburg ganz allgemein und zu den o. g. Fragen insbesondere führte in Südafrika, Brasilien, China, Argentinien und selbstverständlich auch in der Bundesrepublik Deutschland zu heftigen Kontroversen.

Der Begriff Politikverständnis ist vor allem auf Machiavelli zurückzuführen, der darunter die Lehre von der »klugen« Ausübung von Herrschaft und der rationalen, nutzbringenden Planung der Mittel zum Zweck des Machterwerbs und Machterhaltes verstand.

In der Neuzeit ist das Politikverständnis vieler politischer Akteure nicht notwendigerweise ein am Gemeinwohl orientiertes Zweck-Mittel-Erfolg-Denken. Das steht auch im Gegensatz zu Aristoteles, der mit seinem Politikverständnis zu den Zielen der Politik auch Positives für das Gemeinwohl zählte wie Wohlstand und Frieden. Mit der Französischen Revolution, besonders aber mit Marx, gewinnt ein Politikverständnis an Gewicht, das auf gesellschaftliche Veränderungen gerichtet ist, das mit politischen Ideologien in engem Zusammenhang steht, sich nach diesen orientiert und unterscheidet. Aber auch unter den Linken, den Sozialisten und Kommunisten gab (und gibt) es gravierende Unterschiede im Politikverständnis. Für Rosa Luxemburg war tiefer Humanismus der Beweggrund ihres politischen Handelns. Sie schrieb inmitten der Stürme berstender Imperien und Erhebungen der Arbeiterklasse im Gefolge des Ersten Weltkrieges: »Rücksichtsloseste revolutionäre Tatkraft und weitherzigste Menschlichkeit – dies allein ist der wahre Odem des Sozialismus.«³. Ihr kompromissloser Idealismus sollte die Arbeiterbewegung immer daran erinnern, dass diese ihren ursprünglichen revolutionären, auf Humanismus gerichteten Perspektiven treu bleiben sollte. Rosa Luxemburg kritisierte die sozialdemokratische Parteiführung gerade deshalb schonungslos, indem sie ihr vorwarf, dass niemand die Partei in diesem revolutionären, humanistischen Sinne leitet, niemand sich dafür verantwortlich fühlt.

Das Ergebnis: ein Treiben in die Routine, ein Drang, Reformen als Ersatz für revolutionären Kampf aufzuwerten, der wachsende Einfluss der Gewerkschaftsbürokratie und des auf Stimmengewinn orientierten Wahlapparats der Partei, kurz gesagt, eine Politik, die eine opportunistische Anpassung an den Kapitalismus zur Folge hat.⁴

Wichtigster politischer Akteur ist für Rosa Luxemburg die »Masse«, wobei sie wenig Illusionen hatte über deren Zielgerichtetheit und Handlungsfähigkeit. »Es gibt nichts Wandelbareres als menschliche Psychologie. Zumal die Psyche der Massen birgt stets in sich, wie Thalatta, das ewige Meer alle latenten Möglichkeiten: tödliche Windstille und brausenden Sturm, niedrigste Feigheit und wildesten Heroismus. Die Masse ist stets das, was sie nach Zeitumständen sein muß, und sie ist stets auf dem Sprunge, etwas total anderes zu werden als sie scheint. Ein schöner Kapitän, der seinen Kurs nur nach dem momentanen Aussehen der Wasseroberfläche steuern und nicht verstehen würde, aus Zeichen am Himmel und in der Tiefe auf kommende Stürme zu schließen!« Weiter heißt es, dass die »Enttäuschung über die Massen« stets das »blamabelste Zeugnis für den politischen Führer« sei. »Ein Führer großen Stils richtet seine Taktik nicht nach der momentanen Stimmung der Massen, sondern nach ehernen Gesetzen der Entwicklung, hält an seiner Taktik fest trotz aller Enttäuschungen und lässt im übrigen ruhig die Geschichte ihr Werk zur Reife bringen.«⁵

Auf der Rosa-Luxemburg-Konferenz in China wurden die Demokratieauffassungen Rosa Luxemburgs mit denen Mao Zedongs verglichen. Wie immer kam auch die Kritik Luxemburgs an Lenin und den Bolschewiki zur Sprache, wobei die Mehrheit der Teilnehmer den Auffassungen von Luxemburg zustimmte. Es herrschte weitgehend Einigkeit darüber, dass die Auffassungen Maos über die Große Demokratie sich sehr unterscheiden von denen Rosa Luxemburgs über direkte Demokratie, dass die Kulturrevolution in China vorhandene Ansätze von Demokratie zerstörte und zu Anarchie führte, die mindestens genauso viele Opfer forderte wie der Stalinismus in Russland. Prof. Zian Ziemong stellte fest, dass die Verbrechen des Maoismus die Verbrechen des Stalinismus noch übertroffen hätten. Diskutiert wurde das Verhältnis von Demokratie und Zentralismus, wobei den Auffassungen zugestimmt wurde, dass in einem so großen Land wie China ein bestimmtes Maß an Zentralismus nötig sei, das allerdings nicht weiter definiert wurde. Kontrovers ging es bei der Frage der innerparteilichen Demokratie zu. Die KPCh hat enorme Probleme mit Bürokratisierung und Korruption. Deshalb waren mehrere Rednerinnen und Redner der Meinung, dass die Regierungsfähigkeit der Partei davon abhängt, wie es durch innerparteiliche Demokratisierung als Teil der gesellschaftlichen Demokratisierung gelingen kann, diese Missstände zurückzudrängen. Die Trennung von Partei und Regierung war ein weiteres Thema.

In Porto Alegre, auf dem Weltsozialforum, wurde im Zusammenhang mit den wesentlichen Auffassungen von Rosa Luxemburg zu Demokratie und ihrem Politik- und Parteienverständnis heftig die Frage diskutiert, ob und wie eine linke Regierung – wie die in Brasilien von Lula geführte – soziale Gerechtigkeit herstellen könne oder ob sie in der heutigen, durch neoliberale Globalisierung geprägten Welt dafür

4 Vgl. Rosa Luxemburg im Internationalen Diskurs, a. a. O., S. 31.

5 Rosa Luxemburg an Mathilde Wurm, 16. Februar 1917, in: Gesammelte Briefe (GB), Dietz Verlag Berlin, Bd. 5, S. 176.

überhaupt eine Chance hätte. Auch persönliches Versagen wurde den politischen Akteuren in Brasilien vorgeworfen. Diese Diskussionen wurden ausgelöst durch die Vorträge von Isabel Loureiro, Präsidentin des Vereins der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Brasilien und Peter Hudis, Rosa-Luxemburg-Spezialist aus Chicago (USA). Beide bezogen Arbeiten und Aussagen von Rosa Luxemburg auf heutige Entwicklungsprobleme.

Besonderen Diskussionsbedarf gab es auch in Buenos Aires zu Fragen der Entwicklung und der Bewertung linker Strategien, ganz explizit zur Einschätzung von Linken in Regierungsverantwortung. Linke Parteien wurden z. B. in Brasilien und Uruguay in die Verantwortung gewählt wegen ihrer anti-neoliberalen Programme, dafür, dass sie der armen Bevölkerung einen größeren Anteil am gesellschaftlichen Reichtum und gerechtere Entwicklungsmöglichkeiten versprochen. Die Bilanz in Brasilien, zum Teil auch in Uruguay fiel meist sehr ernüchternd aus. Hauptkritikpunkte waren:

erstens, es gebe keine alternative Wirtschaftspolitik, welche die wissenschaftlich-technische Entwicklung fördere und zugleich bemüht sei, die soziale Frage einer Lösung zuzuführen;

zweitens, die Spielregeln gegenüber den internationalen kapitalistischen Akteuren würden nicht verändert, die Auflagen des IWF würden zu diszipliniert erfüllt, und 60 % der Kinder lebten weiter in Armut;

drittens, das Ziel Sozialismus sei nicht mehr erkennbar;

viertens, innerparteiliche Demokratie sei nicht ausreichend entwickelt und notwendige Wechselwirkungen zwischen Partei und Regierungsvertreterinnen und -vertretern gäbe es de facto nicht;

fünftens, die Gewerkschaften seien in einer komplizierten Situation: Sie seien oft Mitglieder der Regierungsparteien und müssten deren Politik demnach mit vertreten. Andererseits sähen sie in der Regierungspolitik die Gefahr von Veränderungen in der Balance zwischen Kapital und Arbeit. Wenn nämlich dem ausländischen Kapital gute Bedingungen geboten werden, gibt es Konflikte mit den Rechten der Werktätigen im Land. Die Rückkopplung zur sozialen Basis der Regierung könne dadurch gefährdet werden.

In Brasilien setzten die Linken mehr als 15 Jahre auf Lula, orientierten damit zu sehr auf eine Person und entwickelten keine Strategien, wie auf Personen an der Spitze derartig eingewirkt werden kann, dass sie sich nicht von den Zielen der Partei und den verbündeten Bewegungen in eklatanter Weise entfernen. So wurden auch Zweifel ausgesprochen, dass Chavez in Venezuela die seriöse Perspektive für Lateinamerika sei. Die Kluft zwischen überzogenen Versprechen im Wahlkampf und dem real Möglichen in der konkreten Politik nach einem Wahlsieg wurde ebenso als eine Ursache für Enttäuschungen benannt.

Heftige Auseinandersetzungen entbrannten, als ein Referent seine Überzeugung darüber äußerte, dass in Kuba nicht von Sozialismus die Rede sein kann, da es keine Demokratie gäbe. Erfreulich war, dass diese Kontroversen sachlich und argumentativ ausgetragen wurden.

Pablo Slavin (Argentinien) verwies in seinem Beitrag darauf, wie eng Rosa Luxemburg Freiheit und Demokratie miteinander verbunden sah. Demokratie verliert ihre Effizienz, wenn Freiheit ein Privileg wird. Sieht man den gegenwärtigen Kampf vor allem der USA gegen

den Terrorismus, so wird Terror mit Terror bekämpft. Das Leben, das geschützt werden sollte, wird gefährdet – auf allen Seiten. Freiheit wird bis zur Aufgabe eingeschränkt, bis es sukzessive keinen Raum mehr für Demokratie gibt.

*Akkumulationstheorie der Rosa Luxemburg
und sozialistische Wirtschaftspolitik heute*

An die Luxemburg-Kenner ging in Guangzhou die Frage, ob Rosa Luxemburg Marktwirtschaft und Demokratie als miteinander vereinbar ansah. Hintergrund ist die rasante ökonomische Entwicklung Chinas nach Prinzipien der kapitalistischen Marktwirtschaft und als Akteur im Rahmen der neoliberalen Globalisierung auf dem Weltmarkt. Hoffnungen, dass sich diese Entwicklungen in sozialen Fortschritt für die Bevölkerung verwandeln, und Skepsis diesbezüglich hielten sich nach meiner Beobachtung die Waage.

Die wirtschaftliche Entwicklung Chinas, die nach Einschätzung von international anerkannten Experten mit großer Wahrscheinlichkeit dazu führen wird, dass China 2040 ökonomisch an der Spitze in der Welt steht (1978 war China auf Platz 38 der »Weltrangliste«, 1997 auf Platz 7), diskutierte der österreichische Ökonom Fritz Weber. Er bezog sich auf die Akkumulationstheorie von Rosa Luxemburg mit ihren Auffassungen von Unterkonsumtion und Überakkumulation. Luxemburg leitete aus ihrer Analyse der Globalisierung zu ihrer Zeit die Theorie des Zusammenbruchs des Kapitalismus ab. Weber stellte dazu fest, dass die Grenzen der Marktwirtschaft heute nicht die Begrenzung der Expansion der Märkte sei, sondern bei der Endlichkeit der natürlichen Ressourcen läge. Mit einem Teil der Überakkumulation in China könnten die Reallöhne erhöht, unbezahlte Hausarbeit in Marktgeschehen verwandelt und die Binnenkaufkraft der Bevölkerung erhöht werden. Es gäbe die Chance, die Abhängigkeit der chinesischen Wirtschaft vom Weltmarkt zu verringern und damit auch von dessen Krisen. Höhere Produktivität ermögliche mehr Freizeit, was allerdings eine gegenläufige Tendenz zur gegenwärtigen neoliberalen Globalisierung wäre. Gleichzeitig biete mehr Freizeit die Voraussetzung für Demokratie, die das Vorhandensein zeitlich begrenzter, bezahlter Arbeit zur Bedingung habe. Ohne genügend Freizeit sei breite demokratische Mitwirkung der Bevölkerung nicht möglich, gibt es Berufspolitikerinnen und -politiker, die sich immer mehr von der Realität entfernen und womöglich auch bestechlich sind – ganz gleich in welcher Form. Gegenwärtig könnten sich nur diejenigen politisch betätigen, die offensichtlich Zeit dafür haben: Rentnerinnen und Rentner, Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger, und partiell auch Studentinnen und Studenten. Das sind allerdings nicht die Gruppen, die die Entwicklungsprozesse in der Gesellschaft aus dem Arbeitsprozess heraus selbst beeinflussen. Sollen die Leistungsträger der Gesellschaft politisch aktiviert werden, müssen die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen dafür geschaffen werden. Gesellschaftliche Demokratisierung muss also gewollt sein. Prozesse der Selbstbefähigung zu politischem Handeln müssten in Gang gesetzt und partizipative Formen der politischen Mitwirkung erprobt werden. In China könnten solche Entwicklungen forciert werden, jedenfalls gebe es die Möglichkeiten dazu.

Es ist von außen nicht möglich zu beurteilen, ob solche Auffassungen in der KPCh eine breite Basis haben und vor allem, ob sie in der Parteiführung auf Zustimmung treffen. Erfahrungen aus der DDR besagen, dass Erkenntnisse aus Arbeiten in Parteiinstitutionen keineswegs Einfluss auf die Politik der Partei haben müssen. Eines scheint jedoch in der Parteiführung Chinas Konsens zu sein: Reformen wie die Perestroika in der Sowjetunion, die zum Zusammenbruch des gesamten Systems führen, würden für China gravierende Rückschritte bedeuten. Das dürfe nicht eintreten. Da es derzeit keine politisch wirklich einflussreiche Opposition im Lande gibt, sei die KPCh nach eigener Auffassung gezwungen, erfolgreich zu sein.

In dem Seminar in Argentinien wurden in mehreren Beiträgen Analysen des gegenwärtigen Kapitalismus, der neoliberalen Dominanz und der Globalisierungsprozesse mit ihren Konsequenzen für Lateinamerika vorgenommen. Der gegenwärtige Kapitalismus sei nicht mehr der »normale« Kapitalismus wie vor zwanzig Jahren, denn heute sei ein Wachstum der Ungleichheiten und gravierender Akkumulationsprozesse für ihn kennzeichnend. Es gibt in Lateinamerika zum Teil ein Wirtschaftswachstum bis zu 9 Prozent, was aber nicht verbunden sei mit einer besseren Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung. Diese Akkumulationsprozesse könnten jedoch nicht auf längere Zeit fortgesetzt werden ohne verstärkte Gewalttätigkeit, ohne Staatsterrorismus. Deshalb stelle sich die Frage, ob der Kampf der Linken heute darum geht, einen »normalen« Kapitalismus zu erkämpfen oder Sozialismus anzustreben. Wenn es aber um Sozialismus gehe, dann müssten die Potenziale und Möglichkeiten dafür herausgearbeitet werden, um eine reale sozialistische Perspektive im 21. Jahrhundert zu eröffnen. Bei der Beantwortung der Frage nach den Grenzen des Kapitalismus gab es verschiedene Sichten, wobei sich die traditionelle Sicht vom Scheitern des Kapitalismus durch Verstärkung seines parasitären Charakters und jene von den nicht absehbaren Potenzialen des Kapitalismus gegenüber standen. Aus diesen verschiedenen Sichten ergeben sich unterschiedliche politische Schwerpunktsetzungen und demzufolge auch keine einheitlichen Schlussfolgerungen für politische Strategien. Mehrfach wurde auch ein Widerspruch zwischen einer positiven wirtschaftlichen Perspektive und demokratischer Mitwirkung gesehen.

Rosa Luxemburgs Kampf gegen Militarismus und Krieg und seine Bedeutung für die Gegenwart

Die Arbeiten Rosa Luxemburgs waren in Südafrika Ausgangspunkt für die Diskussion um die Ursachen von Militarismus und Krieg im gegenwärtigen Afrika. Viele Länder Afrikas sind durch die Kolonialzeit und imperialistisch inspirierte Kriege in erschütterndem Ausmaß destabilisiert. Thomas Deve schilderte die Situation in Angola und der Demokratischen Republik Kongo, die seines Erachtens besonders repräsentative Beispiele für ganz Afrika sind. Zur Zeit der portugiesischen und belgischen Kolonialherrschaft erlitten sie schmerzhaft Verluste an natürlichen Ressourcen ebenso wie an ausgebildeten Arbeitskräften. Sie waren in den Kalten Krieg auch militärisch durch Stellvertreterkriege involviert. Die USA strebten ein roll back der so genannten red spots in Afrika an.

In beiden Ländern wurden Führer der Unabhängigkeitsbewegungen umgebracht. Es entstand ein Netz der Solidarität im anti-kolonialen Kampf, aber auch eine neue gefährliche Klasse lokaler Kollaborateure und von Juniorpartnern des Imperialismus in Afrika, einschließlich der Geheimdienste. Angola verfügt über begehrte natürliche Ressourcen einschließlich Öl, Gold und Diamanten, um die Auseinandersetzungen geführt werden. Der Erlös wird in hohem Maße für den Waffenerwerb eingesetzt, wodurch die Instabilität noch erhöht wird (In Westafrika z. B. gibt es schätzungsweise 80 Millionen illegale Waffen, die sich meist in den Händen bewaffneter Rebellen und Banditen befinden). Es bestand Einigkeit darüber, dass es in dieser Situation dringend nötig sei, demokratische und auf Frieden orientierte Bewegungen zu stärken und neue ins Leben zu rufen. An dem Seminar nahmen vor allem Vertreter und Vertreterinnen von sozialen und Friedensbewegungen teil.

In der offenen Diskussion wurde auch die Verteidigungs- bzw. Militärpolitik der vom ANC geführten Regierung kritisch betrachtet. Drei Aspekte der Kritik an der Militärpolitik Südafrikas sind m. E. hervorzuheben:

Erstens: Südafrika strebe eine Führungsrolle beim Aufbau von Krisenreaktionskräften im südlichen Afrika an. Das Land wäre dann eines von vier Führungsländern bezogen auf Krisenreaktionskräfte in Afrika neben Nigeria, das diese Rolle für Westafrika anstrebt, sowie Ägypten und Kenia, die in Ostafrika militärisch führen wollen.

Zweitens: Südafrika habe seit Jahren außerordentlich hohe Ausgaben für die Beschaffung neuer militärischer Ausrüstungen. Die Kritiker würden einen wesentlichen Teil dessen lieber für die Lösung sozialer Probleme im Land einsetzen.

Drittens: Südafrika sei mit mehr als 10 000 Soldaten in verschiedenen UN-Friedenserhaltungsmissionen in ganz Afrika präsent, vor allem in der Demokratischen Republik Kongo, Dafur, Sierra Leone.

Insgesamt ergab die Diskussion, dass die Militärpolitik Südafrikas widersprüchlich ist: Einerseits ist sie auf Friedenserhaltung und Konfliktlösungen orientiert, andererseits dient sie dem Aufbau einer regionalen Militärmacht mit allen damit verbundenen Gefahren. Zudem setzt diese Politik Ressourcen ein, welche dringend für die Entwicklung des Landes benötigt würden.

Die wenigen Vertreter der Regierungsparteien (hauptsächlich der Kommunistischen Partei Südafrikas CPSA), die sich der Diskussion stellten, hatten keinen leichten Stand. Allerdings war dies offenbar eine der äußerst seltenen Möglichkeiten, miteinander zu diskutieren und Standpunkte auszutauschen.

Die Zusammenhänge zwischen imperialistischen Machtinteressen, Kriegen und Terrorismusbekämpfung waren ein Gegenstand des Seminars in Buenos Aires, wobei besondere Verbindungen zwischen Freihandel und Militarisierung hergestellt wurden. Die ökonomischen Interessen der USA, aber auch die Interessen und das Vorgehen der EU in Lateinamerika wurden sehr kritisch diskutiert. An der geäußerten Auffassung, die EU sei ein Vasall der USA, entbrannte eine Kontroverse mit den europäischen Teilnehmern. Es gab erheblichen Informationsbedarf über die EU, die Interessen ihrer Mitglieder und die Widersprüche zwischen ihnen und nicht zuletzt ihre militärischen

Ziele, Ambitionen, Strategien. Eine Verständigung auf den Gebrauch von Kategorien wie z. B. den Weltmarkt, oder die Veränderungen in den Machtinteressen und militärischen Strategien seit Beginn des Kapitalismus bis in die Gegenwart wurde eingefordert.

Rosa Luxemburg – aktuelle Aspekte ihrer politischen und theoretischen Arbeit

6 Rosa Luxemburg: Aktualnye aspekty političeskoj i naučnoj dejatel'nosti, Moskwa 2004.

Die Konferenz in Moskau war die erste, die je in Russland und natürlich auch in der Sowjetunion zu Rosa Luxemburg stattgefunden hat.⁶ Es gab in der UdSSR kein offizielles Interesse an der Luxemburg und deshalb keine offizielle Forschung. Der bekannte Literaturkritiker Marlen Korallow hatte Zugang zu dem auf Wunsch von Sophie Liebknecht nach Moskau verbrachten Karl-Liebknecht-Archiv erhalten. Mit Hilfe dieser Materialien verfasste er eine Luxemburg-Biographie. Diese Biographie ist jedoch nie in der Sowjetunion erschienen, sondern in Italien. Deshalb wurde von mehreren Referenten und Diskutanten die Frage gestellt: Was wissen wir, was weiß die politisch interessierte russische Öffentlichkeit eigentlich über die wissenschaftliche und politische Bedeutung Rosa Luxemburgs? Ihr Name ist durchaus bekannt, ihre Bedeutung als Wissenschaftlerin und besonders als Politikerin kaum.

Spannend wurde es, als die Rede auf die Kritik Luxemburgs an Lenin, Trotzki und den Bolschewiki kam. Als Übereinstimmung über die Substanz und die Berechtigung der Kritik bestand, wurden weniger bekannte Vertreter der Bolschewiki benannt, die um 1918/1919 ähnliche Kritiken an den oben Genannten äußerten wie Luxemburg, die jedoch von der politischen Bühne verschwanden bzw. sich anpassten. Wie des Öfteren auf Luxemburg-Konferenzen wurde auch die Frage gestellt, was wäre, wenn Luxemburgs Auffassungen in der kommunistischen und sozialistischen Bewegung auf fruchtbaren Boden gefallen wären. Natürlich ist die Frage im Allgemeinen müßig. Wenn es jedoch um die heutige Perspektive der Linken geht, kann ihre Beantwortung schon interessant sein. Die Geschichtspräsidentin G. Klokowa schlug vor, Rosa Luxemburg verstärkt in die Lehre aufzunehmen und die künftigen Historiker mit Leben und Werk Luxemburgs vertraut zu machen. Sie werde es jedenfalls tun, brauche aber auch geeignete Literatur. In diesem Kontext ist m. E. folgende Begebenheit interessant. Als es um ansprechende Literatur über Rosa Luxemburg ging, hielt eine Teilnehmerin ein kleines chinesisches Heft über Rosa Luxemburg in die Höhe. Prof. Narihiko Ito, Vorsitzender der internationalen Rosa-Luxemburg-Gesellschaft und seit Jahrzehnten mit Forschungen zu Rosa Luxemburg beschäftigt, wurde plötzlich unruhig und eilte zum Rednerpult. Er war sichtlich bewegt, dieser kleinen Broschüre hier wieder zu begegnen und erzählte von seinem ersten Zusammentreffen mit ihr. Das war im Jahre 1974 in der Bibliothek der Harvard Universität in Cambridge, USA. Obwohl er sich in der chinesischen Sprache nicht verständigen kann, ist er in der Lage, die Schriftzeichen zu lesen. So konnte er sich mit dem Inhalt der Broschüre vertraut machen und war begeistert von der Art und Weise, wie sie der Autor verfasst hatte. Unbedingt wollte er ihn treffen, um sich mit ihm über Rosa Luxemburg auszutauschen. So bat Ito die chinesische Akademie der Wissenschaften, für ihn den Verfasser ausfindig zu

machen. Die chinesischen Kollegen waren auch sehr entgegenkommend und nannten ihm bald die Universität, an welcher der Gesuchte tätig war. Bei nächster Gelegenheit fuhr Prof. Ito nach China und suchte seinen Kollegen auf. Beide stellten fest, dass die sprachliche Verständigung nicht ohne Komplikationen möglich war. Ito war des Chinesischen nicht mächtig und der chinesische Kollege konnte weder englisch noch deutsch. Aber Rosa Luxemburg war ja in Polen geboren, und da beide dort nach historischen Dokumenten von und über Rosa Lusemburg gesucht hatten, war ihnen die polnische Sprache nicht fremd und bot ihnen die Möglichkeit der Verständigung. Das war der Beginn einer bis heute andauernden Freundschaft.

Unterschiedliche Meinungen gab es zu der Auffassung von Prof. Ito, dass Rosa Luxemburg auch eine Feministin gewesen sei. Der bisher erschienenen deutschen Literatur ist das überhaupt nicht zu entnehmen. Ito verwies aber darauf, dass er im Zuge der Herausgabe der 17-bändigen Werke von Rosa Luxemburg in Japan auf Texte in Polnisch gestoßen sei, welche dies bezeugten. Überhaupt zeigt diese umfassende japanische Publikation der Luxemburg-Werke ein beeindruckendes Engagement für die europäische Revolutionärin und für die Geschichte der Arbeiterbewegung.

Mehrfach kam in den internationalen Konferenzen die Sprache auf das Verhältnis von Reform und Revolution. Die sachliche Auseinandersetzung ergab als Quintessenz, dass auf dem Wege konsequenter Reformen revolutionäre Veränderungen in der Gesellschaft angestrebt werden müssen, dass die Gesellschaft von unten verändert werden muss und zwar in einem Prozess und nicht handstreichartig.

In Erfurt auf dem Sozialforum in Deutschland griff die norwegische Historikerin und Politikwissenschaftlerin Tanja Storløkken das Thema auf und sprach über die Auffassungen von Reform und Revolution im Erfurter Programm der Sozialdemokratie und im Programm des von Rosa Luxemburg mitgegründeten Spartakusbundes. Sie charakterisierte Luxemburgs Revolutionsauffassung als einen demokratischen Prozess, als Verbindung zwischen Zielvorstellung und Weg zur Macht. »Der Revolutionsbegriff ist im höchsten Grade umstritten. Deshalb erscheint es mir als eine wichtige und notwendige Aufgabe, wieder eine demokratische und anti-totalitäre Auffassung von der Revolution zu erobern. Zu einer solchen Widereroberung kann das Revolutionsverständnis von Rosa Luxemburg beitragen.«⁷ Storløkken beschreibt den revolutionären Weg Luxemburgs als ein »Ausprobieren«, als »Versuch und Irrtum« in den tatsächlichen politischen und ökonomischen Kämpfen, als eine unbedingte Voraussetzung für Verwirklichung einer sozialistischen Gesellschaft.

7 Tanja Storløkken: Reform und Revolution zwischen Erfurt und Spartakus, unveröff. Manuskript, S. 2.

Rosa Luxemburgs Bedeutung für die sozialen Bewegungen heute

In den Seminaren auf dem Weltsozialforum in Porto Alegre und dem Sozialforum in Deutschland in Erfurt war die aktuelle Bedeutung Rosa Luxemburgs vor allem für die sozialen Bewegungen von Interesse. Es ging um die Frage des Verhältnisses von linken Parteien und Bewegungen, wobei eine teilweise Ablehnung von Parteien der Auffassung gegenüber stand, dass linke Parteien im Parlament Druck und Unterstützung von den Bewegungen brauchen, um deren Interessen im möglichen Maß politisch zu vertreten. Auf großes Interesse stieß

der Vortrag von Isabel Loureiro über Rosa Luxemburg und die zeitgenössischen sozialen Bewegungen am Beispiel der Landlosenbewegung (MST) in Brasilien.

Isabel Loureiro stellte eingangs die Frage, welche Gemeinsamkeiten es zwischen einer Bewegung landloser Landbewohner in Brasilien und der jüdisch-polnischen Sozialistin geben könnte, die sich scharf gegen die Verteilung von Land durch die Bolschewiki an die Bauern wandte, weil dies eine neue Klasse von Kleineigentümern hervorrufen würde, die dann gegen den Sozialismus opponieren würden. Sie findet die Gemeinsamkeiten und die Punkte, in denen Rosa Luxemburg für die MST Inspiration sein kann, wie z. B. die Verteidigung der direkten Aktion und der Erfahrungen der Massen. »Der Gedanke, dass sich die Subjekte im Kampf aufbauen, dass der Kampf die Subjekte formt, ist eine Gemeinsamkeit von Rosa Luxemburg und MST. Für Rosa Luxemburg resultiert das Klassenbewusstsein aus der freien politischen Praxis der Volksmassen, es wird also nicht von außen durch eine spezialisierte Vorhut von Berufsrevolutionären eingeführt.«⁸ João Pedro Stedile, eines der Mitglieder der nationalen Führung der MST, sagt: »Die konkrete Praxis des Kampfes für die Landreform hat uns gelehrt, dass man Erfahrungen nicht kopieren darf, weil jeder Raum, jede lokale Realität neue Elemente mit sich führt, die sich immer wieder – ausgehend von den bereits gesammelten Kenntnissen – neu gestalten.«⁹ Isabel Loureiro benennt noch zwei weitere wichtige Übereinstimmungen zwischen der Luxemburg und der MST: die Verteidigung der radikalen Demokratie und das Ziel des Sozialismus.

Lindsey Collen, eine Aktivistin der afrikanischen Friedensbewegung stellte in ihrem Beitrag¹⁰ auf dem Luxemburg-Seminar in Südafrika fest, dass Demonstrationen als Zeichen der Missbilligung von Kriegen außerordentlich wichtig seien, dass es jedoch in der Natur der Sache liege, dass sie nicht permanent stattfinden können, dass sie auch nachlassen. Die Friedensbewegung müsse deshalb ihre Kraft aus ständiger Aufklärungsarbeit und der Überzeugung ziehen, dass der Kampf für Frieden erfolgreich sein kann in einer Gesellschaft, für die Frieden eines der höchsten Güter ist und zwar in einer sozialistischen Gesellschaft. So, wie es sich Rosa Luxemburg vorstellte. Als wichtige Ausgangspunkte für heutige Kriege charakterisierte sie im Ergebnis einer hochinteressanten Analyse die Militärstützpunkte, die es in aller Welt gäbe – ganz gleich, ob sie von den USA, Großbritannien oder anderen Militärmächten unterhalten würden.

Die Beschäftigung mit Rosa Luxemburg heute bringt interessante Diskussionen und wichtige Ergebnisse zur Selbstverständigung der Linken. Alte und auch neue »Selbstverständlichkeiten« der Linken gilt es konsequent zu hinterfragen. Gehören doch diese Konferenzen und Seminare zu den nicht so zahlreichen Möglichkeiten für Linke verschiedener Couleur, sich über die gegenwärtigen Entwicklungsprobleme sozialistischer Politik auszutauschen. Unterschiedliche Auffassungen, Analyseergebnisse und Erfahrungen sind dringend zu diskutieren, um mit Hilfe von offenen Diskursen schrittweise zumindest punktuell zu gemeinsamen Auffassungen zu kommen oder andere Standpunkte nachvollziehen zu können.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung hat dabei wichtige Partnerinnen und Partner in aller Welt hinzugewonnen.

8 Isabel Loureiro: Rosa Luxemburg und die Bewegung der Landlosen in Brasilien, in vorliegendem Heft, S. 230.

9 Ebenda, S. 231.

10 Lindsey Collen: Der Kampf für die Schließung von Stützpunkten als Teil des Kampfes für den Sozialismus, unveröff. Manuskript, S. 1.

THEODOR BERGMANN

Paul Levi – Tragik eines deutschen Revolutionärs zwischen den Parteien

»Von den Parteien Haß und Gunst umtobt,
schwankt sein Charakterbild in der Geschichte.«
Schiller, Wallenstein

»Die Kommunisten taten Unrecht, ihn einen Abtrünnigen,
die Sozialdemokraten, ihn einen Bekehrten zu nennen.
Er war ein internationaler revolutionärer Sozialist
aus Rosa Luxemburgs Schule, hat es nie verleugnet.«
Carl von Ossietzky

Lange war Paul Levi ignoriert, fast vergessen, wenig Gegenstand marxistischer Forschung. In letzter Zeit wurde es um diesen großen Revolutionär wieder lebendiger. Jetzt aber sind die Fronten verkehrt, und die zwei Hauptströmungen der deutschen Arbeiterbewegung möchten ihn für sich reklamieren. Hier soll versucht werden, ein anderes Bild zu zeichnen, das ihm gerechter wird, wiewohl ich mir meiner Subjektivität durchaus bewusst bin.

Sein Lebensweg und seine bedeutende politische Leistung sind bereits von Jörn Schütrumpf¹ gewürdigt worden, so dass ich die biographischen Daten übergehen kann.

Die kommunistische Kontroverse um Paul Levi, bis dahin unumstrittener Vorsitzender der KPD, beginnt mit der Märzaktion 1920. Mit der Offensivtheorie hatte August Thalheimer einen theoretischen Fehler begangen, der der Rechtfertigung der verfehlten Märzaktion dienen sollte. Levis öffentliche Distanzierung galt als Disziplinbruch und Verzicht auf Solidarität in gefährlicher Zeit. Clara Zetkin berichtet,² wie sie mit Lenin rang, um ihn, der gerade einmal seinen Kopf verloren habe, der kommunistischen Bewegung zu erhalten, die – wie Lenin in seinem Bonmot bemerkte – nicht viele Köpfe zu verlieren hatte. Der Zentralausschuss der KPD schloss ihn aus – gegen nur zwei Stimmen: Clara Zetkin und Hans Tittel. Die beiden blieben in der KPD, während einige wichtige Funktionäre (Ernst Däumig, Otto Brass, Adolph Hoffmann) mit ihm die Kommunistische Arbeitsgemeinschaft gründeten und bald eine eigene Zeitschrift (*Unser Weg*)³ herausgaben.

In einem intensiven Gespräch mit Lenin in Moskau wurde der strategische Fehler (Thalheimers Offensivtheorie) kritisiert und korrigiert. In einem bemerkenswerten Brief (in deutscher Sprache) entschuldigt sich Lenin am Tag danach für seine Unhöflichkeit. Thalheimer würdigt Levis Leistungen für die KPD in der »Roten Fahne«:

Theodor Bergmann – Jg. 1916, Prof. Dr., Agrarwissenschaftler und Historiker; Spezialist für die Geschichte der kommunistischen Bewegung, zahlreiche Beiträge in UTOPIE kreativ.

Die Redaktion UTOPIE kreativ gratuliert Theodor Bergmann zu seinem Jubiläum.

1 Jörn Schütrumpf: Unabgeholtenes. Politikverständnis bei Paul Levi, in: UTOPIE kreativ, Heft 150 (April 2003), S. 330-342.

2 Clara Zetkin: Erinnerungen an Lenin, Berlin 1957.

3 Seit 1. Juli 1921 erschien *Unser Weg*, hervorgegangen aus der Wiener Zeitschrift *Sowjet*, die Paul Levi nach seinem Ausschluss aus der KPD als Herausgeber übernommen und nach Berlin

geholt hatte; die Redaktion übergab er schrittweise an Mathilde Jacob, der Vertrauten Rosa Luxemburgs, die bis zu Levis Lebensende seine engste politische Mitarbeiterin blieb. 1923 ging *Unser Weg* ein und wurde durch die *Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft* (SPW) ersetzt, die Levi – trotz kommerziellen Erfolgs und gegen den Widerstand von Mathilde Jacob – 1928 mit der von Kurt Rosenfeld, Max Seydewitz u. a. herausgegebenen Zeitschrift *Der Klassenkampf – Marxistische Blätter* vereinigte, die bis zu ihrem Verbot 1933 *Sozialistische Politik und Wirtschaft* im Untertitel trug.

4 August Thalheimer, in: *Roten Fahne*, Leitartikel 16. April 1921.

5 In einem Brief an das ZK der KPR vom 19. Februar 1922 beschwerten sich August Thalheimer, Clara Zetkin, Jakob Walcher und Heinrich Brandler über Moskauer Bevormundungsversuche, in: SAPMO-BArch, ZPA I 495/292/3.

6 Siehe Brief von Leo Jogiches an Sophie Liebknecht vom 7. September 1918, in: Feliks Tych, Ottokar Luban: *Die Spartakusführung zur Politik der Bolschewiki*, in: *Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der Arbeiterbewegung*, 1997, H. 1, S. 100.

»... ein alter Kampfgefährte ... Wir haben manch schwere Stunde mit ihm getragen. Niemand von uns kann frohlocken, wenn es heißt: Mann über Bord ... Ein Führer von mannigfachen, von hohen und glänzenden Gaben ist er, von dem die Partei sich trennt.«⁴

Die Offensivtheorie und Levis Ausschluss sind nur im historischen Kontext erklärlich; denn politisch standen sich die führenden Mitglieder der KPD 1921 noch alle sehr nahe. Es galten noch die alten Vorstellungen von der Überzeugungsdisziplin; und es gab eine Interessenparallelität: Die Kommunisten in der Sowjetunion und in Deutschland wollten die Revolution. Bezüglich der Souveränität der KPD, über deren Nichtbeachtung durch die Moskauer Emissäre Levi klagte (er nannte sie Turkestaner), waren die anderen KPD-Führer gleicher Meinung.⁵

Bald schlossen sich Levi und seine Freunde in der KAG der USPD an, deren linker Flügel sich im Herbst 1920 mit der KPD zur VKPD zusammengeschlossen hatte. 1922, auf dem Nürnberger Parteitag, traten sie fast geschlossen der SPD bei. Levi mag sich in der Partei des Noske, Ebert, etc. nicht sehr wohl gefühlt haben. Er begründete seinen Schritt damit, »daß die Arbeiterklasse in der Sozialdemokratischen Partei ihre Partei sieht«. Da die Führung die gleiche blieb, der Beitritt also keine Vereinigung gleichberechtigter Partner war, sondern bedingungslos erfolgte, mag Levi von Anfang an seine Zweifel gehabt haben. Er erklärte, er sei als Vertreter der radikalen Linken in die Partei zurückgekehrt, so wie er sie im Weltkrieg verlassen habe. Aber niemand steigt zweimal in den gleichen Fluss. Die SPD-Führung hatte sich seit 1914 weiterentwickelt – bis zur Kenntlichkeit. Der Parteiapparat behandelte Levi als Außenseiter und ließ ihn das deutlich spüren. Der linke Wahlkreis Chemnitz-Zwickau nominierte ihn für den Reichstag – gegen den Willen des Parteiapparates: Er war erfolgreich und blieb MdB bis zu seinem Tode.

Nach seinem Ausschluss aus der KPD tat er etwas, was die anderen Luxemburg-Schüler aufbrachte. 1918 hatte er Rosa Luxemburg noch von der Veröffentlichung ihrer Kritik an der russischen Revolution abgeraten. Jetzt veröffentlichte er den Essay und benutzte ihn sozusagen als Argument gegen die KPD. Die noch heute wesentlichen Punkte von Luxemburgs Kritik wurden von allen ihren Anhängern geteilt;⁶ aber fast alle hatten damals befunden, dass man die Bolschewiki in ihrem Ringen gegen eine Welt von Feinden nicht öffentlich kritisieren sollte – eine Vorstellung, die heute kaum noch vertreten wird.

Levis Begründung für seinen schweren Gang zur SPD lässt erkennen, dass er in dem Stereotyp dachte, das in der deutschen Arbeiterklasse mit ihren stolzen Organisationen sehr häufig vorkam: Einigkeit macht stark. Aber weder wurde die SPD-Politik klassenbewusster, noch wurde seine nun ständige Kritik wirksamer. Und Einigkeit macht nur bei einer richtigen Politik stark.

Er war isoliert auf den Parteitagen, die von den Apparatschiks beherrscht und manipuliert wurden. Die SPD war keineswegs demokratischer als die KPD, die bis Ende 1923 viel diskutierte. Im Reichstag verhinderte die Fraktionsführung meist, dass er zu Worte kam, da diese die Redezeit ihrer Abgeordneten bestimmte. Vom »Vereinigungsparteitag« 1922 in Nürnberg berichtet er: »Die Ver-

handlungen hatten etwas Steinernes, Gefrorenes, und es war nicht einmal gefrorene Musik ... Die Opposition konnte ihre Gedanken nur zerhackt, in abgezwängten Diskussionsreden vortragen und bei einem großen Teil der Delegierten – wir sagen nicht, bei allen – lag auf dem Gesicht die steinerne Maske der Großinquisitoren, wenn einer von der ›Opposition‹ sprach. Fast so etwas wie Pogromstimmung. Und demgegenüber konnten die Redner der Parteileitung ausgiebig zu Wort kommen: in Referaten bis auf das Doppelte der geschäftsmäßigen Zeit, in Schlußworten von beliebiger Länge. Und geistig waren sie alle aus einer und auf eine Richtung.«⁷

In vielen wichtigen Fragen blieb er bei seiner Kritik. Das galt zum Beispiel für den inneren Zustand der Partei. In seiner Zeitschrift veröffentlichte er sehr kritische Stimmen über »Mißachtung der Parteidemokratie«, »eine Clique, die in der Partei Regie führt, die Meinungsfreiheit vergewaltigt«, »manipulierte, zensurierte Wahllisten«, »Parteipolizei«. So musste er seine Kritik durch den Mund von Briefeschreibern vortragen lassen. Offenbar wurde er später angehalten, derartige Stimmen nicht mehr zu veröffentlichen.

Er opponierte gegen die Koalitionspolitik der SPD ganz in Luxemburgs Sinn: »Koalitionen, bestehende und erhoffte, haben ihre Bilanzen. Deren Aktivseite wird uns oft genug aufgezeigt. Sie ist auch in günstiger Darstellung mager genug. Die Passivseite aber hat offene Posten und stille Posten. Diese stillen Posten: das sind die Verzichte an Hoffnung auf Aktivposten, die nie zur Entstehung gelangten. Es wird bald Zeit, unter diesem Gesichtspunkt Koalitionen und Koalitionshoffnungen nachzuprüfen.«⁸

Auch hier war er immer noch Schüler Rosa Luxemburgs. Wie aktuell ist diese Aussage angesichts der neoliberalen Kapitaloffensive der »rotgrünen« Koalition, die weder rot noch grün, sondern einfach pro-kapitalistisch war, auch angesichts der »rot-roten« Koalition in Berlin.

Noch härter war seine Kritik gegen die Reichsexekution 1923, als Reichspräsident Friedrich Ebert die Reichswehr nach Sachsen und Thüringen schickte, um die legalen Koalitionsregierungen von SPD und KPD abzusetzen. Gegen den konterrevolutionären Putsch in München zur gleichen Zeit geschah nichts: »Was in den letzten Wochen zerschlagen worden ist, wird in Monaten, ja vielleicht in Jahren nicht wieder aufgebaut werden können. Und das Schlimmste ist, daß das alles nicht im offenen Kampfe mit der Reaktion verloren ging, sondern daß es der Republik und ihrem roten Herz, der Arbeiterklasse, entwunden wurde, ohne daß diese sich wehrte. Die Republik putscht unausgesetzt gegen sich selbst, sie hat den gelungenen Putsch gegen sich selbst soeben in Sachsen durchgeführt. Sie wird ihn nächstens in Thüringen durchführen. Die Konterrevolution entwickelt sich in Deutschland programmäßig, sie braucht sich nicht einmal die Finger schmutzig zu machen, das besorgen andere für sie. Sie braucht nicht einmal ihre Macht zu mehren, denn die Republik sorgt dafür, daß ihr täglich Tausende Anhänger davonlaufen, vor Wut, Schmerz und Ekel über dieses Tun apathisch und indifferent werden. So wächst die Reaktion in dem Maße, wie sich die Republik selbst kasteit, Harakiri verübt, einen Selbstmord nach dem anderen begeht. Mehr noch: die Republik tötet ihre Kinder, läßt sie

7 Paul Levi in SPW, 18. Juni 1924, zitiert nach Charlotte Beradt: Paul Levi – Ein demokratischer Sozialist in der Weimarer Republik, Frankfurt am Main 1969, S. 96.

8 Paul Levi in SPW, 6. September 1927, zitiert nach Ebenda, S. 100.

in ihrer Verzweiflung verkommen oder wie die sächsischen Arbeiter, niederschließen, als seien hungernde Proleten die einzigen Feinde des Landes. 23 Tote am Sonnabend allein in Freiberg, über dreißig Schwerverwundete, die in den Krankenhäusern vor Schmerzen stöhnten. Alles leidende, an dieser Führung verzweifelnde Proletariat, mit der Sehnsucht nach besseren Tagen, nach schöpferischer Tat gestorben, zum Krüppel geschossen.

Und keine Trauer, nicht einmal ein aufrüttelnder Protest in diesem Lande, das in seinen letzten Zuckungen zu liegen scheint, selber verzweifelnd an seiner Zukunft und dieserhalb, einem Wahnsinnigen gleich, seine Schreckenstaten als Siege triumphierend in die Öffentlichkeit schreit. Wird nur deutsches Recht verletzt, wenn der ›Landesfeind‹ deutsches Blut vergießt, ist nur Trauertag, wenn Deutsche durch Franzosen erschossen werden? Gibt es nur Parlamentskundgebungen und Glockengeläute, wenn Deutsche in Essen a. d. Ruhr durch Franzosen fallen? Ist das Blut der sächsischen Arbeiter, durch deutsche Schuld geflossen, weniger wert als jenes, das am Karfreitag im Rheinland als Folge französischer Schuld floß? Unfähigkeit und Zynismus sind die Merkmale dieser durch die Kanzlerschaft Stresemann gesegneten Republik. Was in Sachsen geschieht, hat nur ein Beispiel: Belgien im Kriege. Gelang es nicht, die Feinde im Weltkrieg zu besiegen und Poincaré an der Ruhr zu schlagen: gesiegt muß sein, und wenn es ein blutiger Sieg über das sächsische Proletariat ist. Doch an diesem Sieg wird diese Republik sterben, wie das kaiserliche Deutschland an seinen ›Siegen‹ im Weltkrieg gestorben ist.⁹

9 Paul Levi: Die Verteidiger der Republik (SPW, 30. Oktober 1923), in: Paul Levi: Zwischen Spartakus und Sozialdemokratie. Schriften, Aufsätze, Reden und Briefe, herausgegeben von Charlotte Beradt, Frankfurt am Main, Wien 1969, S. 196 f.

Aufmerksam verfolgte er den Abbau der bürgerlichen Demokratie unter der verlogenen Formel des Republikenschutzgesetzes 1922, das angeblich gegen den Rechtsextremismus eingesetzt werden sollte. Da aber der Staatsapparat, insbesondere die Justiz, nach 1918 nicht gesäubert worden war, nahm er zu Recht an, das Gesetz werde vorwiegend gegen die Linke eingesetzt, obwohl alles darauf hindeutete, dass der Feind der Republik rechts stand: »Ich erinnere an die Justizkomödie aus Anlaß des Falles Arco, ... wo die Studenten für den Mörder von Eisner demonstrierten und die bayerische Regierung in feierlicher Form die Gnade dem Mörder von Eisner erwies. Es ist die Züchtung der Mentalität des Mordes gewesen, die Züchtung von seiten der Behörden ...

Wo ich nun ... gezeigt habe, daß zwischen den Mördern und dem Milieu, aus dem sie kamen, innerliche Zusammenhänge bestehen, da ist es freilich den Bock zum Gärtner gemacht, wenn man jetzt zum Schutz dieser Republik wiederum an das deutsche Beamtentum appelliert und die Gesetze der Republik, die ausgeführt werden von denen, die bisher ... mit die Komplizen der Herrschaften gewesen sind, die den Mord ausgeführt haben. Und da bin ich der Auffassung: Wenn die deutsche Republik gehalten werden kann und soll, dann gilt auch für sie der Satz des alten Sallust, daß Staaten nur gehalten werden können durch die Kräfte, die sie schufen.

Und es ist ein logisches und historisches Gesetz, daß diese Schöpfung des deutschen Proletariats ohne die Kräfte des deutschen Proletariats nicht gehalten werden kann.¹⁰

10 Paul Levi: Zum Mord an Erzberger. Aus einer Reichstagsrede vom 1. Oktober 1921 in: Ebenda, S. 298-230.

Seine Kritik an der Klassenjustiz war beißend, wenn er im Reichstag »die sittliche Verworfenheit der deutschen Justiz, die den Mord in Deutschland hegt und pflegt«, anklagte.

Levi mit seinem politischen Weitblick sah die Gefahr, daß die SPD mit ihrer Politik gegen die Kommunisten die Axt an die Wurzeln der bürgerlichen Republik legte und der Demagogie der Faschisten Vorschub leistete, wenn auch ungewollt: »Die tiefe Erschütterung des sozialen Gebäudes durch Krieg und Nachkrieg kommt denen, die davon betroffen sind, erst jetzt zum Bewußtsein ... Sie haben kein Vertrauen zu dieser Republik ... Die Republik wird ihnen fast identisch mit der Ursache ihrer Leiden. Und um das Unglück vollzumachen: Mit dieser Republik hat sich der Sozialismus in so weitem Maße identifiziert, daß an dem Tage, an dem die Massen sich zu uns wenden müßten, die uns fern und feindlich gegenüberstanden, der Sozialismus dasteht ohne Werbekraft, ohne Vertrauen, keine Hoffnung spendend und kein Glück verheißend ... Diese große Schicht der Verzweifelten und erst jüngst Enterbten sind das soziale Fundament, ... das dem nach Hitler benannten Putsch die soziale Aufnahme gewährt, die der nach Kapp benannte nicht hatte.«¹¹

Der Kampf gegen die Mörder von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht blieb eines seiner Hauptanliegen, das er immer wieder im Reichstag und vor dem Leipziger Reichsgericht vortrug. Eines seiner Ziele war jener Reichsgerichtsrat Paul Jorns, der die Mörder von Anfang an beschützt, begünstigt, freigelassen hatte. Er erstritt gegen diesen einen moralischen Sieg zu dem ihn Albert Einstein beglückwünschte: »Lieber Paul Levi, es ist erhebend zu sehen, wie durch Gerechtigkeitsliebe und Scharfsinn ein einzelstehender Mensch ohne Rückhalt die Atmosphäre gereinigt hat, ein wunderbares Pendant zu Zola. In den feinsten unter uns Juden lebt noch etwas von der sozialen Gerechtigkeit des Alten Testaments.«¹²

Seine Kritik an der Sowjetunion war von dem guten Vorsatz geleitet, ihre Probleme zu verstehen; sie unterschied sich in Form und Inhalt vom Antikommunismus, der in der SPD-Presse dominierte, wenn es auch an der Basis Sympathie gab. Die Kritik verschärfte sich allmählich, und sicher irrte er, als er z. B. 1924 die Sowjetunion des Imperialismus zieh: »Eines ist sicher: Die gewaltigen Wirtschaftsenergien des Landes, einmal entwickelt, werden dem Nationalismus seiner Bewohner das rechte Substrat geben, und für Europa und die Welt beginnt dann ein blutiges Kapitel des Imperialismus.«¹³

Schon am Anfang der Stalin-Ära war Kritik angebracht; aber damals war ohne Zweifel die sowjetische Außenpolitik rein defensiv, keineswegs imperialistisch. Und auch für spätere Perioden dürfte die Charakteristik »Imperialismus« sachlich falsch sein. Es ist wohl wahr, dass sich Levis Einstellung zur Sowjetunion mit der Zeit änderte, wie Schöler nachweist.¹⁴

Er lehnte die neue ökonomische Politik ab, ebenso die Agrarpolitik Lenins. Es ist hier nicht der Platz für eine ausführliche Erörterung der Agrarfrage und ihrer Bedeutung in Revolution und Aufbau einer sozialistischen Wirtschaft. Mir scheint jedoch ein Unverständnis der russischen ökonomischen Probleme bei ihm erkenntlich. Aber Mitte der zwanziger Jahre gab es auf diesem Gebiet noch keine Erfahrung. Die Warnung Bucharins und später Trotzki vor einer Überforderung der Bauernschaft durch einen zu hohen Faktorbeitrag scheint mir vernünftig, Preobazhenskys Forderung eines hohen Beitrags des Agrarsektors zum Industriebaufbau dagegen fehlerhaft. In dieser

11 Paul Levi in SPW, 18. Juni 1924, zitiert nach Beradt: Paul Levi, S. 87.

12 Albert Einstein an Paul Levi, zitiert in: Charlotte Beradt: Paul Levi – Ein demokratischer Sozialist in der Weimarer Republik, Frankfurt am Main 1969, S. 126.

13 Paul Levi: Sachverständigengutachten und was dann? Zur innen- und außenpolitischen Orientierung, Berlin 1924, zitiert nach Beradt: Paul Levi, S. 92.

14 Uli Schöler: Der unbekannte Paul Levi?, in: UTOPIE kreativ, Heft 165/166 (Juli-August 2004).

Frage übernahm Trotzki die Position des letzteren im Interesse schnellerer Industrialisierung.

Levi wandte sich vehement gegen die Aufrüstung, wegen der es 1931 zur Spaltung der SPD kam. Levi wäre wohl der geeignetste Führer der SAPD gewesen. Bei den SPD-Gewaltigen blieb er ungeliebt. So war es schon gewesen, als er noch KPD-Funktionär war. Damals schrieb der »Vorwärts«: »Ein gewisser Levi und die maulgewaltige Rosa Luxemburg, die nie am Schraubstock oder in der Werkstatt standen, sind dabei, alles zu ruinieren, was wir und unsere Väter erstürmten.«¹⁵ Diese Feindseligkeit blieb unverändert, als Levi zur SPD »zurückkehrte«.

15 Zitiert nach Beradt:
Paul Levi, a. a. O., S. 22.

Schölers Versuch scheint mir daher historisch unehrlich, der Levis und Rosa Luxemburgs Differenzen mit Lenin zum Gegensatz hochstilisiert. Thalheimer¹⁶ hat den Unterschied zwischen Rosa Luxemburg und Lenin ganz anders dargestellt. Er meinte, ihre Ziele waren gleich (Schutz der russischen Revolution, Revolution in Deutschland), aber ihre Methoden und Organisationsprinzipien mussten verschieden sein, weil die Bewegungen, in denen sie wirkten, und die Rahmenbedingungen ihres politischen Handelns völlig unterschiedlich waren. Die Bolschewiki wirkten in einem Agrarland, in harter Illegalität, ihre Organisationen waren also illegal und wurden verfolgt, brauchten daher Berufsrevolutionäre. Rosa Luxemburg wirkte in Deutschland, einem Land mit starker, wachsender Industriearbeiterschaft, die nicht mehr Analphabeten waren, formal demokratische, legale Organisationen besaßen. Der dennoch harte, ständige Klassenkampf wurde meist in legalen Formen geführt, wenn auch diese Legalität hart erkämpft werden musste. Das russische Proletariat war noch eine Klasse *an sich*, in statu nascendi, die deutsche dagegen bereits eine Klasse *für sich*, erzogen von autodidaktischen Arbeiterführern – dem Drechsler August Bebel, dem Schornsteinfeger Friedrich Westmeyer, dem Maurer Heinrich Brandler, dem Metallarbeiter Jacob Walcher, um nur einige zu nennen.

16 August Thalheimer:
Rosa Luxemburg oder
Lenin? In: Gegen den
Strom, Jg. 3 (1930), Nr. 2,
S. 21-22.

Nach seinem Tode am 9. Februar 1930 gab es im Reichstag eine unwürdige Szene. Dass die NSDAP-Abgeordneten bei den Gedenkworten ausgezogen sind, ist verständlich: »Das ehrt Paul Levi, den mutigen Gegner der deutschen Reaktion.« Aber die KPD-Abgeordneten taten das gleiche.

Manche Nachrufe wurden ihm gerecht. So schrieb die Familie Einstein: »Er war einer der gerechtesten, geistvollsten und mutigsten Menschen, die mir auf meinem Lebensweg begegnet sind. ... eine jener Naturen, die aus dem inneren Zwange eines unersättlichen Bedürfnisses nach Gerechtigkeit handeln.«¹⁷ In einem sehr menschlichen Nachruf in »Gegen den Strom« sagte Thalheimer: »Ich traf ihn zuerst im Sommer 1918 ... Er war hervorragend beteiligt an der Vorbereitung des November ... Er war ein glänzender Mitarbeiter der ›Roten Fahne‹ unter der Redaktion Rosa Luxemburgs. Zugleich trat er als Massenredner auf ... Nach Rosas und Karls Tod wurde er der tatsächliche Führer der Partei ... Wenn er, wie Lenin offen aussprach, mit seiner Kritik an der Märzkaktion (1921) zu 90 % Recht hatte, wenn er leicht sich hätte durchsetzen können bei organisiertem, diszipliniertem, geduldigem Vorgehen, so verdarb er alles durch die entgegengesetzte Art ... Der Kommunismus, dem Levi einst angehörte, hat keine Ursache, Paul Levi noch über

17 Zitiert nach Beradt:
Paul Levi, a. a. O., S. 126.

den Tod hinaus anzuklagen. Die Arbeiterklasse kann klar und unbefangenen die helle Vergangenheit, in der er dem Kommunismus diente, scheiden von der späteren Zeit.«¹⁸ Das war der Ton und die Art, wie sie unter Revolutionären früher üblich und normal gewesen waren.

Bertha Thalheimer, Augusts Schwester und Mitbegründerin des Spartakusbundes, war in ihrem Nachruf nicht so freundlich. Sie gab ihm zwar in seiner Kritik an der Märzaktion recht, meinte aber, er hätte »das geschichtliche Unrecht seines Ausschlusses trotz der anerkannten Richtigkeit seiner Kritik im Interesse des Aufbaues der Kommunistischen Partei und der Internationale dulden« sollen.¹⁹ Vielleicht war dieser Nachruf auch mehr an die eigenen Genossen der KPD-O gerichtet, um sie zur Ausdauer in ihrem schwierigen Kampf zu mahnen. 1928 handelten die beiden Thalheimers anders; aber wahrscheinlich war der Zustand der KPD 1928 völlig anders als 1921: Die Kritiker konnten 1928 nicht mehr hoffen, angehört zu werden. Die Zeit der Debatten war beendet: Die Stalinsche Generallinie durfte nicht mehr angezweifelt werden.

Es dauerte bis Ende 1983, bis endlich die SED Levi würdigte. Auf einer Festveranstaltung anlässlich des 65. Jahrestages der KPD-Gründung erklärte Horst Sindermann, Mitglied des SED-Politbüros: »Delegierte (auf dem Gründungsparteitag) waren so hervorragende Kämpfer der deutschen Arbeiterbewegung wie Rosa Luxemburg und Wilhelm Pieck, Hermann Duncker und Käte Duncker, Hugo Eberlein und Paul Frölich, Leo Jogiches und Ernst Meyer, August Thalheimer, Paul Levi und Paul Lange.«²⁰

Bevor die unerbittliche Polemik begann, äußerte sich Lenin außerordentlich anerkennend über Levi in einem Gespräch mit Clara Zetkin: »Sie wissen, wie hoch ich Paul Levi und seine Fähigkeiten schätze. Ich habe ihn in der Schweiz kennengelernt und Hoffnungen auf ihn gesetzt. Er hat sich in der Zeit schlimmster Verfolgung bewährt, war tapfer, klug und aufopfernd.«²¹

Zum Schluss sind noch einige allgemeine Gedanken über Paul Levi vorzutragen.

Politik nicht als Beruf, sondern als Beitrag

Intensivste Mitarbeit in der sozialistischen Bewegung war für Paul Levi ein Lebensbedürfnis. Aber er wollte innerlich und nach außen unabhängig sein, nicht von der Politik leben, sondern für sie. Er verstand, daß in Rußland die Verhältnisse den Berufsrevolutionär erforderlich hatten, für die deutsche Arbeiterbewegung (und für sich) lehnte er das ab. So schrieb er 1926: »Eine der vielen Übertragungen russischer Verhältnisse auf westeuropäische, deutsche insbesondere, ist die Schaffung der Berufsrevolutionäre ... – ... russisch schon in ihren psychologischen Voraussetzungen, gewiß in ihren politischen ... In Deutschland ... ist aus dem Berufsrevolutionär mit dem Feuer im Herzen, dem Hunger, der Aufopferung, der Entsagung, der Revolutionärsbeamtete geworden: mit Büro, mit Aktenregalen, mit Schreibmaschine und mit Gehaltsansprüchen. ... Der Berufsrevolutionär hat sonst zwar im allgemeinen nichts, ... aber er hat eine politische Meinung. In der KPD aber sind Männer, ›Berufsrevolutionäre‹, die es in diesen ganzen Jahren verstanden haben, ihr Alles, d. h. ihren Posten zu behalten um den Preis, keine Meinung zu haben.«²²

18 August Thalheimer: Paul Levi, in: Gegen den Strom, Jg. 3 (1930), Nr. 3, S. 103 f.

19 Der Nachruf ist ausführlich zitiert in: Theodor Bergmann, Wolfgang Haible: Die Geschwister Thalheimer – Skizzen ihrer Leben und Politik, Mainz 1993, S. 76-77.

20 Horst Sindermann: Die Gründung der KPD vor 65 Jahren – ein Ereignis von geschichtlicher Tragweite (Rede auf der Festveranstaltung des ZK der SED in der Deutschen Staatsoper), in: Neues Deutschland, 30. Dezember 1983.

21 Zitiert nach Otfried Arnold: Paul Levi: Sozialdemokrat – KPD-Vorsitzender – Sozialdemokrat, Berlin 1996, S. 16.

22 Paul Levi: Wieder einmal die Kommunisten, in: SPW, 15. Juli 1926.

23 Zitiert nach Beradt,
S. 22.

Der jüdische Revolutionär

In einem frühen antisemitischen Flugblatt hieß es Ende 1918: »Juda hat nach der Krone gegriffen. Wir werden regiert von Levi und Rosa Luxemburg.«²³ In der sozialistischen Bewegung war Antisemitismus verpönt – mit seltenen Ausnahmen wie etwa Wilhelm Keil in Stuttgart. Jüdische Arbeiter und Intellektuelle, gelegentlich auch ein weiblickender Industrieller, gehörten zur Arbeiterbewegung in Deutschland, ohne dass ihr Judesein irgendwie bemerkenswert erschien, so Paul Singer, Hugo Haase, die in die SPD-Führung gewählt waren. Für diese jüdischen Sozialisten und Revolutionäre gab es trotz des latenten und manchmal sehr offenen Antisemitismus keine »jüdische Frage«.

Für deutsche Juden gab es zu jener Zeit – lange vor Auschwitz – drei Wege:

1. Assimilation, bei manchen bis zur formellen Konversion – Eltern ließen ihre Kinder taufen;

2. Zionismus, die Bewegung, die eine Auswanderung und schließlich Staatsgründung in Palästina anstrebte – damals eine kleine Minderheit;

3. die Überzeugung, eine sozialistische Gesellschaft würde alle nationalen Fragen im Geiste des Internationalismus lösen, darunter auch die jüdische Frage. Diesen Anspruch haben wir Sozialisten noch einzulösen.

Das war vor Auschwitz, vor dem für niemanden, auch nicht für den weitest blickenden Marxisten vorstellbaren Verbrechen des deutschen Faschismus, der Schreckensherrschaft der deutschen Bourgeoisie. Nach Auschwitz schrieb der jüdische marxistische Historiker Deutscher: »Natürlich habe ich meinen Antizionismus längst aufgegeben, der sich in meinem Vertrauen in die europäische Arbeiterbewegung begründete oder – allgemeiner – in meinem Vertrauen auf die europäische Gesellschaft und ihre Zivilisation; denn diese Gesellschaft und Zivilisation haben sich als trügerisch erwiesen. Hätte ich in den 20er und 30er Jahren die europäischen Juden aufgerufen, nach Palästina zurückzugehen, statt gegen den Zionismus zu opponieren, hätte ich vielleicht geholfen, einige Menschenleben zu retten, die später in Hitlers Gaskammern vernichtet wurden. Für die Überreste des europäischen Judentums – wirklich nur für sie? – ist der jüdische Staat eine historische Notwendigkeit geworden. Zudem ist er eine lebende Realität ... Nichtsdestoweniger bin ich heute kein Zionist.«²⁴

24 Isaac Deutscher: Die ungelöste Judenfrage, Berlin 1977, S. 73 f. (Übersetzung der von Tamara Deutscher herausgegebenen Essay-Sammlung »The non-Jewish Jew and other essays.)

Antikommunistische Historiker kritisieren nicht nur die aktive Teilnahme von Juden an den Kämpfen der Arbeiterklasse; in ihrer Borniertheit sahen sie Marxismus und proletarische Bewegung als eine jüdische Erfindung auf dem Weg zur jüdischen Weltherrschaft. Für marxistische Historiker stellte sich eine ganz andere Frage: Wie kam es, dass relativ viele Juden Revolutionäre oder Vordenker moderner Entwicklungen und Ideen wurden und an vielen Fronten des internationalen Klassenkampfes ihren Beitrag leisteten, ihr Leben einsetzten? Darauf antwortete der Marxist Isaac Deutscher mit einer anderen Erklärung, die mir einleuchtend erscheint: »Haben sie vielleicht wegen ihres »jüdischen Genies« das Denken der Menschen so entscheidend geprägt? Ich glaube nicht an die einzigartige Genialität

irgendeiner Rasse. Aber ich meine dennoch, daß sie in mancherlei Hinsicht sehr jüdisch waren. ... Sie waren a priori außergewöhnlich, insofern, als sie als Juden an der Grenze zwischen unterschiedlichen Zivilisationen, Religionen und nationalen Kulturen gelebt haben und an der Grenze zwischen unterschiedlichen Epochen geboren und aufgewachsen sind. ... Sie lebten an den Randzonen oder in den Ritzen und Falten ihrer jeweiligen Nation. ... Dieser Zustand hat sie befähigt, sich in ihrem Denken über ihre Gesellschaft, über ihre Zeit und Generation zu erheben, neue Horizonte geistig zu erschließen und weit in die Zukunft vorzustoßen.«²⁵

25 Ebenda, S. 8 f.

Über die radikalen jüdischen Denker sagt er im gleichen Essay: »All diesen Denkern und Revolutionären waren bestimmte philosophische Prinzipien gemein. ... Sie sind deshalb alle Deterministen, weil sie viele Gesellschaften beobachtet, viele Lebensformen aus nächster Nähe studiert haben und von daher auch die fundamentalen Lebensgesetze begreifen. ... Sie verstanden die Wirklichkeit als etwas Dynamisches. ... Schließlich haben sie alle, von Spinoza über Marx bis Freud, an die endgültige Solidarität des Menschen geglaubt. ... Im Innersten waren diese ›nichtjüdischen Juden‹ stets Optimisten, und ihr Optimismus hat eine Höhe erreicht, die heutzutage schwer zu erklimmen ist. Sie haben sich nicht träumen lassen, daß das ›zivilisierte‹ Europa im zwanzigsten Jahrhundert so tief in die Barbarei versinken könnte.«²⁶

26 Ebenda, S. 15.

So haben Juden ihre Verfolgung und Benachteiligung als einen Teil der umfassenderen Unterdrückung verstanden und haben von Anbeginn an in der sozialistischen Bewegung mitgekämpft, auch ihren Teil zum Kampf gegen den deutschen Faschismus an allen Fronten beigetragen. Einer ihrer großen Geister war Paul Levi.

Winkler nennt Levi einen »Quertreiber innerhalb der SPD«, Schüler reklamiert ihn als »linken Sozialdemokraten der zwanziger Jahre«. Wolfgang Ruge meinte: »In der Sozialdemokratie tendierte er zum reformerischen Flügel.«²⁷ Ich möchte bezweifeln, dass Levi linker oder gar rechter Sozialdemokrat geworden ist. Er dürfte eher erfahren haben, dass der Apparat die Politik bestimmte und der starken Opposition kein Einfluss auf diese gewährt wurde. Allerdings war er stark und frei genug, seine nicht-sozialdemokratische Meinung unverblümt zu äußern, wenn auch kaum in den offiziellen Gremien und Publikationen ›seiner‹ Partei.

27 Wolfgang Ruge: Das Schicksal von Paul Levi. Bericht über sein Leben und Wirken, in: Radio DDR II, 15. April 1989.

Er scheint zeitweise aber gehofft zu haben, die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung könne mit und in der SPD wieder überwunden werden. Das erscheint mir unhistorisch; 1914 und 1918 wurde die organisatorische Spaltung notwendig; sie musste der politischen folgen. Der blindwütige Antikommunismus der SPD-Führung, die politischen Handlungen von Gustav Noske, Friedrich Otto Hörsing, Carl Severing, Karl Zörgiebel und anderen haben ihren Teil zur Vertiefung der Spaltung beigetragen. Solange es unterschiedliche Vorstellungen über den Weg zum Sozialismus gibt, sind mehrere proletarische Parteien notwendig. Die notwendige Einheit im täglichen Klassenkampf muss durch die Einheitsfront geschaffen werden, nicht durch eine reformistisch-revolutionäre Einheitspartei.

Bloch hat – so scheint mir – Levis Prinzipien gut zusammengefasst: »Levi hielt stets an drei Prinzipien fest:

a) Nur die Revolution kann die bürgerliche Gesellschaft durch die sozialistische ersetzen. Der Träger dieser Revolution muß das Proletariat sein, auch wenn es sich mit anderen Klassen verbündet.

b) Um ihr Ziel zu erreichen, muß die Arbeiterschaft geeint sein; diese Einheit kann nur auf der Grundlage völliger Klarheit der Konzeption beruhen.

c) Innerhalb der Partei müssen immer freier Meinungs-austausch und innere Demokratie herrschen; auch die Diktatur des Proletariats muß ein gewisses Maß von Freiheit wahren. Auf die Dauer sind Demokratie und Sozialismus untrennbar. Sie ergänzen und vertiefen sich gegenseitig und können nur gemeinsam die Bedürfnisse der Massen befriedigen.«²⁸

28 Charles Bloch: Paul Levi – ein Symbol der Tragödie des Linkssozialismus in der Weimarer Republik, in: Walter Grab und Julius H. Schoeps (Hg.): Juden in der Weimarer Republik, Stuttgart-Bonn 1986, S. 244.

Früher habe ich Ossietzky zitiert, der meinte, sowohl SPD wie KPD würden Paul Levi nach seinem Tode als ihren Gegner bezeichnen; so war es auch. 2004 ist es umgekehrt. In einem Disput reklamieren Heinz Niemann und Jörn Schüttrumpf Levi für die PDS, während der Sozialdemokrat Uli Schöler ihn zum Sozialdemokraten erennt. Vielleicht war er kein großer Theoretiker des Marxismus; aber er hatte sich den Marxismus erarbeitet und verstand ihn meisterhaft in seinen politischen Analysen und in seiner Parteiarbeit anzuwenden.

29 Fred Oelßner verfasste 1951 eine Apologetik des stalinistischen Luxemburgismuskonstrukts, die in den fünfziger Jahren in großen Aufgaben verbreitet wurde: Rosa Luxemburg. Eine kritische biographische Skizze, Berlin 1951.

Bis weit nach 1924, seit Ruth Fischer ihre hässlichen, lumpenproletarischen Worte über Rosa Luxemburg gesprochen hatte, und bis zu Fred Oelßners²⁹ Tod und dem Ende der SED galt Luxemburgismus als eine der größten politischen Sünden der deutschen Arbeiterbewegung. Paul Levi wäre stolz darauf gewesen, als Luxemburgist bezeichnet zu werden. Sein Ausschluss aus der jungen KPD hat ihn politisch nicht umgeworfen; er blieb einer ihrer treuesten Schüler. Für die KPD jedoch war dieser Beschluss ein früher politischer Fehler und ein großer Verlust.

Literatur:

- Arnold, Otrid: Paul Levi: Sozialdemokrat – KPD-Vorsitzender – Sozialdemokrat, Berlin 1996.
 Beradt, Charlotte: Paul Levi – Ein demokratischer Sozialist in der Weimarer Republik, Frankfurt am Main 1969.
 Bergmann, Theodor und Wolfgang Haible: Die Geschwister Thalheimer – Skizzen ihrer Leben und Politik, Mainz 1993.
 Bloch, Charles: Paul Levi – ein Symbol der Tragödie des Linkssozialismus in der Weimarer Republik, in: Walter Grab und Julius H. Schoeps (Hg.), Juden in der Weimarer Republik, Stuttgart-Bonn 1986, S. 244-261.
 Deutscher, Isaac: Die ungelöste Judenfrage, Berlin 1977. (Übersetzung der von Tamara Deutscher herausgegebenen Essay-Sammlung »The non-Jewish Jew and other essays.)
 Levi, Paul: Zwischen Spartakus und Sozialdemokratie. Schriften, Aufsätze, Reden und Briefe, herausgegeben von Charlotte Beradt, Frankfurt am Main-Wien 1969
 Niemann, Heinz: Paul Levi in unserer Zeit, in: Geschichtskorrespondenz, Jg. 10 (2004), Nr. 1, S. 17 f.
 Ruge, Wolfgang: Das Schicksal von Paul Levi. Bericht über sein Leben und Wirken. (Radio DDR II, 15. April 1989.
 Schöler, Uli: Der unbekanntene Paul Levi, in: UTOPIE kreativ, 165/166 (Juli/August 2004), S. 737-751.
 Schüttrumpf, Jörn: Unabgegoldenes. Politikverständnis bei Paul Levi, in: UTOPIE kreativ, H. 150 (April 2003), S. 330-342.
 Thalheimer, August: Rosa Luxemburg oder Lenin? In: Gegen den Strom, Jg. 3 (1930), Nr. 2, S. 21-22.
 Tych, Feliks; Ottokar Luban: Die Spartakusführung zur Politik der Bolschewiki, in: IWK, Jg. 33 (1997), H. 1, S. 92-102.
 Zetkin, Clara: Erinnerungen an Lenin, Berlin 1957.

PAUL LEVI

Opposition, Verantwortung und Regierung

Opposition

Die Sozialdemokratische Partei ist wieder in der Opposition. Es hat keinen Zweck zu verheimlichen, daß diese Tatsache, wie sie von der Mehrheit der Parteigenossen begrüßt, von einem Teil nicht weniger leidenschaftlich bedauert wird. Sie sehen das in Gefahr, was sie die »positive Arbeit« nennen, den Einfluß, der unmittelbar durch die Minister in der Regierung geltend gemacht werden kann. Und wir geben diesen Genossen sogar ohne weiteres recht: Trotz aller Hemmungen, die von unten ausgehen und die manche gute Absicht oben haben erstarren lassen, ist an sich die Möglichkeit, den Staatsapparat direkt zu beeinflussen, nicht gering zu achten. Selbst nicht im kapitalistischen Staat. Das sollte – es sei denn, daß er ganz Rußland verdammen will – auch kein Kommunist bestreiten. Denn eben in Rußland halten ja die Bolschewiki, die bewußt und absichtlich und mit großem Eifer die kapitalistische Basis der Wirtschaft ausbauen, mit allen Mitteln an der Staatsgewalt fest und an der Möglichkeit, so die kapitalistische Wirtschaft und die rechtlichen Formen, die sie gebiert, zu beeinflussen. Sie gehen noch weiter: Sie nennen diese staatliche Beeinflussung kapitalistischer Rechts- und Wirtschaftsformen Diktatur des Proletariats oder vielmehr haben sie bisher so genannt; es scheint uns nicht zufällig zu sein, daß Lenin in seiner Rede auf dem 4. Kommunistischen Weltkongreß¹ kein Sterbenswörtlein mehr davon sagt, sondern nur vom »Staatskapitalismus« spricht. Aber wie dem auch sei: Weder hier in Deutschland noch drüben in Rußland ist diese Möglichkeit staatlicher Beeinflussung das Wesen des Sozialismus. Hier wie dort ist das Wesen des Sozialismus Aufhebung der kapitalistischen Ausbeutung, und die Möglichkeit staatlicher Beeinflussung hebt diese Ausbeutung nicht auf: weder in Deutschland, wo sie trotz staatlicher Beeinflussung weiter besteht, noch in Rußland, wo sie dank staatlicher Beeinflussung wieder auflebt. Dieses Letzte bleibt hier wie dort bestehen; in diesem sozialen Verhältnis ist hier wie dort das Proletariat der schwächere, unterliegende, ausgebeutete Teil und zwingt das Proletariat in Oppositionsstellung zu dem Wesen, das – in Deutschland wie in Rußland – den Zweck der Sicherung der ökonomischen Ausbeutung hat: dem Staate.

Uns scheint aber weiter, daß die Genossen, die immer so ängstlich vom Hochplateau ihrer positiven Arbeit in den Abgrund nichtsnutziger Negation schauen, einem beträchtlichen Irrtum unterlaufen, wenn sie so ohne weiteres Opposition mit dem puren Neinsagen verwechseln. Wir stellen uns Opposition sehr erheblich anders vor als

Paul Levi – 1883-1930.
Siehe den Artikel von
Theodor Bergmann in
diesem Heft, 247 ff.

1 Der 4. Weltkongreß der
Kommunistischen Interna-
tionale fand Ende 1922 in
Moskau statt.

so, wie sie etwa die »Kommunisten« – nämlich das, was sich im Reichstag so heißt – betreiben; diese »schärfste«, »radikale« Opposition, die ihren Gipfel findet im absoluten Nein und die ihre starrste Folgerichtigkeit in dem Grade sieht, in dem sie ihre Reden mit Schimpfworten voll und von Gedanken leer macht, gleich als sei es schon Hochverrat an der proletarischen Sache, mit irgendeinem Gedanken dem bourgeoisen Staat zu nahen. In Wirklichkeit ist Opposition die Form, in der eine anders gerichtete soziale Schicht oder Klasse ihre Willensmeinung über jedes staatliche Problem faßt, indem sie mit der gefundenen Form um die Zustimmung der Mehrheit der Volksgenossen wirbt. So ist Opposition, selbst im bürgerlichen Staat und selbst von bürgerlichen Parteien, keine öde Negation und kein Verzicht auf politische Wirksamkeit. Wir glauben, daß in England kaum je ein Ministerpräsident sich als weniger nützlich und wirksames Instrument der staatlichen Willensbildung vorkam, wenn er von der Regierungs- zur Oppositionsbank übersiedelte. Schon da ist Opposition ein Gleichgeordnetes, politisch Lebensbejahendes. Dazu kommt aber bei jeder sozialistischen Partei noch ein anderes hinzu. Kann eine bürgerliche Opposition ihre Ziele im Rahmen der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung verwirklichen, so kann eine sozialistische das nicht ohne deren Umsturz; hat eine bürgerliche Opposition nur gegenwärtige politische Aufgaben, so hat eine sozialistische künftige, in eine oft weite Ferne hinweisende; hat eine bürgerliche Opposition die Klasse, um die und mit der sie sich müht, als »Fertigfabrikat« bereits vor sich, so muß die sozialistische Opposition um die Klasse, die sie vertritt, erst werben; sie muß die arbeitende Klasse erst zu der Höhe politischer und wirtschaftlicher Einsicht und zu jener klassenmäßigen Geschlossenheit hinanführen, ohne die die Klasse ihre letzten geschichtlichen Aufgaben nicht erfüllen kann. Das aber erreicht die proletarische Partei nur im Kampf; in klarster, einfachster und daher packendster Gegenüberstellung ihrer Interessen gegenüber dem Bestehenden sammelt sie ihre Scharen und eine klarere und einfachere Antithese gibt es nicht als die der Opposition. In ihr und durch sie wird eine Arbeiterpartei und Arbeiterbewegung gesund.

Und ohne auf Details eingehen zu wollen, glauben wir sagen zu dürfen: Diese Kur an der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei ist kein Luxus und kein müßiger Zeitvertreib.

Verantwortung und Regierung

Der Sieg der Sozialdemokratie in dieser Wahl ist unbestritten und unbestreitbar. Selbst wenn man zugibt, daß die parlamentarische Auswirkung der Stimmenzunahme der Sozialdemokratie sich dadurch verstärkt, wohl verdoppelt hat, daß die Bürgerlichen zu Hause geblieben sind – schlechtes Wetter, schlechte Laune, berechtigter Katzenjammer –, so ist doch die Tatsache des Stimmenzuwachses unbestreitbar. Und zwar verteilt sich dieser Stimmenzuwachs auf alle Bezirke; im einen mehr, im anderen weniger, in fast allen aber ist die Stimmenzahl gewachsen.

Wir möchten die Gründe für diesen Stimmenzuwachs nicht in erster Linie im Politischen suchen: weder bei uns, noch bei den Kommunisten. Die Wahlen haben hier lediglich zahlenmäßig das be-

stätigt, was alle Beobachter der Maifeiern feststellten: daß die Aktivität im Proletariat gewachsen ist. Die besseren Arbeitsverhältnisse (Rückgang der Arbeitslosigkeit), die sichtbaren Erfolge des gewerkschaftlichen Lohnkampfes in den vergangenen achtzehn Monaten haben im Proletariat ein Gefühl des Vertrauens in die eigene Kraft wiedererweckt, das ihnen im Jahre 1925 völlig verlorengegangen zu sein schien. Das ist ein geradezu klassischer Beweis dafür, wie in der sozialistischen Bewegung das eine mit dem anderen, die Gewerkschaftsbewegung mit der politischen, diese gerade im revolutionären Sinn gemeint, zusammenfließt. Die gestiegene Aktivität der Arbeiterschaft hat in doppelter Hinsicht gewirkt: Zahlenmäßig in einer Steigerung der abgegebenen Arbeiterstimmen überhaupt; stimmungsmäßig in einem zwar lokal beschränkten, aber beträchtlichen Anschwellen der kommunistischen Stimmen; die Kommunisten gelten ja immer noch für wunder wie radikal.

Damit, daß unsere Fraktion in dieser Stärke in den Reichstag eingezogen ist, lastet ohne Zweifel eine große Verantwortung auf ihr. Es ist ja wohl auch niemand in der Sozialdemokratischen Partei, der meinte, wir könnten unserer politischen Aufgabe im Parlament auf die Fassung genügen, auf die die Kommunisten glauben, sie genügten der ihren. Sie verhalten sich im Parlament passiv, schauen, wie die Dinge kommen und wie sie gehen und reißen dann den Mund gewaltig auf. Wollten wir die Politik auf diese Weise treiben, so würden uns unsere Wähler mit noch viel größerer Sicherheit im Stich lassen, als wenn wir irgendeinen anderen politischen Fehler machten; es kann ja auch kein Zweifel sein, daß die relative Dauerhaftigkeit der Kommunistischen Partei auf der Arbeit beruht, die unsere Fraktion für das Proletariat leistet. Wir sind der Körper und jene der Schatten dazu.

Wenn also gesagt wird, daß uns unsere Zahl Verantwortung auferlege, so stimmt das. Es ist aber ein quid pro quo, eine Verwechslung von Begriffen, die nichts miteinander zu tun haben, wenn man Verantwortung gleichsetzt mit Anteilnahme an der Regierung. Wir waren jetzt seit 1923 nicht mehr in der Regierung; niemand wird behaupten, daß wir um dessentwillen verantwortungslos gehandelt haben. Im Gegenteil. Auch die Opposition trägt ihr Teil Verantwortung in vielen Fällen. Sie hat Verantwortung nach der positiven Seite hin – ansonsten Verdienst genannt – in vielen Fällen, in denen sie durch ihre Mittel dem Gegner Zugeständnisse abzwang, und wir konnten gerade im Wahlkampf auf solche Gewinne auf sozialpolitischem Gebiet hinweisen. Sie, die Opposition, hat auch Verantwortung im negativen Sinn; nie kann eine Opposition sich darauf berufen, das oder jenes habe der Gegner getan, wenn sie nicht zugleich dartun kann, daß sie all ihren möglichen Einfluß zur Verhinderung der unerwünschten Ereignisse eingesetzt habe. Die Geschichte der Deutschnationalen Partei lehrt eine Verantwortung nach dieser Richtung.

Welches aber die Mittel sind, mit denen eine Partei sich mit Verantwortung – im einen oder anderen Sinne – belädt, das auch hat die vergangene Legislaturperiode bewiesen. Wir haben doch im Grunde nur ein einziges politisches Machtmittel im Gegensatz zur Bourgeoisie, die viele hat. Unser einziges Machtmittel ist der Ruf an die ar-

beitenden Massen; wir wachsen in dem Maße, in dem sie zu uns kommen. Unsere Oppositionsstellung hat uns zu einem Erfolg verholfen in dieser Richtung, der kaum gehofft ward: Wir haben zum ersten Male größere Massen Zentrumsarbeiter von dem Blocke losgelöst. Wir haben also ein Doppeltes erreicht: Wir haben das Zentrum unter Druck gehalten und ihm Konzessionen abgerungen, und wir haben seine Arbeiter wirksam umworben. Wir haben also die positivste Arbeit geleistet, die eine Arbeiterpartei in Deutschland überhaupt leisten kann: Fortschritte zu machen – kleine oder große, tut hier nichts zur Sache – und zugleich die Fortschritte zu untermauern, indem wir die Arbeitermassen dann um uns sammeln.

Diese Methode ist nicht nur wirksam nach rechts, sie ist es auch nach links. Die Kommunisten sind stolz auf ihre Erfolge, und man kann das von ihrem Standpunkt aus verstehen. Aber wir haben schon zuviel kommunistische Siege gesehen, um nicht von ihrer Vergänglichkeit überzeugt zu sein. Die kommunistische Frage muß eines Tages einmal gelöst werden, und wir können sie nicht anders lösen als mit der Politik der tätigen Opposition. Und wir brauchen letzten Endes, zum vollen Sieg und zur wirklichen Macht auch diese Arbeiter.

Das also ist für uns alle keine Frage: Verantwortung – brauchen wir nicht zu übernehmen, die haben wir kraft unserer Zahl. Uns aber scheint die wahre Verantwortung, die auf lange Sicht und im Hinblick auf die Entwicklung der Klasse, nicht zu liegen in einer Teilnahme an einem Regiment, das unsere Kraft in der Wurzel trifft. Die wahre und große Verantwortung tragen wir in der Opposition.

Aus: Sozialistische Politik
und Wirtschaft (SPW)
vom 25. Mai 1928.

RICHARD SORG

Neues zur Gewalt im europäischen Entwicklungspfad

»Neben der Spur« ist, versteckt in einem wenig bekannten Verlag, bereits der dritte Band einer Reihe erschienen, die unter dem eher unscheinbaren Titel »Studien zu Subsistenz, Familie, Politik« sozialwissenschaftliche Fragen von großer Tragweite behandelt und diese gegen den Strich des soziologischen Mainstreams bürstet.¹ Der aktuelle Band – ein vierter ist bereits angekündigt über Fragen des gesellschaftlichen Bewusstseins – stellt eine weitere empirisch-theoretische Konkretisierung der bereits in den beiden Vorgängerbänden entwickelten Hauptthesen und analytischen Grundbegriffe dar. Wie die Reihe insgesamt wirft auch dieser Band einen – gegenüber verbreiteten sozialwissenschaftlichen Deutungen von Grundfragen der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft – neuen, kritischen Blick auf an sich Bekanntes. Es ist ein Blick aus einer Distanz gegenüber dem, was insbesondere Europäern als selbstverständlich erscheint. Dazu wird nicht nur die eurozentrische Perspektive verlassen, sondern teilweise auch die anthropozentrische, indem in einem Beitrag Fragen der menschlichen Zivilisationsgeschichte aus der mutmaßlichen Sicht unserer nächsten Verwandten, den Menschenaffen, formuliert werden (»An Ape's View on Human History«). Was heißt, so das Hauptthema, Fortschritt oder Zivilisation – und dies insbesondere im Blick auf die europäische Entwicklung? Wieso konnte es Europa und Neueuropa (z. B. den USA) gelingen, die heutige globale Dominanz zu erreichen? Worin besteht die Spezifik dieses Zivilisationsmodells – des europäischen Entwicklungspfads innerhalb der Weltgeschichte?

Die Einzelbeiträge des Bandes – sie stellen teilweise Aktualisierungen früherer Arbeiten dar – geben jeweils bezogen auf eine Teilfrage Antwortversuche auf die übergeordneten Fragestellungen, die in der Einleitung entfaltet werden, und fokussieren sich dabei auf das Problem des Fortschritts. Im ebenso zentralen Schlusskapitel wird der Versuch gemacht, Perspektiven eines alternativen gesellschaftlich-politischen Handelns zu entwickeln, das auf das Ziel eines anderen Zivilisationsmodells orientiert ist.

Ihre einführenden »Anmerkungen zum Fortschritt in der Geschichte« stellen die fünf HerausgeberInnen der Reihe *Lars Lambrecht, Thomas Mies, Urte Sperling, Karl Hermann Tjaden, Margarete Tjaden-Steinhauer*, seit Jahren bereits zu diesem langfristig angelegten Großprojekt gemeinsam forschend und publizierend, als Motto den Satz von Walter Benjamin voran »Es ist niemals ein Dokument der Kultur, ohne zugleich ein solches der Barbarei zu sein.« Diese Janusköpfigkeit wird herausgearbeitet in Bezug auf den Begriff »Fortschritt«, insbesondere

Richard Sorg – Jg. 1940; Prof. Dr. phil., Studium der Theologie, Soziologie, Politikwissenschaft und Philosophie; Professor für Allgemeine Soziologie am Fachbereich Sozialpädagogik der Fachhochschule Hamburg (heute: Hochschule für angewandte Wissenschaften, HAW); seit 2005 im Ruhestand. Neuere Publikationen: *Von der Wissenschaft des Sozialwesens* (2000) (zusammen mit Hans Pfaffenberger und Albert Scherr); *Soziale Arbeit zwischen Politik und Wissenschaft* (2003); zuletzt in UTOPIE kreativ: *Die Reichen und Mächtigen – Materialien und Vorschläge zu ihrer Erforschung*, Heft 180 (Oktober 2005).

1 Urte Sperling, Margarete Tjaden-Steinhauer (Hrsg.): *Gesellschaft von Tikal bis*

Irgendwo. Europäische Gewaltherrschaft, gesellschaftliche Umbrüche, Ungleichheitsgesellschaften neben der Spur. Studien zu Subsistenz, Familie, Politik, Bd. 3, Kassel, Winfried Junior 2004, 359 S., gebunden, Farbfotos (20 €). Die Besprechung der ersten beiden Bände siehe: Richard Sorg: Neues zur Geschichte der menschlichen Gesellschaft, in: UTOPIE kreativ, Heft 144 (Oktober 2002).

den der (west-)europäischen Kultur und Zivilisation, ausgehend von der frühbürgerlichen Idee der Geschichte als Fortschritt und der kritischen Sicht von Marx und Engels, die bereits auf die Ambivalenzen des bürgerlichen Fortschrittsverständnisses hingewiesen hatten (z. B. Engels im »Anti-Dühring«). Von diesem Bewusstsein der Dialektik der als Fortschritt gefassten Entwicklungen war demgegenüber, so die AutorInnen, »der Fortschrittsglauben in der Arbeiterbewegung des 19. und 20. Jahrhunderts., insbesondere in seinen ritualisierten Formen (...) sehr weit entfernt«. (S. 13) Nicht zuletzt dies habe »dazu beigetragen, daß die emanzipativ kolorierte Fortschrittsidee die Wende zum 21. Jahrhundert so gut wie nicht überlebt hat.«

Ihr vorläufiges Resümee: »Ein Begriff gesellschaftlichen Fortschritts, der die Lehren der jüngeren Gesellschaftsgeschichte beherrzt, unterstellt keinerlei Automatik und keinerlei Substrat eines solchen Fortschritts« (S. 17), sei es die Produktivkraftentwicklung, sei es ein herausgehobenes Subjekt mit einer unterstellten historischen Mission (z. B. die Arbeiterklasse). Zugleich impliziert ein solcher differenzierter Fortschrittsbegriff auch bestimmte normative Vorgaben, so, wenn als Prüfsteine das Maß an erreichter Gleichheit, Selbstbestimmung und erweiterter Reproduktion zugrunde gelegt wird. Gemessen am »Reproduktivitäts-Kriterium« boten die bisherigen Gesellschaften nur »Stückwerk-Fortschritt«, auch die untergegangenen sozialistischen Gesellschaften, die zwar in manchen Bereichen durchaus Errungenschaften gebracht hatten (wie z. B. die, dass ökonomisch unmittelbar relevante Grundbedürfnisse für alle besser als zuvor erfüllt waren), deren Mängel aber etwa darin bestanden, dass die Wirtschaft autoritär gelenkt war und patriarchale Fremdbestimmungen sexistischer und generativer Art und politische Entscheidungen diktatorischer Art die Regel gewesen seien. Unter einem umfassenden gesellschaftlichen Fortschritt verstehen die AutorInnen dagegen »die Beendigung ökonomischer Ausbeutung von Arbeitsvermögen, Ausplünderung von Naturpotentialen und Anhäufung von partikularem Reichtum sowie die Aufhebung patriarchal-familialer und staatlich-politischer Gewaltverhältnisse.« (S. 23)

Diese Überlegungen zum Fortschritt dienen den dann folgenden Einzelbeiträgen als theoretisch-normative Orientierung.

So sieht *Lars Lambrecht* die »Ursprünge europäischer Gewaltherrschaft« bereits in den Gesellschaften der griechischen Antike, die als Fortentwicklungen von zunächst gentilizisch geformten Machtungleichheiten in Südmesopotamien gefasst werden, wobei sich der typische europäische Zivilisationstyp herausgebildet habe, bei dem das Moment Krieg und Gewalt eine sehr wichtige Rolle spielte. »Würden damals gesellschaftsgeschichtliche Weichen gestellt, die uns die aktuelle globale Dominanz unserer Gesellschaftsform, zumindest ihrer Wirtschaftsweise, besser verstehen lassen?« (S. 65) Und er vermutet: »Gewalttätigkeit nach innen und außen« war möglicherweise ein Schlüssel für die gesellschaftsgeschichtliche Klärung der Besonderheiten des europäischen Zivilisationsmodells (S. 88).

Bei den Maya (mit Tikal als dem größten Stadtstaat in deren klassischer Zeit zwischen 250 und 900 u. Z.) handelte es sich dagegen »gewissermaßen um Ungleichheitsgesellschaften neben der (europäischen) Spur« (S. 29), so *Margarete Tjaden-Steinhauer* und *Karl Her-*

mann Tjaden in ihrem Artikel »Maya, Inka und Azteken«, in dem der Entwicklungsgang im tropischen Amerika vor und nach der Eroberung durch die Europäer im Unterschied zum europäischen Modell betrachtet wird. Es waren zwar auch machtgestützte Ungleichheitsgesellschaften, aber wegen der noch vorhandenen Einbindung »in die Gemeinschaftlichkeit einer noch wirksamen Sippenordnung (...) vergleichsweise milde.« (S. 95) Der einschlägigen Geschichtsschreibung aus der Sicht der Sieger wird mit Skepsis begegnet. So gehe etwa die in der Amerikanistik weit verbreitete, aber offenkundig unhaltbare »These von massenhaften rituell-kannibalistischen Menschenopfern in der aztekischen Gesellschaft (die manchmal genauso unkritisch auf Maya-Gesellschaften und zuweilen sogar auf die Inka übertragen wurde) (...) auf Erfindungen der spanischen oder spanisch beeinflusster Chronisten zurück.« (S. 143) Gegen legitimatorische Behauptungen, die Europäer hätten der Region die Zivilisation gebracht, gelte: »Die nach 1492 erfolgenden Eroberungen hatten den Zweck einer christlich ummäntelten Ausplünderung von Land und Leuten, die sowohl der Bereicherung der Konquistadoren und Kolonisatoren als auch einer Anhäufung von Reichtümern in Europa und anderswo diene und die bis heute andauert.« (S. 145) Auf die aktuelle Situation wird exemplarisch unter Bezugnahme auf den südostmexikanischen Staat Chiapas, Rückzugsgebiet für Indigenas und verarmte Mestizen auch aus entfernteren Gebieten des Kontinents, und auf die Befreiungsorganisation der Zapatisten, EZLN, eingegangen.

Der Beitrag »Generative Körpervermögen und gesellschaftliche Gewalt gegen Frauen« von *Urte Sperling* und *Margarete Tjaden-Steinhauer* verfolgt durchgängige Entwicklungszüge in den Beziehungen von Frauen und Männern in der Gesellschaftsgeschichte Westeuropas und zeigt, dass die Bevormundung von (erwachsenen) Frauen durch Männer seit der Institutionalisierung des Patriarchats in altgriechischen Gesellschaften sich bis heute – wenngleich rechtlich abgemildert oder rechtlich schließlich sogar aufgehoben – gehalten hat. Hauptgegenstand der Verfügungsgewalt gegenüber Frauen seien generative Körpervermögen, die bis heute in immer neuer Weise der Fremdbestimmtheit (z. B. Abtreibungsverbot) ausgesetzt sind, und zwar bis zu den aktuellen Entwicklungen in der Reproduktionsmedizin.

Rolf Czeskleba-Dupont geht der in der Fortsetzung der imperialistischen Expansion des modernen Europa erfolgenden historischen Herausbildung der US-amerikanischen Hegemonie nach, beginnend mit der Expansion des Staatsgebiets durch die gewaltsame Kolonisation des Westens des nordamerikanischen Kontinents mit der Folge der fast vollständigen Ausrottung der Indianer bis hin zu den aktuellen Entwicklungen am Beginn des 21. Jahrhunderts.

In »Genvarianten und Umweltgifte« interpretiert der inzwischen verstorbene Arzt *Karl-Rainer Fabig* Befunde aus einer Untersuchung in seiner ärztlichen Praxis auch als Warnung vor der wissenschaftlichen Unsinnigkeit von »Grenzwerten«, »die sich um individuelle Unterschiede der Stoffverträglichkeiten der Lebewesen nicht kümmern.« (S. 259)

In »Das neoliberale Programm und der Abbau des Sozialstaats« verweist *Bernd Reef* auf wesentliche Bedingungen für das Dominanzwer-

den dieser Ideologie: Mit den Krisen- und Umbruchprozessen im Kontext einer durch zügellose Wachstumsfixierung verbundenen »Überentwicklung kapitalistischer Volkswirtschaften« verlor das reformistische Programm eines sozialen »Wohlfahrtsstaats« in den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts zunehmend seine ökonomische Basis. Die neue Sozialpolitik sei »nichts anderes als eine hilflose Kehrtwendung einer staatlichen Politik, die sich auf das Umverteilen von Einkommen konzentriert hat.« (S. 283) Inhaltlich verbinden sich im aktuellen Neoliberalismus – wie am Beispiel der Gesellschaft der BRD gezeigt wird – Konzeptionen einer Reduktion sozialstaatlicher Intervention mit solchen einer Pointierung autoritärer Staatsgewalt in Gestalt einer »neuen Sozialpolitik« der »Kostenminimierung« und »Arbeitsaktivierung« zugunsten privateigentümlicher Verfügungsgewalten.

In dem für die politischen Konsequenzen aus dem Buch zentralen Schlusskapitel nennen die HerausgeberInnen der Reihe solche gesellschaftlichen Praxen emanzipativ, welche über jeweils institutionalisierte Gewaltverhältnisse hinausweisen (S. 287), und überprüfen dies am Beispiel der unterschiedlichen sozialen Bewegungen. Dabei gehen sie sowohl mit dem Fortschrittsbegriff wie mit den Begriffen von Revolution und Reform, wie sie von der Arbeiterbewegung und vom revolutionären Bürgertum vertreten wurden, scharf ins Gericht. Der Schwung ihrer Kritik leitet sie gelegentlich auch zu etwas überzogenen, jedenfalls diskussionsbedürftigen Thesen wie der, dass es die Arbeiterbewegung nicht mehr gebe, von widerständigen Restgruppen abgesehen. (S. 289) Jedenfalls: »Was Marx und Engels selber vielfach andeuteten, nämlich, dass eine wirkliche Überwindung des Kapitalismus und der gesamten bürgerlichen Gesellschaft auch die Überwindung aller Herrschaftseinrichtungen aus einer vieltausendjährigen Geschichte von Klassenverhältnissen, Patriarchat und Staatsgewalt bedeuten müsse, schlug sich in den politischen Konzepten und Praxen der Arbeiterbewegung so gut wie nicht nieder.« (S. 295)

Die gegenwärtigen Debatten um Reform und Revolution seien sehr stark durch das Scheitern des staatssozialistischen Experiments bestimmt. Bezogen auf die Ursachen dieses Scheiterns lautet ihre These: »Abgesehen von exogenen Faktoren, insbesondere von Einwirkungen der kapitalistischen Volkswirtschaften und ihrer Staatenwelt, lag das sicher daran, dass die Mechanismen gesamtwirtschaftlicher Reproduktion unzureichend griffen, die Expansion des gesellschaftlichen Nettoprodukts zu Lasten der Bewahrung von Naturreichtümern und des Schutzes menschlicher Gesundheit als das A und O gesellschaftlicher Praxis galt und das Herrschaftsmonopol der Partei- und Staatsführung die Mitglieder der Gesellschaft entmündigte.« (S. 297 f.) Einen gemeinsamen Nenner für diese Fehlentwicklungen sehen sie in folgendem: »Gerade die Fixierung auf die Entwicklung der Produktivkräfte und einen durch diese verbürgten gesellschaftlichen Fortschritt, wie sie schon bei Marx und Engels angelegt ist, bei diesen aber durch das Wissen um die Zwiespältigkeit der Zivilisation und die Dialektik der gesellschaftlichen Entwicklung noch gebrochen und relativiert war, hat zur konzeptionellen Rechtfertigung jener Seiten des Staatssozialismus gedient, die im krassen Gegensatz zu seinen emanzipatorischen Ansprüchen standen: der bürokratischen Verselbständigung von Partei und Staat gegenüber der Gesellschaft; des Fehlens demokrati-

scher Kontrolle; des Massenterrors; des verbliebenen Konservatismus in der Gestaltung der Beziehungen zwischen Männern und Frauen und in der Erziehung; des hemmungslosen Raubbaus an der Natur. Es ist diese autoritäre Verfassung der Gesellschaft, die es dem siegreichen Kapitalismus so leicht gemacht hat, Errungenschaften zu liquidieren, die in diesen sozialistischen Gesellschaften allen Begrenzungen und inneren Widersprüchen zum Trotz realisiert wurden, wie die Arbeitsplatzsicherheit, die Sicherung der Grundversorgung für alle, die Gemeinschaftseinrichtungen, die Verbesserung der Lage und der rechtlichen Möglichkeiten einer Selbstbestimmung der Frauen, die Unterstützung der Kämpfe gegen Kolonialismus und Neokolonialismus.« (S. 298 f.) Und diese Seiten seien es auch, »die es den Kritikern des sich auf den Ruinen des Staatssozialismus etablierenden neoliberalen Konsenses so schwer machen, die genannten Errungenschaften – wenn schon nicht in der Realität, so doch zumindest in ihren Konzepten – als gesellschaftspolitische Alternativen für die Zukunft zu verteidigen.« (S. 299)

Im prinzipiell gleichen Kontext sehen sie übrigens auch das Scheitern des reformistischen Sozialstaatsmodells sozialdemokratischer Provenienz, das auf vergleichbaren problematischen Prämissen beruht habe.

Wenn es hinfert ernsthaft um Reformen gehen sollte, könne »nicht mehr in erster Linie an eine (andere) Umverteilung von Einkünften aus einer zögerlich wachsenden Wertschöpfung gedacht werden, so wichtig diese auch sein kann. Vielmehr müssen die Begriffe ›Verteilung/Umverteilung‹ mit neuem Inhalt gefüllt und muss eine Redistribution der Investitionen in Angriff genommen werden, die sowohl die verfügbaren wertschöpfenden Arbeitsvermögen und nutzbaren Naturpotentiale nachhaltig nutzen hilft als auch die Wirtschaftstätigkeit nach reproduktiven Kriterien umgestaltet.« (S. 303)

Die Beiträge des Bandes, zusammengehalten durch die Frage nach der Spezifik der Herrschafts- und Ungleichheitsverhältnisse West- und Neuropas, thematisieren eine Fülle grundlegender gesellschaftlicher und gesellschaftswissenschaftlicher Fragen, von denen viele noch unzureichend geklärt sind. Durchgängig sind es die neue Perspektive, der ungewohnte Blick, die den hierzulande gesellschaftlich vorherrschenden Einschätzungen und normativen Orientierungen zumindest ihre Selbstverständlichkeit und ihre Fraglosigkeit nehmen und eine erneute Prüfung insbesondere europäischer Selbstverständlichkeiten nötig machen – darunter solcher, die durch diese Perspektive auch in der Linken auf den Prüfstand geraten. So manche These ist sicher diskussionsbedürftig – in Bezug auf die Rolle der Arbeiterbewegung wurde dies bereits angedeutet. Darüber hinaus rührt die Radikalität der hier artikulierten Position zu unserem Naturverhältnis an die Grundpfeiler des dominierenden Selbstverständnisses, die nichtmenschliche Natur vorwiegend instrumentell zum Nutzen der menschlichen Gattung zu verstehen. Jedenfalls impliziert die Realisierung der in dem Band formulierten Positionen einen tieferen Bruch mit vielen unserer zentralen Axiome, als es die klassische sozialistische Tradition artikuliert, wenn vom revolutionären Bruch mit der kapitalistischen Produktions- und Lebensweise die Rede war. Darum verdienen das Buch und seine Thesen eine grundlegende Diskussion.

VIOLA SCHUBERT-LEHNHARDT

»Frauen als Täterinnen im Nationalsozialismus«

Die Frage nach der Täterschaft von Frauen wird erst seit einigen Jahren ausdrücklich und immer nachhaltiger gestellt. Die historische Frauenforschung hat zwar seit Mitte der 80er Jahre versucht, aus unterschiedlicher Perspektive Antworten zu finden, gleichzeitig wurden diejenigen AutorInnen aber auch als »NestbeschmutzerInnen« beschimpft. Forschungen in diese Richtung wurden als kaum zutreffend abgetan, Frauen wären überwiegend und in erster Linie als Opfer des Nationalsozialismus zu sehen und darzustellen.

Auch wenn es seit Mitte der 90er Jahre dann verstärkt Arbeiten aus anderer Perspektive gegeben hat (verstärkt im Zusammenhang mit der Überarbeitung der Ausstellung des Frauenkonzentrationslagers Ravensbrück) befindet sich das Problem des theoretischen Zugangs zur Täterschaft von Frauen nach wie vor in der Diskussion. Außer Zweifel steht, dass der deutsche NS-Staat Frauen- und Geschlechterpolitik in einem Maße zur Verwirklichung seiner gesellschaftlichen Ziele eingesetzt hat wie kaum ein anderes politisches System. Insofern ist dieses ohne Berücksichtigung des Geschlechterverhältnisses nicht erklärbar. Neben Verstrickungen von Frauen innerhalb einzelner Berufe (z. B. Krankenpflegepersonal, Fürsorgerinnen und Pädagoginnen) muss der Blick noch stärker auf zentrale und professionalisierte Täterinnengruppen (z. B. Führerinnen in den verschiedensten Organisationen der SS) gerichtet werden. Erst so können Frauen dezidiert als NS-Täterinnen wahrgenommen werden – ohne jede geschlechterideologische Verschleierung.

Der Fokus der ersten Veranstaltung¹ lag auf dem Brückenschlag zur Gegenwart – folgerichtig wurde mit einem Beitrag zum Thema »Frauen in der rechtsextremen Szene heute« begonnen. Michaela Kötting (Göttingen) stellte Ergebnisse ihrer inzwischen mehr als 10 Jahre andauernden biografisch-narrativen Interviews vor. Dabei wurde deutlich, dass sich die Mädchen und jungen Frauen in unterschiedlichen Facetten auf den Nationalsozialismus beziehen. Das von ihnen vertretene Wertesystem und die darauf aufbauenden Handlungs- und Orientierungsmuster stehen in enger Beziehung zur Familienbiografie (häufig im Kontext einer schwierigen Elternbeziehung) sowie stützender sozialer Bedingungen. In ihren Darstellungen, dem Habitus und vielen Handlungen wird eine Begeisterung für den Nationalsozialismus und eine Identifikation mit den Großeltern deutlich. Die Großeltern wiederum gehörten meist der »Hitlerjugend« an, der Bezug auf diese Ideen wurde 1945 zwar abgebrochen, jedoch nie verarbeitet. Diese mangelnde Aufarbeitung (weiterführend dann bei

Viola Schubert-Lehnhardt – Jg. 1955, Dr. phil. habil., studierte in Leningrad Philosophie, war von 1987 bis 1992 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Ethik und Geschichte der Medizin der Martin-Luther-Universität Halle. Zuletzt in UTOPIE kreativ: Kein Haushalt ist geschlechtsneutral. Geschlechtergerechte Haushaltsführung als Beitrag zur Demokratisierung der Gesellschaft, H. 173 (März 2005).

1 Veranstaltung am 16. und 17. September 2005 in der Gedenkstätte für die Opfer der NS-»Euthanasie« in Bernburg. Gemeinsame Veranstaltung der Gedenkstätte, Frauen-Orte Sachsen-Anhalt, des Bildungsvereins Elbe-Saale und der Forschungs- und Informationsstelle beim

Thürmer-Rohr auf der zweiten Tagung »Dilemma der Gedächtniskultur« genannt) ist eine Ursache für bestimmte, in Deutschland typische Argumentationsstränge. Eine andere liegt, so Köttig, in der begrifflichen Unklarheit bzw. mangelhaften Abgrenzung solcher Begriffe wie Täterin, Mittäterin, Anstifterin – gepaart mit traditionellen Rollenklischees der Geschlechter. So werden auch im modernen Strafrecht Frauen in der rechten Szene häufig nicht als Täterinnen wahrgenommen und eingestuft – bestenfalls als Mitläuferinnen oder passive Zeuginnen. Ein ähnliches Rollenbild und darauf aufbauende Urteile prägte häufig die Prozesse (so sie denn stattfanden) gegen Frauen als Täterinnen im Nationalsozialismus.

Die folgenden Referate griffen diesen Gedanken auf und gingen detailliert auf die Täterschaft einzelner Frauen bzw. Berufsgruppen ein – so Susanne Hahn (Erfurt) zur Schwesternschaft im NS (auch sie spannte wieder den Bogen zur Gegenwart und fragte, ob die Krankenpflege heute wiederum gefährdet sei), Ute Hoffmann (Bernburg) zu Frauen im Wachpersonal des KZ Lichtenberg und Sabine Schalm (München) zu einer Fürsorgeschwester der Waffen-SS. Constanze Kutscher (Leipzig) blickte zurück auf Diskussionen um Frauen als NS-Täterinnen in der DDR und Constanze Jaiser (Berlin) gab methodisch-didaktische Anregungen zur Umsetzung des Themas in der Bildungsarbeit.

Die zweite Konferenz² legte den Akzent deutlich auf das Ausloten des Verständnisses von Täterschaft bzw. der Handlungs- und Gestaltungsspielräume von Frauen. Die für das einleitende Referat gewonnene Referentin, Christina Thürmer-Rohr (Berlin), war es, die dieses Themenspektrum überhaupt erst in den 80er Jahren in die bundesdeutsche Debatte eingebracht hatte und damals viel Kritik für diesen Ansatz erhielt. Sie gab einen Überblick zum Verlauf der Diskussionen und deren gegenwärtigen Resultaten. Auch wenn dieser Ansatz heute weitestgehend akzeptiert ist, weist sowohl der theoretische wie der empirische Forschungsstand zur Thematik noch große Lücken auf. Diese liegen zum Teil auch in der Auseinandersetzung mit VordenkerInnen des Nationalsozialismus bzw. Entwicklungen in der Weimarer Republik. Christa Schikorra (Berlin) ging in ihrem Beitrag auf zwei Frauen ein (die Juristin Hilde Eisenhardt und die Staatswissenschaftlerin Lilly Zarncke), die sowohl in der Weimarer Zeit als auch im Nationalsozialismus den sozialpolitischen Diskurs über »Asozialität« wesentlich mit bestimmten. Beide Frauen nutzten die jeweiligen politischen Verhältnisse zur Fortschreibung ihrer beruflichen Laufbahn – wie im Beitrag gezeigt wurde, problemlos auch nach 1945.

Gleichfalls noch in der Weimarer Republik begann die Tätigkeit der Genetikerin Paula Hertwig. Auch die Bewertung ihrer Aktivitäten, vorgenommen durch Sybille Gerstengarbe (Halle), ist schwierig. In dem mit »Tätig, aber keine Täterin« überschriebenen Beitrag war zu erfahren, dass Paula Hertwig im »Dritten Reich« am Institut für Vererbungs-forschung (zunächst an der Landwirtschaftlichen Hochschule Berlin, dann angegliedert an das Institut für Vererbungs- und Züchtungsforschung der Friedrich-Wilhelms-Universität) forschte und lehrte. Dort übernahm sie jahrelang die Lehre für an der Front befindliche Lehrkräfte auf dem Gebiet der Rassenlehre – ohne

Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Geschäftsstelle Halle. Gefördert von der Landeszentrale für politische Bildung in Sachsen-Anhalt. Diese Tagung war der 2. Teil einer bereits 2004 am gleichen Ort stattgefundenen Veranstaltung. Der Protokollband von 2004 ist bereits erschienen: Schubert-Lehnhardt V. Frauen als Täterinnen im Nationalsozialismus. Gerbstedt 2005, ISBN 3-00-017407-9

2 Veranstaltung am 30. November 2005 an der Martin-Luther-Universität Halle/Wittenberg als 5. Tag der Frauen- und Geschlechterforschung. Gemeinsame Veranstaltung des Referates Gleichstellung an der MLU und der Forschungs- und Informationsstelle beim Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Geschäftsstelle Halle

dass das vorhandene Material bisher erlaubt, ihre genaue Lehrmeinung auf diesem für den Nationalsozialismus wichtigen Feld nachzuzeichnen. Gleichzeitig ist bekannt, dass sie diesen Teil des Unterrichtsstoffes bewusst aus den Prüfungen ausgeschlossen hat und jüdischen Studentinnen und Studenten noch nach 1933 zur Promotion verholten hat. Hier gab es auf der Tagung eine heftige Diskussion dazu, inwiefern sich jeder Mensch, der in einem totalitären System lebt und nicht bewusst am Widerstand teilnimmt, der Mitäterschaft schuldig macht.

Die folgenden beiden Referate von Silvia Kavčič (Berlin) zur KZ-Ärztin Dr. Herta Oberhäuser und von Lavern Wolfram (Berlin) zur KZ-Aufseherin Margot Pietzner waren demgegenüber in ihren Wertungen eindeutig, warfen jedoch auch die Frage nach möglichen Handlungsspielräumen auf. Dieser Akzent wurde noch mehr in dem Beitrag von Elisabeth Kohlhaas (Leipzig) über Frauen als Beschäftigte der Gestapo herausgestellt. Deren Selbstwahrnehmung widerspiegelt sich typischerweise in dem Satz »Meine Tätigkeit bestand darin, die Frauen der Juden körperlich zu durchsuchen«. Landläufigen Meinung von 1945 bis heute ist, dass das weibliche Personal nur »ganz normale Bürotätigkeiten« verrichtet habe. Dies führte nach 1945 auch zu deren pauschalen Entlastung. Die Autorin wies nach, dass der Einsatz von Frauen weit über Bürokratie (sie bereiteten die Deportationen der Juden vor und die Enteignung ihres Vermögens) hinaus ging. In allen exekutiven Referaten (wie dem Schutzhaft- oder dem Ausländerreferat) hatten sie direkten Kontakt mit den Opfern, wenn sie Verhöre und Vernehmungen protokollierten, wurden Augenzeuginnen von Folter und Misshandlungen. Frauen gehörten auch zum Personal der Einsatzgruppen beim Überfall auf die Sowjetunion und in den anderen besetzten Ländern Europas.

Auch der abschließende Beitrag von Jeanette Toussaint (Potsdam) beschäftigte sich mit Selbstwahrnehmung der Täterinnen und Wertungen späterer Generationen – hier am Beispiel von SS-Aufseherinnen und ihren Töchtern. Die Bereitschaft ehemaliger Täterinnen, sich mit ihrer Rolle im nationalsozialistischen Staat auseinanderzusetzen, ist äußerst gering, drei Frauen mit ihren Töchtern standen der Autorin jedoch für Interviews zur Verfügung. Seit einigen Jahren ist ein Trend der zweiten und dritten Generation zu beobachten, sich mit der Beteiligung von Eltern und Großeltern zu beschäftigen – meist handelt es sich jedoch um Väter bzw. Großväter. Die für die Autorin psychisch sehr belastenden Interviews entstanden im Zusammenhang mit der Dauerausstellung »Im Gefolge der SS: Aufseherinnen im Frauen-Konzentrationslager Ravensbrück«. Sie widerspiegeln eine Selbstwahrnehmung der Frauen als Opfer, obwohl diese sich freiwillig selbst für die Arbeit im KZ gemeldet hatten bei gleichzeitigem Schweigen über die tatsächlichen Opfer.

Zu beiden Tagungen werden Mitte 2006 Protokollbände erscheinen.

ERNST WURL

Das Krisenjahr 1956

Linke Utopien – die Zukunft denken

Das wesentliche Anliegen der Konferenz könnte darin bestehen,

- das Jahr 1956 in seiner Bedeutung für die Geschichte der linkssozialistischen Bewegung und insbesondere für die Perspektiven der DDR zu erörtern;
- Platz und Funktion utopischen Denkens im politischen Handeln der Linken zu diskutieren;
- dessen ideologiegeschichtlichen und politischen Status im untergegangenen Staatssozialismus und in der kommunistischen/sozialistischen Bewegung zu untersuchen;
- neue Utopien und Wege utopischen Denkens vorzustellen und zu erörtern;
- Anstöße zu einem theoretisch vertieften Zukunftsdenken zu vermitteln.

*

Der 50. Jahrestag der Wiederkehr des XX. Parteitages der KPdSU lässt nach seinen historischen Wirkungen in einer Situation fragen, da das Sowjetimperium bereits seit über einem Jahrzehnt zerfallen ist; auf seinen Trümmern und in den europäischen staatssozialistischen Ländern hat sich die Restauration des Kapitalismus in einer globalen und neoliberalen Variante vollzogen bzw. ist in vollem Gange. Von einer kommunistischen Weltbewegung kann keine Rede mehr sein. Die aus den Parteien bolschewistischen Typus hervorgegangenen linkssozialistischen Parteien ringen um die Neubestimmung ihrer politischen Programmatik und der Wege zur Bändigung und letztlich Überwindung einer antihumanistischen Weltordnung.

Mit den genannten Schwerpunkten öffnet sich ein weiterer thematischer Spielraum, in dem als Schwerpunkte produktiver Diskussion angesehen werden können:

- 1956 und seine Folgen als eine der wirkungsreichsten Wegscheidungen in der Geschichte des »Realsozialismus« aus einer kritischen, durch die Erfahrung des Untergangs gereiften und auf neue Forschungen gegründeten Sicht zu untersuchen sowie das Urteil über die begriffliche Weite, die Wurzeln und die historische Rolle des Stalinismus zu vertiefen;
- damit die grundsätzlich sich aufdrängende Frage nach der Substanz und dem Platz linksozialistischer Positionen zum utopischen

Ernst Wurl – Jg. 1933,
Dr. sc. phil., Historiker und
Politikwissenschaftler,
Leipzig.

Konzeption für die
VI. Rosa-Luxemburg-
Konferenz der Rosa-
Luxemburg-Sachsen e.V.
am 24. und 25. März 2006
in Leipzig

Weitere Informationen unter:
[www.rosa-luxemburg-
stiftung-sachsen.de](http://www.rosa-luxemburg-stiftung-sachsen.de)

Denken zu debattieren, generell wie insbesondere in der Marxschen Theorie und ihren späteren Variationen, bis zur politischen und theoretischen Praxis des »Realsozialismus«;

- auch einen neuen Umgang mit den verschiedenen Phänomenen utopischen Denkens zum Vorteil politischer Praxis in der Gegenwart ins Auge zu fassen.

Die Notwendigkeit und der mögliche Nutzen eines solchen Vorgehens ergeben sich aus mehreren Gründen.

Der XX. Parteitag der KPdSU löste mit dem Referat N. S. Chruschtschows zur Überwindung des Personenkults und zur Geschichte der UdSSR und des Sozialismus sowie mit seinen weiteren darauf fußenden Beschlüssen Entwicklungen aus, die perspektivisch weit über die beabsichtigten Lösungen hinausreichten. Er erwies sich zwar als der bis dahin erreichte Höhepunkt und als Ausgangspunkt weiterer Entstalinisierung der UdSSR seit dem Tode Stalins. Jedoch lag in seiner Konsequenz die Beseitigung eines totalitären Systems eigener Art mit Massenrepressalien, Missachtung von Individualität und Menschenwürde. Es stellte sich allerdings schon früh die Frage, ob nicht die Reduzierung der Kritik auf den Personenkult um J. W. Stalin einen Irrweg wies, weil damit ein Bündel von Widersprüchen aufrechterhalten wurde, welche der Idee des Sozialismus schaden und sie verzerren. Es war zu erwarten, dass die Beseitigung der extremen Auswüchse des politischen Systems, ohne es in seiner Substanz umzuwälzen, nicht genügen konnte. Diese blieb weitgehend erhalten: die »führende Rolle der Partei«, ihr Machtmonopol mittels des »demokratischen Zentralismus«, die Bürokratisierung der Machtausübung und die Vergötzung des Staates, die Knebelung der Meinungsfreiheit nach einem kurzen »Tauwetter«, die schonungslose Verfolgung von Dissidenten und Ähnliches mehr, was die Etablierung einer sozialistischen Demokratie verhinderte. Der Grundwiderspruch des Systems zwischen den verkündeten hehren sozialistischen Zielen und Idealen einerseits und der andererseits ihnen widersprechenden Praxis des gesellschaftlichen und persönlichen Lebens sowie eine insgesamt ineffektive zentralverwaltete Ökonomie mussten andauern und letztlich die Existenzgrundlagen der Gesellschaft untergraben.

War das stalinistische Herrschaftssystem objektiv unvermeidbar gewesen und auch noch jenseits der »Übergangsperiode zum Sozialismus« unabdingbar? Konnte ein Weg ohne Stalin und die brutalsten Elemente seiner Herrschaft, aber mit dem von ihm geprägten und kanonisierten Marxismus-Leninismus eine Zukunft haben? Boten sich unter den seinerzeit bestehenden inneren Bedingungen – einem stark verbreiteten Stalinkult und der Macht der Bürokratie – sowie den Verhältnissen des Kalten Krieges überhaupt realistische Varianten eines »dritten Weges«, eines demokratischen Sozialismus an?

Die Abkehr von Stalin rief 1956 zwiespältige Reaktionen in der kommunistischen Bewegung hervor. In einigen kommunistischen Parteien entfalteten sich kritische Diskussionen, welche die auf dem KPdSU-Parteitag gezogenen Grenzen konstruktiv überschritten. Die Verurteilung Stalins stieß ebenfalls auf erbitterten Widerstand oder zumindest eine zögerliche Aufnahme in kommunistischen Parteien. Verteidiger des Stalinismus sehen heute noch im XX. Parteitag be-

harrlich den Auftakt zum Untergang des historisch entstandenen Sozialismus, den sie für den Prototyp selbst halten. Erwies sich die Befürchtung als berechtigt, dass die Abkehr vom Stalinschen Herrschafts-, Politik- und Parteiverständnis angesichts der Bedrohungslage des Kalten Krieges und die öffentliche Verurteilung Stalins den Sozialismus gefährden, die Kommunistische Bewegung spalten und ins Verderben treiben müsse? In der DDR, stärker insgesamt jedoch in Polen und vor allem in Ungarn kam es immerhin zu Arbeitsniederlegungen und Zusammenstößen bzw. in Ungarn zu einem Bürgerkrieg, in den die UdSSR militärisch intervenierte. Wie sind diese Prozesse und Vorgänge heute einzuordnen? Da sich in ihnen das politische Streben nach Demokratisierung mit inneren wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten in den ostmitteleuropäischen Staaten verflocht, wird heutzutage von der nach 1953 zweiten Entstalinisierungskrise gesprochen. Bestand ein Zusammenhang zwischen den inneren Krisenphänomenen im Ostblock und dem – mehr oder weniger zeitgleichen – Überfall Israels, Großbritanniens und Frankreichs auf Ägypten, der zweiten großen, nun internationalen Krise des Jahres 1956? Drohte ein Eingreifen der NATO in Ungarn? Oder lag den USA und ihren Verbündeten – untereinander uneins – mehr an der Aufrechterhaltung des Status quo in Europa?

In diesem Bedingungsgefüge folgte die Führung der SED in der DDR der Linie der KPdSU, jeden Zusammenhang zwischen den Fehlern Stalins und dem bolschewistischen Sozialismusmodell zu bestreiten und als gegnerische Propaganda zu diskreditieren. Der Druck einer anwachsenden Reform- und Demokratiebewegung sowie der Kritik an der Parteiführung und am Führungsstil Walter Ulbrichts in weiten Kreisen der Intelligenz, der Wissenschaft und der Studentenschaft nötigte sie jedoch, das anfängliche Zaudern, das Verschleiern und die Ablenkungsmanöver zu modifizieren: sie sprach selbst von der Bekämpfung des Personenkultes innerhalb der SED – und von offenem Meinungsstreit. Angesichts der anschwellenden innerparteilichen Auseinandersetzungen, Arbeitsniederlegungen, der polnischen »Oktoberrevolution«, des Budapester Aufstands, der sowjetischen Intervention in Ungarn und der Suez-Krise schränkte sie im Herbst kritische Diskussionen ein und unterband sie letzten Endes. Bedrohte – und wenn ja: in welchem Maße – die Gruppe kritischer Intellektueller um Wolfgang Harich und Walter Janka mit ihrem Programm vom November 1956 real den Bestand der DDR als sozialistischer Staat? Zeigte sich tatsächlich keine andere Möglichkeit, denn sie als » Wegbereiter der Konterrevolution« wegen ihres » modernen Revisionismus« zu disqualifizieren und zu kriminalisieren? Wie werten wir heute die These, dass sich zu W. Ulbricht zu jener Zeit keine personelle Alternative an der Spitze der SED anbot? Im Schatten und unter den Forderungen der KPdSU versandten systeminterne Problemlösungen in der DDR bzw. wurden gar nicht erst angegangen. Stand für einen gesellschaftlichen Erneuerungsprozess oder etwa Umbruch kein adäquates Veränderungspotenzial bereit und obsiegte deshalb der Wille zum Erhalt der eigenen Macht in der Politbürokratie? Worin finden sich Übereinstimmungen und Unterschiede zwischen der Krise von 1956 und der von 1989?

Das Jahr 1956 schien einen sozialistischen Frühling anzukündigen, zeitigte aber nur ein kurzes Tauwetter, das alsbald in Frost umschlug. So unvollkommen die Kritik des XX. Parteitag der KPdSU am Stalinismus auch war – der Parteitag selbst verkörperte schon das Ende der Illusionen und Selbsttäuschungen über die Humanität des bis dahin zurückgelegten Weges zum bolschewistischen Sozialismustyp. Die Utopie vom »neuen Menschen« als eines universellen Riesen und von der Homogenisierung der Gesellschaft durch eine totale »Säuberung« hatte sich als grandioser und grausamer Fehlschlag erwiesen. Die Idee des Sozialismus musste erst einmal in die Freiheit zum utopischen Denken entlassen werden, um sich auf die Suche nach einem neuen Anfang begeben zu können. Es hat eine eigentümliche historische Logik, dass ausgerechnet gegen den Philosophen, der Marxismus – äußerlich sogar in seiner Gestalt als Marxismus-Leninismus – und Utopie miteinander zu verbinden suchte, im Gefolge der »Auswertung« des XX. Parteitages eine Diffamierungskampagne schlimmster Art inszeniert wurde: Ernst Bloch. Es brach eine Zeit an, in der die Prämisse galt, dass bewusst über den Sozialismus nicht hinausgedacht werde und damit die Utopie ohnehin überflüssig sei.

*

Das Verhältnis von Marxismus, Sozialismus und Utopie und ihre Verknüpfungen mit der Politik blieben und fanden zum Ende des 20. Jahrhunderts eine unerwartete Aufmerksamkeit, auf rechter wie linker politischer Seite.

Die Gründe dafür liegen zum Einen darin, dass das Scheitern des europäischen Staatssozialismus von den unmittelbaren »Siegern der Geschichte« auch als grundsätzlicher Fehlversuch, die sozialistischen Ideale zu verwirklichen, und damit als das »Ende der Utopien« gedeutet wird; die Utopie wird von konservativen und anderen rechten Kräften schlechthin als totalitarismuslastig und menschenfeindlich diffamiert. Es möge Utopismus zwar weiterhin geben, aber nur marginal und als zu vernachlässigende Größe. Eine sozialistische Alternative, wie auch immer sie dereinst inhaltlich strukturiert sein könnte, wird a priori ausgeschlossen, die Linke in das Licht historischer Perspektivlosigkeit gerückt sowie ihr Nachsinnen über Zukunft als aussichtslose Schwärmerei verunglimpft.

Zum Anderen mangelt es der politischen Linken teilweise an Selbstgewissheit über den Umgang mit Utopien. Die pauschale, radikale Kritik von Karl Marx, Friedrich Engels, W. I. Lenin und anderen namhaften Theoretikern bzw. Politikern des Sozialismus an der Utopie reichte bis zur erklärten Feindschaft gegen sie (Lenin) und setzte ihr den »wissenschaftlichen Sozialismus« entgegen; er allein vermöge den Werktätigen den Weg zum Sozialismus zu weisen. Unausgesprochen wurde jedoch objektiv mit der Deklaration einer sozialistischen und letztlich zu erreichenden kommunistischen Gesellschaft ein utopisches Fernziel ausgewiesen. So wäre zu überdenken, in welchem Maße der seit dem XX. Parteitag der KPdSU zunehmende Verlust an Utopismus in der kommunistischen Weltbewegung und den staatssozialistischen Ländern mit dem Rückzug auf den »Realsozialismus« die anwachsende Lebensunfähigkeit stalinistisch geprägter Sozialismusmodelle reaktiv beeinflusste. War er

nicht nur ein Symptom, sondern selbst ein Faktor ihres Unterganges? Bedeutete dieser auch eine Niederlage des »wissenschaftlichen Sozialismus«? Oder wirken ungeachtet obsolet gewordener theoretischer Fundamente – wie des Geschichtsdeterminismus – Bestandteile nicht nur verborgen als Antipoden moderner sozialistischer Utopien nach und dienen weiterhin als Argumente? Wirkt sich dies auf den Platz utopischen Denkens im politischen Instrumentarium der Linken in dieser oder jenen Weise aus?

Tatsächlich hat sich jedoch ein fundamentaler Wechsel in der Einstellung zur Utopie in der politischen Diskussion linkssozialistischer Parteien um die eigene Programmatik seit Beginn der 90er Jahre vollzogen; nicht wenige wenden sich ihr bewusst zu, indem sie die dem Marxschen Denken eigenen utopischen Elemente mit der Orientierung auf Sozialismus zur Sprache bringen. Die Erfahrung, dass der Versuch gescheitert ist, mittels der Diktatur des Proletariats und nach einem angeblich von der Geschichte vorgezeichneten Prozess zum Ziele zu gelangen, wirft die Frage nach Weg und Ziel auch für den utopischen Träumer völlig neu und erheblich komplizierter als zuvor auf.

Insbesondere werden, auf Ernst Blochs »Prinzip Hoffnung« zurückgreifend, die von diesem so genannten »konkreten Utopien« – bei freier Verwendung des Begriffes – bereits seit Ende der 60er Jahre in vielerlei Gestalt formuliert und hier und da probiert. Dies lässt fragen, ob mit dem theoretischen Zugriff auf das »Noch-Nicht« und das »real Mögliche« ein neuer Utopiebegriff, ausgerichtet am Gleichklang mit »Latenz und Tendenz« im Geschichtsprozess, regulativ definiert werden soll. Damit würde weiterhin von einem erkannten »Fahrplan« der Geschichte ausgegangen, Subjektivismus wie Voluntarismus könnten – denkt man die Bestimmung des »real Möglichen« – ins Spiel geraten. Und: Ob nicht die damit vorgenommene Rückbindung des Utopiebegriffs an das heute schon Machbare, dem immanent die Vereinzelung auf Projekte anstelle der Projektion gesamtgesellschaftlicher Veränderung innewohnt, die gesellschaftliche Praxis verengen und eine neue Zwanghaftigkeit in den Begriff der Utopie bringen könnte? Vermöchte das ihren gesellschaftskritischen, aufrührerischen Modus zu bremsen? Müsste die Utopie als kritisch-rationaler wie phantastischer Reflex auf die Gegenwart, der das heute in der Realität Vorstellbare überschreitet und vorab nur im Denken existieren kann, alsdann zurücktreten?

Es scheint daher angebracht, sich über den Begriff der Utopie unter den Linken auszutauschen, ohne dass daraus verpflichtende Definitionen und Gebrauchsvorschriften hervorgehen sollten. Ob man einem hypertrophen Begriff à la Ernst Bloch (der in der Linie Gustav Landauer – Karl Mannheim steht) – folgt, in dem der Tagtraum und das Märchen mit dem Gesellschaftsmodell auf eine Ebene gestellt werden, oder ob man sich vorrangig an Gesellschaftsmodellen von Sozialutopien orientiert – wie auch immer: Zur Utopie gehört die Vielgestaltigkeit.

Die reichhaltigen Ergebnisse der Utopieforschung, vielfach im politischen Diskurs vernachlässigt, könnten nicht nur in dieser Hinsicht auf der Konferenz behilflich sein, indem gewonnene Erkenntnisse überhaupt angeeignet werden; sie wären geeignet, zu einem diffe-

renzierteren Bild der klassischen Utopien und des utopischen Denkens beizutragen, der ahistorischen und wissenschaftsmethodisch unseriösen Verteufelung des Utopismus entgegenzuwirken und den Blick auf die Fülle demokratischer Utopien »von unten« – neben den etatistischen und »Ordnungsutopien« – zu lenken. Die Dominanz letzterer ist durch libertäre Entwürfe, die von der Freiheit des Individuums ausgingen, früh gebrochen worden, ebenso haben Dystopien als Warnungen vor rationalistisch überzogenen Entwürfen geschlossener Gesellschaften eine korrigierende Rolle im utopischen Denken wahrgenommen.

Die zum Ende des 20. Jahrhunderts voll in Fahrt gekommene Globalisierung, beruhend auf einer rasanten technologischen und informationellen Revolution, verschärft das Utopieproblem der Linken. In einem theoretischen und politischen Selbstfindungsprozess begriffen, verfügt auch sie bisher nicht über die sozialen und politischen gesellschaftlichen Lösungen für die Folgen dieser objektiven Prozesse. In einer Welt des Umbruchs, noch im Anfangsstadium, in dem bereits die gewohnten Verhältnisse zur Disposition gestellt werden, traditionelle Strukturen und selbstverständliche, gewachsene politisch-soziale wie individuelle Lebensregeln zerbrechen, muss auch Politik in ihrer Beziehung zur Utopie neu definiert werden. »Nur in einer Welt, in der die Herrschaft des Rechts und die Fragen der sozialen Gerechtigkeit neu aufgerollt und beantwortet werden, in der mehr Transparenz, Zurechenbarkeit und Demokratie im globalen Gegeneinander und Miteinander und dabei insbesondere die Belange der Ärmsten und Ausgeschlossenen ins Zentrum gerückt werden, besteht eine Chance des Überlebens.«

Der Bedarf an Utopien, Visionen, Leitbildern und generell an Zukunftsentwürfen ist daher größer denn je, »Entwicklungs- und Zukunftsdenken« dringend geboten. Sozialistisches Denken kann aus sich heraus auf Utopien nicht verzichten, steht jedoch unter den qualitativ sich wandelnden gesellschaftlichen Bedingungen vor dem Problem, Zukunftsdenken in die eigene Politik so einzuordnen, dass es der Fernorientierung dient, zugleich aktuell verfügbar und operabel ist, sich jedoch mit der Einsicht bescheidet, dass in der Politik die Realitäten des Tages und der Stunde das Primat besitzen. Das Verhältnis von Utopie und Politik, nicht die Entgegensetzung von Utopie und Wissenschaft stellt somit das brisante Problem dar. Die Antwort könnte sich an der Frage entscheiden: Bestimmen die rationale, wissenschaftlich getragene Analyse der sich schneller denn je bewegenden Gegenwart und die interessen geleiteten Schlussfolgerungen daraus den Einsatz und Wirkungsgrad utopischen Denkens, oder wird letzteres für sich genommen über die Tagespolitik gelegt und diese unvermittelt zu einer Sache »letzter Ziele« gemacht? Kann das Utopische strategisch oder taktisch unmittelbar auf das politische Handeln ausgerichtet werden?

Visionen, Entwürfe und Konzepte heute nicht realisierter und/oder möglicher, vielleicht aber auf Grund unserer Erfahrungen denkbarer anderer Gesellschaftsmodelle vermögen das programmatische und strategische Denken der Politiker gewiss zu stimulieren und ebenfalls der Gesellschaftstheorie Ideen offerieren. Als ein unabdingbares Merkmal solcher gesamtgesellschaftlicher Visionen wäre ein

radikal-demokratisches politisches Systemverständnis vorstellbar, das libertäre Demokratie mit dem »anarchistischen Diskurs« einer herrschaftsfreien Perspektive in der Utopiegeschichte zu verbinden sucht. Ähnlich diskutabel erscheinen Normen politischer Ordnung wie dezentralistisch, antwortoffen, basisdemokratisch, ahierarchisch, technologisch sanft, ökologisch bewusst, frauenfreundlich und pazifistisch.

Gesellschaftsmodelle und Vorstellungen über die politische Ordnung nach solchen Kriterien wären offen und dynamisch; ihr Muster müsste nichts mehr mit den geschlossenen statischen klassischen Staatsutopien oder Gesellschaftsvisionen gemein haben. Von hier aus kann über Hypothesen, die innerhalb der politischen und der Gesellschaftstheorie aufgestellt werden, weiter gedacht und so eine Wechselwirkung mit Theorie und politischem Denken hergestellt werden. Auf der Ebene der Lebenspraxis kann utopisches Denken Laboratorien und Werkstätten alternativen Lebens, Arbeitens und der Kultur initiieren, die über individuelle Bedürfnisse hinaus der Politik Erfahrungswerte über das gesellschaftlich noch nicht Mögliche, aber doch Anreicherndes zur Verfügung stellen. Feministische und ökologische Utopien bieten sich an.

Solche zur Diskussion sich aufdrängenden Aspekte des Utopismus können im Hintergrund strategischer und programmatischer politischer Entscheidungen stehen, nicht aber deren Aussagensysteme diktieren; sie liefern Folien, vor denen Entscheidungen über das heute Machbare gefällt werden könnten. Ohne Werte, Visionen und Prinzipien findet Politik weder ihre Selbstlegitimation noch ihre Konsistenz, weder innere Bindungskraft noch äußere Resonanz. Detailentwürfe politischer Parteien und Bewegungen für eine denkbare Gesellschaft der Zukunft hingegen stünden unverzüglich im Lichte von Programmatik. Doch konkrete Fernziele »letzter Ordnung« mit ihrem inhärenten Drang zur Verwirklichung wären unleugbar Fesseln des eigenen politischen Handelns, sie könnten zu Eschatologie und Orthodoxie verleiten. So steht stets die Frage: Wie haben bzw. würden sich utopische Intentionen mit Prognosen, politischer Planung und gesellschaftswirksamen Aktivitäten verbinden lassen? Ebenso gilt: Im Zentrum der Politik steht das zweckgerichtete Handeln – ein blanker Pragmatismus allerdings würde zur Handwerkerlei ohne Perspektiven entarten.

WOLFGANG SABATH

Festplatte. Die Wochen im Rückstau

Wolfgang Sabath – Jg. 1937,
Journalist und Autor, Berlin.

An ihren Leserbriefen sollt ihr sie erkennen! Und zwar jene zahlreichen PDS-Mitglieder, die im *Neuen Deutschland* Mitte Februar über etliche Tage hinweg mit einem kleinen Aufstand ihrer Empörung freien Lauf ließen, weil drei Europa-Abgeordnete ihrer Partei einer Resolution zugestimmt hatten, in der der Europarat die kubanische Regierung zur Einhaltung der Menschenrechte aufgefordert. Verrat! schrien sie – und tappten unbesonnen natürlich prompt in die Falle, die die Kuba-Feinde aufgestellt hatten. Sie kriegen es einfach nicht auf die Reihe, daß man mit Kuba solidarisch sein kann (und muß!, muß!) und dennoch die Einhaltung der Menschenrechte einfordert. Und nur, weil also auch die Amerikaner ... Der Gedankengang, daß die Verantwortlichen in Kuba ihren Feinden womöglich viel Wind aus den Segeln nähmen, wenn sie Menschenrechte respektierten, ist bei vielen der Kuba-Freunde aus den Reihen der *Linkspartei.PDS* offenbar nicht gelitten. Er stört ihr Weltbild. Interessanterweise ist das oft die gleiche Klientel, die sich und anderen zum Beispiel einredet, auch China und Vietnam seien sozialistische Länder (bei Nordkorea halten sie sich zurück ...) oder solche Parteien wie die Sjuganow-Kommunisten in Rußland bestünden aus demokratisch verfaßten Sozialisten. Und wie reagiert die Zeitung *Neues Deutschland* auf die Briefflut, die aus ihren Seiten über die unbotmäßigen Abgeordneten schwappt? Sie druckt und lanciert und balanciert. Auf ein Machtwort des Parteivorsitzenden wird sie vermutlich vergebens warten. Nicht nur, weil das nicht dessen Art ist, sondern vor allem natürlich, weil jedes dadurch eventuell verprellte Parteimitglied eines zuviel wäre. Da geht es der Partei kaum anders als der Zeitung, die ihr »nahesteht«: Auch die muß an die Leser denken (besonders

problematisch immer jene, die in ihre Leserbriefe die Floskeln »unser ND« beziehungsweise »mein ND« einbauen ...). Augenblicklich ist nicht abzusehen (und wenn Sie diese Zeilen hier lesen, ist dieser Streit vielleicht gar kein Thema mehr), ob die Angelegenheit noch eskaliert oder durch andere Aufgeregtheiten ersetzt wurde. Demzufolge wissen wir momentan auch noch nicht, ob sich die Chefredaktion in dem Streit zu einem ihrer stets bewährten Sowohl-als-auch-Eiertanz-Artikel genötigt sehen wird.

Das Fernsehen war im Berichtszeitraum über weite Strecken hinweg den Olympischen Winterspielen in Turin ausgeliefert. So weit, so gut, so schlecht – je nach Gusto. Wer sich nicht für den Wintersport interessierte, konnte immerhin an der sehens- und hörens-werten Selbstdemontage des Harald Schmidt teilnehmen. Selten sah man einen bekannten und gewieften TV-Talker so falsch besetzt. Man hatte ihn mit Sportreporter Waldemar Hartmann zusammengespannt und versprach sich offenbar eine besondere Spannung und einen besonderen Pfiff von der riesengroßen Verschiedenheit der beiden. Es war ein Schuß in den Ofen!

Zugegeben, die Wirkung mancher Sendeformate läßt sich nicht an grünen Leitertischen vorhersagen, oder manches braucht auch Zeit, um zu reifen. Von diesem Gedanken ließen sich offenbar auch jene *RBB*-Fernsehverantwortlichen leiten, die Jörg Thadeus eine neue Talkshow mit Krachertitel *Jörg Thadeus* machen lassen. Bislang war der Westfale (dem, der Vorpropaganda für seine Sendung nach zu urteilen, in Berlin-Brandenburg eine stattliche Seilschaft zur Verfügung stehen muß ...) im TV nur einmal aufgefallen: Als ihm in jener Talkshow, die er einst mit Ulla Kock am Brink vollzog, Scholl-Latour den (dabei rot und röter werdenden) Kopf wusch, weil er von Thadeus flapsig angegangen worden war, was der wahrscheinlich für cool gehalten hatte (»Wissen Sie eigentlich, mit wem Sie es hier zu tun haben!«). Bislang haben sich die Sendungen *Jörg Thadeus* vor allem durch gediegene Langeweile ausgezeichnet. Seine Freunde werden das wahrscheinlich für Understatement halten. Doch, oh Wunder: Der Mann ist ein Kolumnen-Verfasser von Gnaden. Wir wissen das, seit ihm die Berliner Zeitung seit einigen Wochen an jedem Sonnabend eine Spalte freihält. Ein Gewinn.

Dick Cheney, amerikanischer Vizepräsident, bediente bislang noch alle Urteile und Vorurteile, in denen er als Bushs Scharfmacher ausgemacht wird. In der Montagszeitung hieß es nun letztens über ihn: »... hat während eines Jagdausflugs in Texas versehentlich einen Kameraden angeschossen. Opfer war der 78 Jahre alte Harry Whittington, der von mehreren Schrotkugeln in die rechte Wange, den Hals und den Brustkorb getroffen wurde. Er wurde auf der Intensivstation eines Krankenhauses in Corpus Christi beobachtet. Das Krankenhaus bezeichnete seinen Zustand am Montag als stabil.«

Nein, Dick Cheney hatte Old Harry natürlich nicht mit einer Ente verwechselt, sondern der war ihm versehentlich in die Schußbahn geraten. Ein ziemlich alltäglicher Vorfall also, bar jeglicher politischen Dimension und also demzufolge kaum kommentierbar oder gar mit Schadenfreude zu bedenken. Irgendwie müßte ich aber nun zur Vogelgrippe kommen und weiß nicht, wie. Egal: Komme ich nicht zu ihr, kommt sie zu mir. Da kann Cheney noch so viel Enten abballern.

Siegfried Prokop,
Siegfried Schwarz (Hrsg.):
Zeitgeschichtsforschung in der
DDR. Walter Bartel (1904-1992).
Ein bedrohtes Leben. Beiträge zum
100. Geburtstag von Walter Bartel,
Rosa-Luxemburg-Stiftung
Brandenburg e. V. Potsdam 2005,
227 S. (11 €)

Wer waren die Wissenschaftler, die Historiker, die ihre Zunft in der DDR aufbauten und einen radikalen Schnitt mit der bürgerlichen, oft genug auch faschistischen Vergangenheit vollzogen? Waren es nur die heute gerne gescholtenen »Parteiarbeiter an der historischen Front«, die gewissen- und charakterlos das Hohelied auf die Partei sangen? Oder ist die Wirklichkeit auch in diesem Bereich wie stets das Leben weitaus reicher und widersprüchlicher? Diesen Fragen ging exemplarisch eine Konferenz der Hellen Panke e. V. und der Brandenburger Rosa-Luxemburg-Stiftung im Sommer 2005 nach, die dem 100. Geburtstag Walter Bartels (1904-1992) gewidmet war. Bartel war in den 1950/60er Jahren eine der Schlüsselpersonen der entstehenden Zeitgeschichtsforschung in der DDR, der stolz ausrief: »Ich bin Zeitgeschichtler, wer ist in der Geschichtsforschung mehr?« Auf den ersten Blick scheint die dem Buch zugrundeliegende Veranstaltung nur eine Fortsetzung jener Ehrenkolloquia, die dem runden Geburtstag des Geehrten schon früher gewidmet waren. Erst bei genauerem Hinsehen, wie es die Mitautoren des Buches getan haben, entfaltet sich das Leben eines deutschen Kommunisten und linken Wissenschaftlers in seiner ganzen Widersprüchlichkeit und Dramatik, eingebettet in die Konflikte des 20. Jahrhunderts mit den Drangsalen eines politischen und wissenschaftlichen Lebens auf dem Weg zu und in der Gesellschaft, die endlich der eigenen Idee des Sozialismus Realität verleihen sollte.

Vor allem Siegfried Prokop und Kurt Matschies entwickeln in biografischen Skizzen und Betrachtungen eine Übersicht über das harte, auch abenteuerliche, wohl auch erfüllte Leben Bartels. Das Arbeiterkind findet 1920 zur Politik, wird drei Jahre später Mitglied der KPD.

Dank seines Engagements und seiner Aufgeklärtheit macht er schnell Karriere, richtiger: Er übernimmt immer neue Funktionen im Parteiapparat der KPD. 1929 wird er nach Moskau zum Studium an die Internationale Leninschule delegiert, er gehört zu den ersten deutschen kommunistischen Arbeiterintellektuellen. Die vorgesehene Geschichts-Aspirantur muß für zweieinhalb Jahrzehnte vertagt werden, da ihn die Partei 1932 angesichts der verschärften politischen Auseinandersetzungen nach Deutschland zurückruft. Er organisiert 1933 den kommunistischen Widerstand gegen die Nazis mit, wird bald verhaftet, gefoltert, schließlich wegen Vorbereitung zum Hochverrat abgeurteilt. Nach seiner Entlassung kann er in die ČSR fliehen, wird hier aber von Parteiüberprüfungen zu seinem Verhalten in der Gestapohaft eingeholt, verliert das Parteibuch. Ohne den Schutz der Partei fällt er nach dem Einmarsch der Deutschen erneut in die Hände der Nazis, wird inhaftiert, kommt ins KZ, arbeitet in der illegalen Lagerleitung im KZ Buchenwald, ist an der Selbstbefreiung 1945 beteiligt und gehört zu den Aktivisten der ersten Stunde. Seine Parteihure wird nach langwierigen Überprüfungen wiederhergestellt. Anfang der 1950er Jahre findet er sich an der Seite des Präsidenten der DDR, Wilhelm Pieck, wieder, verliert diese Aufgabe aber 1953. Er war in die Mühlen des damaligen Mißtrauens und der erneuten Überprüfung seines Verhaltens während der Nazizeit, aber auch möglicher Verbindungen zu Noel Field geraten.

Eine neue Aufgabe wird ihm in der Wissenschaft zugewiesen, die er mit Bravour und Klasseninstinkt zu bewältigen sucht. 1953 wird er mit der Wahrnehmung einer Geschichtsprofessur an der Leipziger Universität beauftragt, vier Jahre später kann er endlich mit einer Arbeit zur linken Sozialdemokratie promovieren. An der Universität etabliert er eine moderne Zeitgeschichtsforschung, ist einer der Initiatoren der Arbeit auf diesem Gebiet in der DDR, wird Direktor des Deutschen Instituts für Zeitgeschichte (DIZ) und verliert nach inhaltlichen Querelen diesen Posten 1962. Die weiteren Jahre sehen ihn an der Humboldt-Universität und in der Aufarbeitung des antifaschistischen Widerstandskampfes. Fachkollegen wie sein Nachfolger am DIZ, Stefan Doernberg, und Schüler wie Mitstreiter in Pro-

jekten (Gerhard Engel, Wilfriede Otto, Detlef Nakath, Siegfried Schwarz, Günter Wirth, Manfred Bogisch u. a.) steuern teilweise sehr persönlich gehaltene Erinnerungen bei. Ergänzt wird der Band durch einen Auszug aus Bartels »Lehren aus der Geschichte Berlins« von 1961, eines Buchmanuskripts, das zu jenen inhaltlichen Konflikten führte, die seine Entlassung am DIZ verursachten. Eine Einschätzung des damaligen 1. Bezirkssekretärs der SED Berlin, Paul Verner, läßt erahnen, wie sich eigentlich überschaubare inhaltliche Differenzen politisch problematisch auswirken konnten. Offenbar gab es in mindestens zwei Fragen Dissens zu Ulbrichts Geschichts- und Politikverständnis, worauf Prokop hinweist. Bartel wertete den Kampf der KPD in Deutschland 1933-45 höher als sein Parteichef, der fast ausschließlich die Anleitung durch die Exilführung hervorhob. Und Bartel relativierte die Rolle der Gruppe Ulbricht im Jahr 1945, die er in den Kontext zu den anderen beiden Initiativgruppen von Sobottka und Ackermann stellte. Das reichte damals aus, um einem der daheim gebliebenen und inhaftierten linientreuen Kommunisten in gewissem Sinne die Bewertung von Geschichte zu untersagen. Das Berlin-Buch blieb ungedruckt. Über solche inhaltlichen Fragen hätte der Leser gerne mehr erfahren – wie auch andere Knotenpunkte des wechselvollen Lebens Bartels noch einer genaueren Untersuchung harren.

STEFAN BOLLINGER

Simone Barck, Siegfried Lokatis
(Hrsg.): **Fenster zur Welt.**
Eine Geschichte des DDR-Verlages
Volk & Welt, Ch. Links Verlag
Berlin 2003, 440 S. (24,90 €)

»Bückware«, dieser Begriff muß einer nachwachsenden Generation erklärt werden, bezeichnete in der DDR alle Dinge, die knapp und somit nur unter dem Ladentisch zu haben waren. Internationale Literatur, zumal solche des Verlags Volk & Welt, gehörte dazu. Wer an Bücher wichtiger ausländischer Autoren herankam und solche Bücher als Geschenk mitbrachte, konnte bei Ärzten, Schallplattenhänd-

lern, manchmal auch bei kunstsinnigen Handwerksmeistern auf Entgegenkommen hoffen. In der DDR war ein begehrtes Buch niemals nur Lesestoff. Es war Tausch-, oft sogar Kultobjekt. Über gute Bücher wurde am Arbeitsplatz, im Zug oder in der Kneipe debattiert, wie es heute nur schwer vorstellbar ist. Denn diese literarische Diskussion war immer auch ein Ersatz für eine nur im Ansatz existierende politische Öffentlichkeit.

Es versteht sich, daß unter den Bedingungen knapper Papierressourcen und fehlender harter Währung das Buch kein Marktobjekt im westlichen Sinne war. Die Verkaufsabteilungen der DDR-Verlagshäuser waren viel kleiner als die westlicher Verlage. Dafür stand eine, verglichen mit heutigen Zuständen, weit größere Zahl an Lektoren bereit. Die Bücher erfuhren eine viel sorgfältigere Bearbeitung, als es heute üblich ist. Doch waren natürlich auch viele wachsame Augen nötig, um das Buch eines ausländischen Autors auf politische Konterbande hin zu überprüfen und um mögliche Konflikte mit der Hauptverwaltung Verlage und Buchhandel des Kulturministeriums (HV) auszuschließen. Die HV verlangte, bevor sie einen Buchtext zum Druck freigab, zwei Gutachten, eins aus dem Verlag, ein weiteres von einem externen Gutachter, zumeist einem Fachwissenschaftler. Ohne die Genehmigung der HV durfte kein Buch erscheinen.

Dieser komplizierte Mechanismus des Aufspürens, Übersetzens, Herstellens und Vertriebs ausländischer Belletristik wird in der vorliegenden Publikation gründlich analysiert. Ihr Gegenstand ist der 1947 bis 2001 bestehende Verlag Volk & Welt, der wichtigste, nicht einzige DDR-Verlag für übersetzte fremdsprachige Literatur. Die Belletristik überwog im Verlagsprogramm bei weitem, doch wurde sie durch Reisereportagen über zumeist dem DDR-Bürger unerschließbare Städte und Landschaften ergänzt. Es brauchte nicht weniger als 57 Beiträgerinnen und Beiträger, um in dem – auch graphisch hervorragend gestalteten – Sammelband die Vielgestaltigkeit der Verlagsgeschichte sichtbar zu machen. Die Herausgeber bewogen ehemalige Lektoren, Übersetzer, Graphiker und Wirtschaftssachverständige des Verlags, aber auch Schriftsteller, Literaturwissenschaftler und einen gelerten Mathematiker zur Mitarbeit. Der älteste

Beiträger ist vom Jahrgang 1915, die jüngste Autorin wurde 1971 geboren.

Die Eckdaten des Verlags, vom Mitherausgeber Siegfried Lokatis zu Beginn des Buches angeführt, sind schnell benannt: Von Michael Tschesno-Hell 1947 in Ostberlin gegründet und von ihm bis 1950 geleitet, wurde der Verlag unter seinen Nachfolgern Bruno Peterson (1950-1954), Walter Czollek (1954-1972) und Jürgen Gruner (ab 1970 bzw. 1972) der profilbestimmende DDR-Verlag für moderne ausländische Literatur, wozu seit den 1970er Jahren auch die Literatur der Bundesrepublik zählte. In fünf, später sechs regional gegliederten Fachlektoratzen wurden von durchschnittlich 150 Mitarbeitern, davon meist 25 Lektoren, insgesamt etwa 5 000 Titel publiziert. Die Verlagsstatistik von 1987 nennt 1 500 Autoren aus 76 Ländern, deren Bücher in 82 Millionen Exemplaren die Leser erreichten. Mit den meisten Titeln waren in diesem Katalog Stanislaw Lem (23), Ilja Ehrenburg (21), Jorge Amado und Kurt Tucholsky (je 18) vertreten. Letzterer konnte einmal nur publiziert werden, nachdem seine Witwe der stillschweigenden Entfernung eines Trotzki-Zitats aus dem Text zugestimmt hatte.

Es ist natürlich unmöglich, in einer Rezension die einzelnen Beiträge auch nur annähernd vollständig vorzustellen. Ohne andere Essays damit abzuwerten, sei hier auf wenige Texte hingewiesen. Ursprünglich war der Verlag, ebenso wie sein Pendant »Kultur und Fortschritt« (mit ihm 1964 vereinigt), der Pflege antifaschistischer Gegenwartsliteratur verpflichtet. Doch schon »KuFo« suchte mit der Herausgabe von Isaak Babels »Reiterarmee« ein Opfer Stalins in der DDR bekannt zu machen, wie Simone Barck nachweist. (S. 41) Überhaupt wurde Volk & Welt im Verlauf der Jahrzehnte zu einer vorzüglichen Adresse für subversive Texte sowjetischer Autoren. Der gelernte Mathematiker Thomas Klein, später als Zeithistoriker hervorgetreten, schildert anschaulich, wie er als Häftling im Stasi-Gefängnis Hohenschönhausen Volk-und-Welt-Bücher von Wossnessenski und Okudshawa aus der Gefängnisbibliothek entleihen konnte, Bücher, die kaum im Buchhandel zu haben waren. (S. 390)

Doch ausländische Autoren sorgten auch selbst, nicht nur durch ihre Bücher, für etwas

mehr Offenheit in der ummauerten DDR. So berichtet Ingeborg Quaaas, daß Erich Fried eine Lesung in Halle erst dann begann, als die draußen bis dahin vergeblich wartenden Enthusiasten in den Saal hineingelassen wurden – sehr zum Argwohn der darin versammelten Funktionäre. »Fried war, das merkte ich bald, für die SED als Linker viel gefährlicher als ein ›Bürgerlicher‹, den man bequem abstempeln und in irgendeine Schublade stecken konnte.« (S. 269) Ein Kabinettstückchen ist Karl-Heinz Jähns Beitrag über seine Zusammenarbeit mit dem ebenso kauzigen wie weltklugen Tschechen Bohumir Hrabal, wobei man auch viel Vergnügliches über Prager Vorstadtkneipen und Trinksitten erfährt. (S. 289).

Immer noch und immer wieder lehrreich zu lesen sind auch die oft langwierigen Kämpfe der Verlagsmitarbeiter, die es schließlich doch schafften, bis dahin offiziell verpönte Autoren in der DDR zu publizieren – von Camus bis Ionesco, von Kafka bis Grass, von Frisch bis Dürrenmatt, von Joyce bis Beckett, von Pasternak bis Platonow und sogar Solshenizyn. Das Erscheinen seines Erstlings, des »Iwan Denissowitsch«, 1989 tatsächlich durchgesetzt, fiel in die »Wendezeit« 1990.

In dieser Zeitenwende galten Bücher aus DDR-Verlagen kaum noch etwas. Sie wurden, so der umgangssprachliche Ausdruck, veramscht und landeten nicht selten auf dem Müll.

Auch die Menschen, die sich in der DDR ehrlich um eine Verbesserung der Zustände bemüht hatten, gehörten nach Ansicht Mancher auf die Müllhalde. Sie seien verhunzt und verzwert, kaum für qualifizierte Arbeit im Westen verwendbar, schrieb damals einer, der sich als Historiker bezeichnete. Gesagt, getan: Eine hervorragende Lektorin wie Jutta Janke, die die polnisch- wie jiddischsprachige und die israelische Literatur für die DDR mitergeschlossen hatte, mußte als eine der ersten gehen. Einer nach dem anderen folgte. Der Verlag, bisher Eigentum der SED, galt vielerorts als lästiges Relikt. Verhängnisvoll wirkte sich die DDR-Praxis der »Plusauflagen« aus: die heimlich über das vereinbarte Maß hinaus gedruckte Mehrauflage von Titeln, die nicht abgerechnet wurde. So sparte das staatliche Büro für Urheberrechte westliche Währung, doch kam dies nach 1990 heraus. Die nun fälligen

Nachzahlungen kosteten den Verlag mehrere Millionen, wie Hans Georg Heepe schreibt. (S. 332) Der Ruin konnte hinausgezögert, doch nicht verhindert werden.

Rolf Hochhuth, der nicht zuletzt durch die »Plusauflagen« betroffen war, hielt Volk & Welt dennoch bis zuletzt die Treue. Die von der Treuhand betriebene schrittweise Liquidierung des Verlags verglich er voller Zorn mit der Zensur in der DDR: »Glaubt jemand im Ernst, es mache den geringsten Unterschied, ob das Zentralkomitee oder bundesdeutsche Generalintendanten Zensur üben?« (S. 355) Der Unterschied liegt gewiß darin, daß Hochhuth eine solche Frage öffentlich stellen darf. Doch diese und viele weitere Fragen zu beantworten, reicht sogar ein so wichtiges Buch, wie es hier vorliegt, nicht aus. Es ist jedoch ein vorzüglicher Beitrag zu einem kontroversen Kapitel der deutschen Kulturgeschichte des vergangenen Jahrhunderts.

MARIO KESSLER

**Natalija Mussijenko,
Alexander Vatlin: Schule unserer
Träume. Die Karl-Liebknecht-
Schule in Moskau (1924-1938),
Verlag Julius Klinkhardt Bad
Heilbrunn 2005, 484 S. (39 €)**

Der hier zu besprechende, mit zahlreichen Illustrationen versehene Band ist erschienen als Band 10 der Reihe »Reformpädagogik im Exil«, der Neuen Folge der Schriftenreihe »Pädagogische Beispiele« – Dokumentation zur Realgeschichte von Erziehung und Bildung vor und nach 1933. Herausgeberinnen der Reihe sind Hildegard Feidel-Mertz und Inge Hansen-Schaberg, die Übersetzung des vorliegenden Bandes aus dem Russischen besorgte Nina Letnewa.

In drei übersichtlich untergliederten Kapiteln erzählen die Historiker Natalija Mussijenko und Alexander Vatlin die Geschichte der Karl-Liebknecht-Schule in Moskau von der Gründung im Jahre 1924 bis zur Schließung 1938 und schildern im vierten Kapitel die Schicksale von Lehrenden und Lernenden. Ein umfangreicher Anhang enthält u. a. die

Kurzbiographien der ausländischen (S. 236-252) und sowjetischen (S. 253-257) Lehrkräfte sowie die von N. Mussijenko, damals Deutschlehrerin an der Botschaftsschule der DDR in Moskau, ihre 1985 aufgenommenen Recherchen und zusammengetragenen Dokumente zur Schulgeschichte und zur pädagogischen Praxis in der UdSSR (S. 271-484). Viele der Dokumente wurden in der von ihr initiierten Ausstellung »Schule unserer Träume« (Eröffnung am 6. Dezember 1996) gezeigt, doch nur ein kleiner Teil in den Ausstellungskatalog aufgenommen.

Die zunächst aus unterschiedlichen Quellen gespeisten Interessen der Enthusiastin und »Barfußhistorikerin« aus Moskau und der Herausgeberin, die bereits Studien zu Exilschulen in der USA herausgegeben hat, trafen sich in der Arbeit am nunmehr endlich vollendeten Buch. Unterstützung fand N. Mussijenko bei A. Vatlin, mit dem sie nicht nur an die deutsche Geschichte betreffenden Themen zusammengearbeitet hat. Beiden in Fachkreisen für ihre gut recherchierten und Neuland erschließenden Studien bekannten Autoren ist es zu danken, daß das in der UdSSR tabuisierte Thema nicht mit dem Perestroika-Optimismus unterging.

»Der durchgehende Faden der vorliegenden Arbeit, die der Form nach eher zur Gattung des wissenschaftlichen Journalismus gehört, sind die Schicksale von Menschen, die auf irgendeine Weise mit der deutschen Schule verbunden waren. Logisch erscheint daher der Schlußteil des Buches: die Tragödie jener, die in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre den Stalinschen Repressionen zum Opfer fielen, und der weitere Lebensweg anderer, die diese furchtbaren Jahre überlebt hatten, schließlich im Zweiten Weltkrieg an der Front in der Roten Armee gegen die das Land verwüstende deutsche Wehrmacht kämpften oder gleich allen Sowjetbürgern deutscher Abstammung die Arbeitslager durchlitten.« (S. 20)

Mit der Erinnerung an Aktionen wie der Anlage von Hühnerfarmen durch Pioniere, die dazu beitragen sollten, den amerikanischen Kapitalismus zu überholen, oder der Schilderung von in deutschen Familien durchgeführten Weihnachtsfeiern unterm Tannenbaum als Gegenstück zum Jolkafest gelingt es den Autoren auf sehr anschauliche Weise, den in an-

deren dem Exil gewidmeten Publikationen eher unterbelichteten Alltag der deutschen Emigranten zu schildern. Wichtiger als diese Liste von Beispielen, die sich fortschreiben ließe, ist die hiermit nach Jahrzehnten des Schweigens, Verschweigens und Verdrängens in Ansätzen dokumentierte Kollektivbiographie der überlebenden Schüler, des »Kanons, nach dem sie zu leben versuchten«. (S. 200)

WLADISLAW HEDELER

**Annelies Debrunner:
Gelebte Wirklichkeit – erträumte
Zukunft. Gespräche mit Frauen
des Jahrgangs 57, Seismo Verlag,
Zürich 2005, 190 S., (14,50 €)**

Was haben gesellschaftliche Utopien der Gegenwart mit den Zukunftsträumen von Frauen heute zu tun? Finden sie sich dort wieder? Wie gestaltet sich die gelebte Wirklichkeit von Frauen in der Gegenwart angesichts ihrer Träume? Werden Träume gelebt – und wie finden sich in den Lebensrealitäten gesellschaftliche Utopien wieder? Die Autorin vermittelt uns über diese Fragen einen Einblick in einen bisher so Teil vernachlässigten soziologischen Zusammenhang.

Madame Bovary lässt grüßen! Was Flaubert als die Tragik der Bovary zwischen ihren Lebensträumen und dem Willen zur Umsetzung einerseits und dem Mangel an Tatkraft andererseits mit Selbstmord enden lässt, findet bei den befragten Frauen dieser soziologischen Studie andere Auswege.

Die Autorin befragt 20 Frauen des Jahrganges 1957 zwischen 29 und 36 Jahren im Zeitraum von 1986 und 1993, also auch im Zeitraum eines tiefgreifenden gesellschaftlichen Systemwandels. Das methodische (soziobiografische) Vorgehen spricht für die Fähigkeit der Autorin, soziale Wirklichkeit und deren Wandel möglichst präzise und wertneutral zu erfassen. Sie pflegt einen weiblichen Interviewstil, den sie selbst mit den Qualitäten Zustimmung, Spannungsabbau und Solidarität kennzeichnet. Im Ergebnis ist es der Autorin gelungen, die Grenzen zwischen privatem und öffentlichem Bereich transparent zu machen (stets begleitet durch Zitate von Virginia

Woolf aus »Orlando«). Der Parallelität von individuellen und kollektiven Zukunftsvorstellungen wird nachgegangen, und die Existenz typischer Muster von Zukunftsvorstellungen wird nachgewiesen: kulturelle Muster in der weiblichen Normalbiografie, die nicht mehr ausschließlich durch die Unangemessenheit der Wünsche gekennzeichnet sind.

Indem die Autorin die Verbindung zwischen kollektivem Wollen und individuellen Wünschen als unausweichliche Frage der soziologischen Forschung konsequent verfolgt, weist sie einen bedeutenden Zusammenhang nach: Bei den befragten Frauen hat die Abhängigkeit ihrer Zukunftswünsche von der Biografie ihrer Partner und Kinder an Rigidität eingebüßt. Sie nehmen vermehrt Geschlechterdifferenzen wahr und erspüren individuelle Lebensvorstellungen. Darüber hinaus versuchen sie teilweise mit Erfolg, die Wahrnehmung ihrer Realität mit der Komplexität einer außerindividuellen Welt praktisch in Einklang zu bringen.

Ein lebenswertes Buch!

RUTH FREY

**Selbstportrait Che Guevara.
Hrsgg. von Victor Casaua,
Kiepenheuer&Witsch, Köln 2005,
320 S. (19,90 €)**

Das von Hans-Joachim Hartstein aus dem Englischen übersetzte Buch ist ein wunderschönes – mit sehr vielen unbekanntenen Fotos des 1928 in Argentinien geborenen Ernesto Che Guevara, dessen Texte, ausgewählt aus Tagebuchaufzeichnungen, Interviews und Briefen des Revolutionärs, einen Menschen zeigen, den etwas völlig anderes charakterisierte als die egoistische Selbstverliebtheit des »American way of life«. Als junger Medizinstudent erkundete Che, zum Teil auf einem Fahrrad, Lateinamerika. In Mexiko traf er dann 1954 die Gruppe der ins Exil gegangenen kubanischen Revolutionäre. Nach zweijährigem Guerillakrieg an der Seite Fidel Castros trat Ernesto 1959 in die Revolutionsregierung Kubas ein. Aber er wollte die Revolution weitertragen. So ging er 1966 nach Bolivien, wo er 1967 gefangen genommen und

erschossen wurde. Guevara war alles andere als ein Phantast der Revolution. In einem Zeitungsinterview sagte er: »Ich glaube, dass ich eine Mission zu erfüllen habe auf dieser Welt, und dieser Aufgabe muss ich alles opfern, jedes tägliche Vergnügen, ein Zuhause, persönliche Sicherheit und möglicherweise auch mein eigenes Leben. Das ist meine Verpflichtung und von der kann ich mich nicht befreien, solange ich lebe. Ich spüre das Leiden jedes Landes in Südamerika und überall sonst auf der Welt.« Moderne Menschen werden über diese charakterliche Prägung Guevaras sicher nur hochnässig lächeln, doch es scheint nicht von ungefähr, dass gerade viele junge Menschen Ches Konterfei mit Stolz auf ihren T-Shirts zu tragen. Sie ahnen, dieser Mensch war anders, als die satten und klug schwätzenden Erwachsenen in unserem Land. Dieser Bildband trägt sehr dazu bei, die »Kult-Figur« Che in seiner menscheitsbezogenen Lebenseinstellung zu zeigen. Guevara war ein Individuum im echten Sinne des Wortes – das wird auf jeder Buchseite, mit jedem Foto deutlich –, er war bewusster Teil der menschlichen Gattung. Er verschlang die Bücher der Weltliteratur, die Gedichte der lateinamerikanischen Poeten und studierte von der Philosophie bis zur Ökonomie alle Schriften, von denen er hoffte, mehr Erkenntnis über die konkrete Wirklichkeit Kubas zu erlangen. »Ich habe mich mit Meister Hegel herumgeschlagen und bin in der ersten Runde zweimal zu Boden gegangen. Wir haben eine Menge erreicht, aber irgendwann werden wir auch denken lernen müssen.« Diese Zeilen finden sich in einem Brief an Armando Hart, den er »mein lieber Sekretär« nennt. Er entwickelt in diesem Brief einen kompletten Schulungsplan für die kubanischen Revolutionäre, in dem weder Demokrit, Kant, Hegel, Marx, Luxemburg noch die »Theoretiker des Kapitalismus, wie zum Beispiel Marshall, Keynes, Schumpeter« fehlten. Das Buch animiert jeden, der die Entfremdungen des Kapitalismus zu spüren und fühlen vermag, mit Leidenschaft gegen diese zu kämpfen. Denn, so schreibt Ernesto seiner geliebten Mutter: »Leidenschaft ist vonnöten für jedes große Werk.«

JÜRGEN MEIER

Rudolf Richter:
Die Lebensstilgesellschaft,
VS Verlag für Sozialwissen-
schaften Wiesbaden 2005, 164 S.
(19,90 €)

Während man im Umfeld der PDS auch im 21. Jahrhundert noch am Begriff der »Klassengesellschaft« festhält – vgl. UTOPIE kreativ, Heft 157, S. 981 ff. –, geht die vorliegende Publikation davon aus, daß die gegenwärtige Gesellschaft eine grundlegend andere Sozialstruktur aufweist als die Industriegesellschaften des 19. und 20. Jahrhunderts.

Gestützt auf Untersuchungen zur Arbeitswelt und zu den Freizeitverhalten, zur Zeit- und Raumstruktur, Familie, Bildung, Religion usw. entwirft der Autor das Bild einer modernen »Lebensstilgesellschaft«. Diese unterscheidet sich in wesentlichen Momenten von der traditionellen Industriegesellschaft mit ihrer arbeits- und eigentumsbestimmten Struktur, aber auch von der »Erlebnisgesellschaft« der 70er und 80er Jahre des 20. Jahrhunderts, wie sie Gerhard Schulze 1992 so prägnant beschrieben hat. (Gerhard Schulze: Die Erlebnisgesellschaft. Kultursoziologie der Gegenwart, Frankfurt/New York 1992) Die neue Gesellschaft basiert nicht auf der Produktion von materiellen Gütern, obwohl es diese natürlich nach wie vor gibt, sondern auf deren Konsum und der Erbringung von Dienstleistungen. Ihr bestimmendes Kennzeichen ist die Produktion und Aneignung von »Wissen«. Wesentlich für die soziale Differenzierung und Ungleichheit sind mithin vor allem der unterschiedliche Konsumstandard und das differierende Bildungsniveau. – Die Anleihen bei Bourdieu (Pierre Bourdieu: Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft, Frankfurt am Main 1982) sind unübersehbar. Hinzu kommt nun aber – und das unterscheidet das Konzept der Lebensstilgesellschaft von dem der Arbeits-, Konsum-, Freizeit-, Bildungs-, Medien-, Spaß-, Risiko-, Erlebnis-, Verantwortungs-, Neid-, Informations- und Wissensgesellschaft – die Überlagerung aller materiellen Unterschiede durch eine »symbolische Differenzierung«, wie sie sich in unterschiedlichen Lebensstilen ausdrückt. »Lebensstile«, schreibt der Autor, »be-

stehen aus einer Fülle von Merkmalen. Sie haben mit Orientierung zu tun – es werden Einstellungen zu Politik und Religion erfragt – und sie haben mit Konsum zu tun – es werden Kleidungsgehnheiten, Fernsehgehnheiten und Essensvorlieben gefragt. So entdeckt man Milieus, die sich nicht durch Einkommen, Beruf und Schulbildung alleine abgrenzen lassen.« (S. 62)

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang die Auflösung von Raum und Zeit: Die Lebensstilgesellschaft scheint eine Gesellschaft ohne Raumbindung und Zeitstruktur zu sein, eine »ortlose Gesellschaft«, bar der »linearen Zeitlogik« des Industriezeitalters. »Die physische Verbindung mit dem Raum wird durch die modernen Medien völlig aufgelöst. Die mediale Vernetzung, Radio, Fernsehen und schließlich das Internet lassen den physischen Raum völlig vergessen.« (S. 65) Analog dazu verändert sich die Zeitstruktur. Der »Normallebenslauf« erweist sich als ebenso überholt wie das »Normalarbeitsverhältnis«. Der Autor nennt Beispiele dafür. Diese überzeugen jedoch nicht. Hier fehlt eine philosophische Vertiefung des Zeitproblems – ein Defizit, das im Einstein-Jahr besonders auffällt. Besser gelungen ist die Erklärung des Entstehens »neuer Formen von Religiosität« trotz des Verlusts kirchengebundener Religion als einem Merkmal der Lebensstilgesellschaft: »In der postmodernen Gesellschaft rückt die individuelle Identität in den Mittelpunkt (...) Religiöse Mythen werden als selbstgeschaffene Lebenshilfen erzeugt.« (S. 82)

Als maßgeblich für die Entstehung von Lebensstilen als Unterscheidungsmerkmale sieht Richter die Prozesse der Individualisierung und des Wertewandels an. Ersterer Prozeß ist eine Errungenschaft des christlichen Abendlandes, letzterer Ergebnis des 68er Revolte. Beide zusammen bereiteten den Boden für die heutige Lebensstilgesellschaft, indem an Stelle allgemeiner Orientierungsmuster und verbindlicher gesellschaftlicher Vorgaben individuelle Lebensstile treten. Diese werden definiert als »ein Konglomerat aus Werthaltungen, die man im Laufe der Sozialisation mitbekommen hat und Verhaltensgehnheiten beziehungsweise Ideen, die man in den täglichen Kontakten überprüft, bestätigt findet und verfestigt. So unterschiedlich, wie die ge-

sellschaftlichen Milieus und Subkulturen sind, so viele unterschiedliche Lebensstile gibt es.« (S. 113) Die Vielfalt und Pluralität des modernen Lebens drückt sich in den Lebensstilen aus. Als Synthese verschiedener »Werthaltungen« und »Verhaltensweisen« umfaßt der Begriff »Lebensstil« so ziemlich alle Gebiete des Lebens, Arbeit und Freizeitinhalte ebenso wie soziale Beziehungen, Essgehnheiten, Kleidungspräferenzen, Musikgeschmack, Religion, Parteizugehörigkeit, Wahlverhalten, Naturverbundenheit, Einstellungen zur Politik, Geschichte, Kultur – alles. Im letzten Abschnitt des Buches gibt der Autor, Professor für Soziologie an der Universität Wien, einen Überblick über europäische Lebensstile in der Gegenwart in Österreich, Deutschland, Westeuropa, Osteuropa usw. Es wird unterschieden zwischen konservativem, intellektuellem, hedonistischem, materialistischem, konventionellem und traditionellem Lebensstil. Die dabei getroffenen Einschätzungen sind zweifellos witzig, mitunter sarkastisch und in der Regel sicher auch zutreffend. Aber sie sind rein deskriptiv und daher sehr oberflächlich und beliebig. Es fehlen wissenschaftlich begründete Kriterien für die Zuordnung bestimmter Eigenschaften, eine Differenzierung zwischen wesentlichen und unwesentlichen Merkmalen und eine Begründung bestimmter Lebensstile als notwendig und damit zeit- und ortsgebunden. Insofern bleibt das Buch hinter den Werken von Bourdieu und Schulze noch weit zurück. Aber die Lebensstilforschung steht ja auch erst am Anfang.

ULRICH BUSCH

Barbara Degen:
Leuchtende Irrsterne – das
Branitzer Totenbuch. »Euthanasie«
in einer katholischen Anstalt,
Verlag für Akademische Schriften,
Frankfurt am Main 2005, 228 S.
(14,80 €)

Die jüngste Publikation von Barbara Degen mit Zeichnungen von Adelheid Rost ist kein Gedichtband, obwohl sie zahlreiche sehr berührende Gedichte enthält. Sie ist auch

keine Dokumentation, obwohl mehr als 1 200 Namen von Frauen und Männern, meist mit Geburts- und Sterbedaten dokumentiert werden. Sie ist keine Familiengeschichte, obwohl die Autorin viel vom Leben ihrer Familie, ihrer Vorfahren, ihrer Kinder preisgibt. Und es handelt sich bei der Publikation auch nicht um feministische Literatur, obwohl es am Ende nur »der Gedanke an das Handeln der Nonnen (ist), an ihren Mut, an die Selbstverständlichkeit, mit der sie bei den Kranken ausharrten«, der Barbara Degen daran hindert, sich von Trauer und Verzweiflung überwältigen zu lassen (S. 199).

Trauer und Verzweiflung sind auch die Ausgangspunkte des Buches. Sie erschienen der Autorin angesichts des »Golfkrieges« Anfang der 90er Jahre, angesichts der »Bilder von Männlichkeit, Vernichtung und Vergewaltigung« grenzenlos und führten sie sehr schnell zu der »großen Wunde« ihrer Familiengeschichte, zum Tod ihres Großvaters im Jahr 1941, über den in der Familie niemals gesprochen wurde (S. 16).

1941 war auch das Jahr, in dem die Bonner Autorin geboren wurde.

Die »bohrenden Fragen« ließen Barbara Degen nun nicht mehr los – nach dem Schicksal dieses Großvaters, nach dem Verhalten ihrer Eltern und der anderen Familienmitglieder in der NS-Zeit, nach den Auswirkungen der faschistischen Vergangenheit auf uns Heutige. So wurde sie – die Rechtsanwältin, die Feministin, die Dichterin – zur NS-Forscherin, die sich durch das »tiefe kollektive Nachkriegs-Schweigen über die NS-Verbrechen« (S. 24) beunruhigt und verletzt fühlte. Im Staatsarchiv Leipzig fand sie schließlich die Patientenakte ihres Großvaters – 150 Seiten dick. Seitdem weiß sie, dass er als schizophrene galt und als hoffnungsloser Fall (S. 57). 22 Jahre lang lebte er in der katholischen Anstalt Branitz in Oberschlesien, dem heutigen Branice, »bevor er deportiert und einige Tage später, am 2. September 1941, in Waldheim/Sachsen getötet wurde« (S. 21). Der Mord wurde strafrechtlich niemals »gesühnt« (S. 60).

Einmal in dieser Spur, suchte (und sucht) Barbara Degen weiter – nach der Geschichte der Branitzer Anstalt, so etwa nach dem »Umschlag von sinnvollen Heil-Versuchen zu verantwortungslosen Medizinexperimen-

ten« (S.106), nach den Wertvorstellungen der verantwortlichen Ärzte, nach den Verhaltensweisen der Nonnen, nach dem Hintergrund der »Euthanasie«-Politik und ihren Technologien. Auch nach den beteiligten Institutionen, etwa nach der Anstalt Waldheim in Sachsen, in der heute das Hauptinteresse dem DDR-Unrecht zu gelten scheint (S. 68), und immer wieder nach einzelnen Schicksalen von Kranken, auch Kinderschicksalen, und nach den Beziehungen der Familienangehörigen zu diesen Kranken. So trifft sie bei ihren Forschungen auf eine Frau aus Bayern, deren Onkel ebenfalls nach Branitz gebracht worden war und deren Familie immer misstrauischer wurde, was die Natürlichkeit des Sterbens dort betraf. Barbara Degen kommt zu dem Schluss: »So ähnlich muss es auch in unserer Familie gewesen sein. Und es muss genauso schrecklich gewesen sein, keine andere Lösung zu finden, in einer Atmosphäre des Ahnens, der Angst zu leben, sich ohnmächtig zu fühlen, obwohl »jeder es wusste«« (S. 130).

Weil sie sich die Toten »als Luftgeister vorstellt, ruhelos, bis ihre Namen bekannt werden« (S. 52, S. 111), und wohl auch, weil sie hofft, es möge in Deutschland und darüber hinaus noch viele andere gleichermaßen beunruhigte Nachkommen von »Euthanasie«-Opfern geben, denen ihre Publikation helfen könnte, nennt sie seitenweise Namen und alle für sie auffindbaren Daten von Getöteten. Wenn die sachlich-wissenschaftliche Sprache zu versagen droht, fügt sie ein Gedicht ein und macht auf diese Weise – so Annette Kuhn in ihrem Vorwort – »etwas von der Kostbarkeit des Lebens sichtbar« (S. 13).

Barbara Degen trifft im Rahmen ihrer Untersuchungen auf vielfältige Widersprüche. So schreibt sie Euthanasie konsequent in Anführungszeichen, weil das, was sie herausfindet, nichts mit einem »guten Tod« oder mit der »Erleichterung des Sterbens« zu tun hat. Sie trifft auf Forschungslücken, auf Erinnerungslücken, auf Gerüchte, auf eine »Leichendecke der Illusion, Lüge und Halbwahrheit« (S. 195). Und sie trifft auf Menschen, die auch 60 Jahre danach nicht mit ihr darüber sprechen wollen.

Ein gutes und notwendiges Buch. Nicht nur für die Nachkommen von »Euthanasie«-Opfern.

URSULA SCHRÖTER

JÖRN SCHÜTRUMPF Germany Transforms Itself to Become Recognizable

With the end of the Cold War in 1989/90, there was a widespread view in West Germany, that the East would transform completely, while the West would remain intact. The author questions this assumption and discusses four theses concerning the transformations in unified Germany: The lumpen proletariat returned; the elite lost its humility; the Social Democrats did not know what to do with their victory; the political Left came into a key position – whether it likes it or not.

HUBERT LAITKO »Socialism or Barbarism?« Jürgen Kuczynski and the Problem of Historical Alternatives

The author takes the viewpoint that, for the well-known (East) German social scientist, Jürgen Kuczynski (1904-1997), the historical alternative »Socialism or Barbarism« formed the central credo of both his historical understanding and his view of the future. The author discusses in particular Kuczynski's »Dialogue with My Great-Grandson« (1983) and »Repeated Dialogue with My Great-Grandson« (1996) which he sees as the main documents of this scientist's political and scientific legacy.

WERNER RUF The Barbarization of the ›They‹ – The Barbarization of the ›We‹

Discussing the question of our perception of ourselves, we – in order to confirm our positive values – need to ascribe negative qualities to »the others«. The author holds that this depiction of »the others« often says more about ourselves than about »the others«. He then looks into two current problems: the new concept of the enemy, which evolved after the demise of the bipolar world, and the war on terrorism which he describes as a de-civilization project.

ISABEL LOUREIRO Rosa Luxemburg and the Landless Workers' Movement in Brazil

The Rural Landless Workers Movement in Brazil is struggling for a land reform allowing them to individually acquire land. That means a struggle to preserve a mode of living and production often seen as »archaic«. The author discusses insights the movement could obtain from the works of Rosa Luxemburg: her defense of direct action and of the experience of the masses; her striving for radical democracy; and her fight for socialism as the alternative to the barbarism of capitalism.

EVELIN WITTICH

Rosa Luxemburg and the Discussions of the Contemporary Socialist Left

Summarizing international conferences and seminars held by the Rosa Luxemburg Foundation in Moscow, Guangzhou, Porto Alegre, Buenos Aires, Johannesburg, Berlin and Erfurt, the author reflects particularly upon the discussions that have taken place around the themes of Rosa Luxemburg's understanding of politics, democracy and governing responsibility; around her accumulation theory; as well as her struggle against militarism and war; and finally on the theme of the significance Rosa Luxemburg's teachings have for contemporary social movements.

THEODOR BERGMANN

Paul Levi – the Tragic of a German Revolutionary In Between the Parties

Paul Levi had been ignored for a long time, nearly forgotten. The situation has recently changed. The two main currents of the German worker's movement are attempting to appropriate his memory for their respective banners. The author therefore undertakes to add another perspective to this unique personality. He describes Levi's struggles with both the social democrats and the communists during the twenties and arrives at the conclusion that Levi would have been proud to have been described as a »Luxemburgist«.

PAUL LEVI

Opposition, Responsibility and Government

These are reprints of two articles by Paul Levi (1883-1930), written in 1922 and 1928. In both texts, the author discusses the question of whether or not the Left should participate in capitalist governments. In the first article he contends that participation can be necessary, but never responds to what he calls the essence of socialism. In the second, he concludes that the true and overwhelming responsibility born by the Left is that of opposition.

RICHARD SORG

About Violence Along the Path of European Development

The author reviews the book of Urte Sperling and Margarete Tjaden-Steinhauer (Eds.) »Gesellschaft von Tikal bis Irgendwo«, a collection of texts about »European tyranny, social upheavals and societies of inequity«. He especially acknowledges the new approach undertaken in the articles toward problems, such as the relations between humanity and nature, where in the traditional European mindset, a nearly limitless exploitation of non-human nature in favor of humanity is taken for granted.

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

Hinweise für unsere Autorinnen und Autoren

Die Redaktion lädt zur Einsendung von Texten ein. Es können jedoch nur Beiträge veröffentlicht werden, die in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht bereits anderswo erschienen sind oder erscheinen werden. Manuskripte können per E-Mail (als Attachment) oder auf Diskette (zusammen mit einem Ausdruck) im Word-Programm, vorzugsweise als Rtf-Datei, eingesandt werden. Grafiken sind als gesonderte Datei beizufügen. Aufsätze sollten einen Umfang von **30 000 Zeichen**, wovon ein Fünftel auf

Marginalien entfällt, nicht überschreiten. Den Texten ist eine Zusammenfassung/Summary in deutsch und englisch (500 Zeichen) anzufügen. Ferner bitten wir um Angaben zur Autorin/zum Autor (Geburtsjahr, akademische Titel und Grade, Ausbildung, Tätigkeit, Publikationen und, sofern gewünscht, der E-Mail-Adresse) sowie, bei erstmaliger Veröffentlichung, um ein Porträtfoto.

Rezensionen sollten 6000 Zeichen, Annotationen 3000 Zeichen nicht überschreiten. Im Kopf müssen jeweils folgende Angaben – in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion – enthalten sein: Vorname und Name der Autorinnen/Autoren oder Herausgeberinnen/Herausgeber: Titel, Verlag Ort Jahr, Seitenzahl und (Preis). In Zweifelsfällen wird empfohlen, bei Formfragen ein aktuelles Heft unserer Zeitschrift zu Rate zu ziehen.

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Bei Ablehnung eines Beitrages werden die betreffenden Daten auf den Rechnern der Redaktion gelöscht. Beiträge für unsere Zeitschrift werden nicht honoriert.

Die Redaktion

Impressum

Herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V.

Redaktion:

WOLFRAM ADOLPHI, ARNDT HOPFMANN,
ULLA PLENER, MARTIN SCHIRDEWAN,
JÖRN SCHÜTRUMPF, MARION SCHÜTRUMPF-KUNZE,
DIETMAR WITTICH (V.i.S.d.P.)

Adresse: Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin,
Tel.: 030- 44 310-157/123, Fax-122

Internet: www.utopiekreativ.de

E-Mail: utopiekreativ@rosalux.de

Verlag: NDZ Neue Zeitungsverwaltung GmbH,
Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin

Verlagsarbeiten: RUTH ANDEXEL

Satz: ELKE SADZINSKI

Druck: MediaService GmbH

BärenDruck und Werbung

Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Vertrieb: ND-Vertrieb, Franz-Mehring-Platz 1,
10243 Berlin (Tel.: 030 – 29 78 16 27)

Einzelverkaufspreis: 6 €

Jahresabonnement (incl. Versand):

57 € (Inland), 75 € (Ausland)

Förderabonnement (incl. Versand): 75 €

Preisliste für frühere Hefte

Heft 1 bis 134:	je	1 €
Heft 135 bis 158	je	2,50 €